



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die neue Stadt

Feder, Gottfried

Berlin, 1939

I. Einrichtungen höherer Ordnung

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84833](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-84833)

In der vorstehenden Tabelle sind die Einrichtungen aufgeführt, die zum geordneten Eigenleben einer Stadt notwendig sind. Sie alle werden in den folgenden Abschnitten nacheinander eingehend untersucht und in ihrer Größe ungefähr bestimmt. Nur so, wenn man diese Organe des Staates oder des Landes, die in eine Siedlung oder Stadt hinein sollen, und auch die eigenen Organe der Stadt übersieht und sie alle in ihren Grundzügen einmal durchdacht hat, ist es möglich, einen guten städtebaulichen und organischen Plan auszuarbeiten.

Im Laufe der Arbeit hat sich für die Ermittlung der Öffentlichen Einrichtungen etwa folgende Methode als die günstigste herausgebildet. Wir haben für alle Einrichtungen eine Reihe von Städten befragt, um uns über die Grundstücksgröße, die bebaute Fläche, die Nutzfläche aller Geschosse und die Beschäftigtenzahl ein ungefähres Bild zu machen. Diese Zahlenwerte sind in einer Tabelle zusammengefaßt und werden jeweils zum Abdruck gebracht, damit der Planer sich ein selbständiges Urteil bilden kann. Zur Ermittlung der Normalwerte haben wir nun nicht nur, unter Ausscheidung der ungewöhnlich hohen und niedrigen Werte, die rein rechnerischen Mittelwerte gebildet, sondern wir bringen, soweit dies angängig erschien, auch noch eine zweite Darstellung der ermittelten Werte. Diese „Gruppentabelle“ gibt gute Anhaltspunkte für die Häufigkeit des Vorkommens bestimmter Werte in den untersuchten Städten. Auf der waagerechten Achse sind die besonderen Merkmale Grundstücksfläche, Beschäftigtenzahl usw. jeder Einrichtung jeweils nach rechts steigend aufgetragen. Weisen zwei Städte etwa denselben Wert, z. B. in der bebauten Fläche, auf, so sind an der entsprechenden Stelle Kreise eingesetzt worden. Aus diesem Gruppenbild kann man dann in vielen Fällen den normalen Wert, der am häufigsten auftritt, ungefähr ablesen. Meist ist in der Gruppentabelle die Stelle des rechnerischen Durchschnitts durch ein Kreuz (X) bezeichnet worden.

Als Ergänzung hierzu haben wir sodann, ähnlich wie bei den Gewerben, an die Einrichtungen mit auffällig hohen oder niedrigen Zahlen Anfragen gerichtet. Die eingegangenen Antworten erklären nicht nur die aufgetretene Verminderung oder Steigerung der Einrichtung, sondern geben dem Planer auch Anhaltspunkte, durch welche besondere Verhältnisse sich die von uns gegebene Richtzahl nach oben oder unten abwandelt. Nur so wird es dem Planenden möglich sein, die von uns gegebenen Werte für einen bestimmten Fall zuzuschneiden.

Wie wir für die Gewerbe das generelle Urteil der Reichsfachverbände eingeholt haben, so sind wir häufig für die öffentlichen Dienste an die Zentralbehörden des Reiches herangetreten. Diese Auskünfte haben zum Teil unsere Ermittlungen grundlegend bestätigt, mitunter aber dienten auch die sachkundigen und eingehenden Angaben als Grundlage für die weitere Ermittlung.

Bei jeder öffentlichen Einrichtung, die nachfolgend im einzelnen untersucht und besprochen werden, sind ferner Einzelbeispiele näher dargestellt. Es kann sich natürlich nicht darum handeln, allgemeingültige Grundrißpläne oder gar Typen hierfür aufzustellen, nur aus der genauen Kenntnis der Örtlichkeiten kann sich ein guter Entwurf für die Einzelgebäude entwickeln. Wir haben deshalb auch darauf verzichtet, besondere Pläne unter diesem Gesichtswinkel zu entwerfen, da wir glauben, daß eine Typenbildung unmöglich ist. Es sind also lediglich Einzelbeispiele aus der Wirklichkeit abgebildet, um dem Planer einen ungefähren Anhaltspunkt auch für den inneren Aufbau des Gebäudes zu geben. Teilweise handelt es sich hier um nicht besonders gut gelöste Grundrisse. Es war aber nicht möglich, die Einzelbeispiele durch neue Entwürfe überarbeiten zu lassen, da die Anzahl der Einrichtungen zu groß ist. Bei diesen Entwürfen spielen auch zu sehr landschaftliche Fragen und die geschmackliche Einstellung eine Rolle, so daß schon aus diesem Grunde von einer Typisierung abgesehen werden muß. In der zusammenfassenden, bildlichen Darstellung für alle öffentlichen Gebäude am Schluß dieses Werkes ist das Grundstück und die etwa auftretende Baumasse jeder Einrichtung überschlägig dargestellt, damit sich der Planer ein Bild machen und mit diesen Elementen den Stadtkörper künstlerisch gestalten kann.

I. Einrichtungen höherer Ordnung.

1. Gerichtswesen.

a) Amtsgericht.

Die Gerichtsbehörden im Reich sind häufig aus historischen Gründen an bestimmte Orte gelegt oder an bestimmten Orten zusammengezogen. Die Größe des Amtsgerichts steht also nicht mit der Fläche des Bezirks, der Zahl der Gerichtseingesessenen und der Einwohnerzahl

der Stadt in unmittelbarem Zusammenhang. An sich wird jedoch die Anzahl der Gerichtsesessenen für die Größe der gerichtlichen Behörde eine Rolle spielen. Die Anzahl der Rechtsfälle auf den Kopf der Bevölkerung ist in den einzelnen Gegenden sehr verschieden. Auch die Art der gerichtlichen Tätigkeit hat sehr verschiedenen Charakter. In den Industriegegenden herrscht die Kriminalität vor, in landwirtschaftlichen Gegenden gibt es wiederum sehr viele Fälle in Grundbuchsachen. Auch der Charakter der Menschen ist hier von Bedeutung. In Gegenden, wo die Menschen ruhiger und schwerfälliger sind, im Norden und Osten des Reiches, sind weniger Streitfälle gerichtlich zu regeln, als in der lebhafteren und hitzigeren Bevölkerung des Westens.

Herr Ministerialrat MEFFERT von der Preußischen Bau- und Finanzdirektion war so freundlich, uns einige dieser allgemeinen Gesichtspunkte mitzuteilen. Gewiß ist es sehr schwierig, die Größe des Amtsgerichts zu bestimmen, jedoch soll hier nicht die Größe des Gebäudes und sein genauer Umfang festgelegt werden, sondern lediglich für den Städtebauer und Landesplaner ein Anhaltspunkt für diese Einrichtungen in einer Stadt von 20000 Einwohnern gegeben werden. Insofern kann man sich also doch ein ungefähres Bild machen nach den aus 41 Städten eingegangenen Angaben (s. Materialtabelle S. 79).

Es gibt 1661 Amtsgerichte in Deutschland, aber nur 1270 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern. Es ist also anzunehmen, daß bis zu den Städten von 6000—9000 Einwohnern überall ein Amtsgericht vorhanden ist. Selbstverständlich haben die Großstädte mehrere Amtsgerichte. Es kann auch vorkommen, daß kleinere Städte über 5000 Einwohner Amtsgerichte haben, aber auch, daß größere vielleicht bis zu 9000 oder 10000 Einwohnern noch keines haben. Mit großer Sicherheit ist aber anzunehmen, daß in Städten von 20000 Einwohnern immer ein Amtsgericht liegt.

Herr Landgerichtsrat Dr. HOFFMANN vom Reichsjustizministerium hat uns auf Grund seiner eigenen Feststellung wertvolle Erklärungen über die Größe der Amtsgerichte gemacht. Außerordentlich stark beeinflusst wird die Größe des Amtsgerichts durch folgende Umstände:

1. Die Zuordnung einer detachierten Kammer (Kammer für Handels- und Strafsachen) wirkt sich vergrößernd auf den Raumbedarf aus.

2. Bei den kleinen Amtsgerichten sind die Gerichtskassen nicht angegliedert. Die hohen Kosten des Einbaues eines Tresors und der für eine solche Kasse notwendige große Verwaltungsapparat bringen es mit sich, daß solche Hauptkassen der Kostenersparnis wegen nur an den Sitz größerer Amtsgerichte gelegt wurden. An solchen kleinen Amtsgerichten ohne Hauptkasse werden in der Regel nur Zahlstellen eingerichtet. Dies bedingt bei dem kleinen Amtsgericht eine *Raumverminderung*, bei den größeren Amtsgerichten mit einer solchen Hauptkasse eine *Vermehrung* des Raumbedarfs.

3. In neuester Zeit hat sich bei verschiedenen Amtsgerichten ein Mehrbedarf an Raum und Richtern bemerkbar gemacht. Durch die Schaffung von *Anerben- und Erbgesundheitsgerichten* entstand ein Mehrbedarf an Raum und Personal. Die Größe solcher Abteilungen ist ganz verschieden, je nachdem es sich bei den Anerbengerichten um *landwirtschaftliche* oder um mit *Industrie* stark durchsetzte Gebiete handelt. Die Erbgesundheitsgerichte werden dort am meisten zu tun haben, wo am Sitze eines solchen Gerichts sich eine Heil- und Pflegeanstalt befindet. Die Anträge für das Erbgesundheitsgericht werden in den meisten Fällen von den Ärzten solcher Anstalten ausgeschrieben. Diese Umstände sind bei der Raumzumessung ebenfalls in Rechnung zu setzen.

4. Die verschiedenartige Anwendung der freiwilligen Gerichtsbarkeit in gewissen Landesteilen wirkt sich auch auf die Besetzung mit Richtern und in der Raumgröße aus. In den Bezirken Mecklenburg, Baden, Württemberg wird die freiwillige Gerichtsbarkeit durch *andere* behördliche Stellen ausgeübt. In Mecklenburg wird sie von den Stadtgerichten vertreten (Grundbuchsachen und Vormundschaftsgerichtsaufgaben usw.), in Baden und Württemberg sind hierfür die Bezirksnotare tätig. In solchen Gebieten werden die Amtsgerichte entsprechend kleiner sein.

5. Die Größe der Gefängnisse (kleine, große oder besondere Anstalten) werden sich auf die Flächengröße der Amtsgerichte auswirken. *Die Frage, ob ein eigenes Gefängnis überhaupt erforderlich ist, wird von der Nähe eines schon vorhandenen Gefängnisses bestimmt.* Bei einem besonderen Gebäude für das Gefängnis ist auch bei der Planung die Wohnung für den Gefängnisdirektor nicht zu vergessen.

6. Für die Größe des Amtsgerichts sind auch die Verkehrsverbindungen und Verkehrsverflechtungen des Gerichtsinsassengebiets zu beachten. In einem verkehrsmäßig gut erschlossenen Gebiet wird die Frequenz der Amtsgerichte größer sein. Eine gute Verkehrsverbindung macht es leichter, öfters zum Amtsgericht zu kommen, als in den Gegenden, die eine schlechte Verkehrsverbindung zu den Amtsgerichten haben. Der beschwerliche Weg, das Gericht zu erreichen, und die höheren Wegunkosten werden viele Menschen davon abhalten, einen Prozeß zu führen. In solchen verkehrsarmen Gegenden werden in besonderen Ortschaften detachierte Sitzungen des Gerichts abgehalten in tageweise hierfür gemieteten Räumen von Gastwirtschaften. Herr Landgerichtsrat Dr. HOFFMANN vom Reichsjustizministerium ist der Auffassung, daß es kein starres Schema für die größenmäßige Anlage von Amtsgerichten gibt. Die oben nur kurz angedeuteten Tatsachen verwaltungsmäßiger und wirtschaftlicher Natur geben Fingerzeige für die Verschiedenartigkeiten der räumlichen und flächenmäßigen Planung. Herr Dr. HOFFMANN schätzt die Flächengröße für das Grundstück eines Amtsgerichts mit einem kleinen Gefängnis und einer Richterwohnung für eine 20000er Stadt auf etwa 3000 m². Nach unserer Ermittlung (s. weiter unten) kommen wir zu etwa 3700 m². In dieser Größenordnung also wird man das Grundstück bemessen müssen. Ministerialrat MEFFERT (Bauabteilung des Preußischen Finanzministeriums) gibt die Größe der Grundstücksfläche auf durchschnittlich 3000—4000 m² an.

Die Auswertung zur Ermittlung von Richtwerten baut sich folgendermaßen auf:

Grundstücksfläche. Aus 27 Städten liegen auswertbare Unterlagen vor. Es fallen aus, einerseits Nordenham mit 18124 m² und Schleswig mit 10516 m² als anormal groß und andererseits als abnorm klein Siegburg mit 1140 m², Mittweida mit 1350 m² und Wolfenbüttel mit 1390 m². Teils liegen diese Amtsgerichte in großen Parks, so daß sie sehr viel Grundstücksfläche besitzen, teils sind es sehr eng eingebaute Häuser, die nur eine ausgesprochen kleine Grundstücksfläche benötigen. Als normale Grundstücksgröße kann man etwa 4000 m² annehmen. Selbstverständlich soll das nicht heißen, daß man nicht auch mit einer etwas kleineren Grundstücksfläche auskommen kann. Das *Gerichtsgefängnis* allerdings (s. S. 82) liegt mit auf diesem Grundstück.

Bebaute Fläche. Hierfür sind aus 33 Städten die Unterlagen auswertbar. Bei Tübingen, Freising, Kempten fehlen die Angaben, der Höchstwert liegt bei Nordenham mit 1310 m², der Mindestwert bei Neuruppin 312 m² und Templin mit 315 m². Als normaler Wert für die bebaute Fläche kann 600 m² angenommen werden (das als Beispiel gebrachte Amtsgericht in Küstrin hat eine bebaute Fläche von 585 m²). Hierbei muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß viele Amtsgerichte nicht nur über Mangel an Personal klagen, sondern daß für dies geringe Personal auch in den meisten Fällen zu wenig Raum vorhanden ist.

Fläche aller Geschosse. Hierfür sind 33 Angaben auswertbar. Als anormal groß fiel Nordenham aus. Es kann hier auch eine unklare Angabe vorliegen, wie in Templin. Der Höchstwert liegt bei Swinemünde 3019 m², der Mindestwert bei Wolfenbüttel mit 753 m². Als Richtwert für die Nutzfläche kann man etwa 1680 m² in Ansatz bringen. Dies würde bei einer bebauten Fläche von 600 m² bedeuten, daß es sich um einen zwei- bis dreigeschossigen Bau (Erd-, erstes und zweites Obergeschoß) mit einem halb ausgebauten Dachgeschoß handelt. Das im Beispiel gebrachte Amtsgericht in Küstrin ist dreigeschossig mit einem halb ausgebauten Dachgeschoß. Die Fläche aller Geschosse beträgt etwa 2330 m².

Beschäftigte. Hierfür konnten die Angaben von 38 Städten ausgewertet werden. Man kann allgemein mit etwa 37—38 Beamten und Angestellten rechnen. Der Höchstwert liegt bei Siegburg mit 72, der Niedrigstwert bei Templin mit 17. Die meisten Amtsgerichte haben zwischen 25 und 45 Beschäftigten. Das als Beispiel abgebildete Amtsgericht von Küstrin hat 35 Beschäftigte.

Anzahl der Gerichtseingesessenen. Hierfür kann leider nur ein ungefährer Anhaltspunkt gegeben werden, da nur 8 Amtsgerichtsbezirke Angaben gemacht haben. Sie schwanken zwischen 75000 bei Senftenberg und 23000 bei Templin. 40000—50000 Menschen scheinen demnach zu einem normalen Amtsgerichtsbezirk zu gehören.

Säle. Im Amtsgerichtsgebäude sind im allgemeinen immer ein bis zwei Säle vorhanden, die zusammen etwa 100—120 m² groß sind.

Materialtabelle.

Amtsgericht und Gefängnisgefängnis.

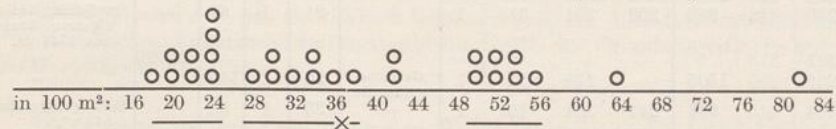
Stadt	Ein- wohner	Amtsgericht			Gefängnis				Welche Ein- richtungen liegen im Amts- gericht	Per- sonal des Amts- gerichts	Säle	Flä- che der Säle ins- ge- samt m²	Zahl der Ge- richts- ein- geses- senen	Bemerkungen	
		Grund- stücks- fläche m²	be- baute Fläche m²	Fläche aller Ge- schosse usw. m²	be- baute Fläche m²	Fläche aller Ge- schosse usw. m²	Höchst- zahl der In- sassen	Be- amte							
Senftenberg	17803	2948	1490*	1663	s. vorn!	1120	55	?	—	45	2	124	75000	* Zusammen mit Gefängnis	
Tübingen	28686	s. Landgericht			556	1102	54	?	s. Landgericht	—	—	—	—	Die Grundstücksfläche des Gefängnisses: Verwalt.-Geb. 307 m². Gefängnis 1401 m².	
Itzehoe	20912	5654	751	2093	448	1610	37	?	—	39	4	135	—	—	
Lahr	16807	2249	418	960	209	304	31	?	—	21	1	89	—	Das Gefängnis liegt auf eigenem Grundstück mit 1544 m².	
Templin	8800	2322	315	?	—	—	—	—	—	17	—	—	23099	—	
Rastenburg	16021	2299	790	1505	—	339	22	?	Gerichtsgefängnis	26	2	140	—	—	
Eschwege	12862	3764	445	931	247	324	15	1	—	25	1	52	—	Gefängnisgrundstück 643 m².	
Lauenburg	18962	1728	574	1184	483	662	20	?	—	41	2	139	—	—	
Bunzlau	19625	5053	1136	2267	—	—	—	—	—	49	1	245	—	—	
Freising	16211	—	—	—	—	—	40	2	—	33	1	—	—	—	
Schleswig	20694	10516	558	1369	436	1151	59	—	—	42	1	86	—	—	
Mittweida	19128	1350	503	1552	219	475	43	1	—	29	1	91	—	—	
Idar-Oberstein	22540	3304	675	993	42	125	6	—	—	33	4	168	—	—	
Kolberg	33735	2900	702	2200	140	420	19	1	—	41	2	130	—	—	
Prenzlau	22357	2700	513	1894	s. Landgericht	—	—	—	—	43	—	—	39179	—	
Siegburg	20446	1140	718	1635	nicht vorhanden*	—	—	—	—	72	1	65	67755	* Im Orte besteht ein Zuchthaus.	
Wernigerode	23300	4134	534	1689	301	857	25	1	—	24	1	54	44600	—	
Bruchsal	16903	2460	773	1253	452	600	?	?	—	28	1	78	—	—	
Werdau	21587	5060	691	2764	350	1050	34	1	—	35	2	123	—	—	
Bitterfeld	21328	3090	505	1600	220	680	52	?	—	45	2	135	—	—	
Neuruppin	21291	5280*	312	1248†	1247	3965	160	19?	—	51	2	113	—	* Mit Landgericht. † Für das Entschuldigungsamt sind ausw. Räume zugemietet.	
Gummersbach	19539	in zwei Miethäusern untergebracht			in einem dritten Miethaus untergebracht			—	—	22	—	—	40000	Viel zu klein. Neubau geplant.	
Wittenberg	24480	5467	724	1671	327	578	42	—	—	47	1	74	—	—	
Schwelm	23020	2432	541	1905	409	1715	80	3	—	27	2	93	—	—	
Eilenburg	19608	5417	509	777	658	485	14	—	—	21	1	48	—	—	
Swinemünde	20514	1894	853	3019	282	1412	42	3	—	56	2	160	—	—	
Arnstadt	22024	im Behördengebäude untergebracht			1782	391	611	20	1	—	55	1	67	—	—
Salzwedel	16123	2420	684	2050	345	1350	75	—	—	41	2	132	—	—	
Marburg	28439	8157	480	1500	567	1900	108	9	—	34	2	94	—	—	
Neustettin	16078	5210	367	840	458	990	45	2	—	42	3*	272*	—	* Darunter ein Arbeitsaal mit 133 m².	
Wolfenbüttel	19620	1390	424	753*	nicht vorhanden†	—	—	—	—	26	1	59	40000	* Zu klein! † Im Ort Strafgefängnis.	
Gumbinnen	19987	6474*	481	1106	485†	781	53	2	—	26	1	59	51147	* Davon Gefängnisgrundstück: 4334 m². † Mit Stallgebäude (112 m²).	
Nordenham	15500	18154	1310	4890	810	1080	59	?	Finanzamt, NSV., Luftschutzschule des RLB.	?	1	73	—	—	
Güstrow	22464	s. Landgericht			872	s. Landgericht	—	—	—	35	1	59	—	—	
Osteroode/Opr.	17977	3557	547	1641	362	1086	27	?	—	25	1	73	—	—	
Küstrin	21270	3229	585	2331	326	?	42	?	—	35	2	116	—	—	
Neustrelitz	19414	1926	530	?	?	?	50	?	—	35	1	80	—	—	
Minden	28764	4127	800	2250	399	1146	—	—	—	59	2	108	—	—	
Kempten	26473	s. Landgericht			—	—	—	—	—	52	2	112	—	—	
Sonneberg	20083	1410*	696*	2371*	303	970	30	3	detachiertes Landgericht, abgezw. Staatsanwaltschaft	46	1	45	48133	* Im Amtsgericht auch Teile des Landgerichts untergebracht, Boden und Kellerräume mitberechnet.	

In der Gruppentabelle zeigen sich bei der Sparte „Grundstücksfläche“ starke Neigungen zur Gruppenstreuung, wogegen die Sparte „bebaute Fläche“ eine außerordentlich starke Ballung von 24 Einheiten zwischen 500 und 800 m² aufweist. Der errechnete Durchschnitt liegt genau in der Mitte. Auch die Sparte „Fläche aller Geschosse“ zeigt trotz starker Streuung eine deutliche Gruppe: 9 Einheiten zwischen 1500 und 1700 m². Bei „Beamten und Angestellten“ sind 3 Gruppen zu beobachten: 9 zwischen 24 und 29; 7 zwischen 33 und 35 und 10 zwischen 41 und 47.

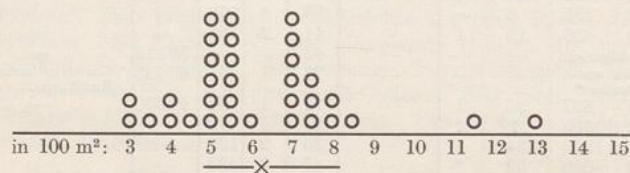
Gruppentabelle¹.

Amtsgericht.

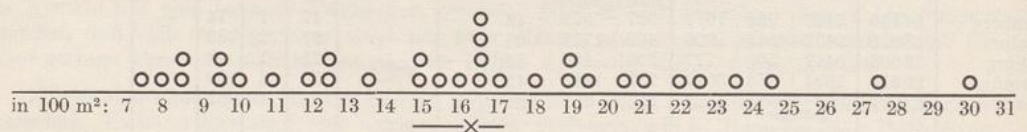
Grundstücksfläche (28 Städte).



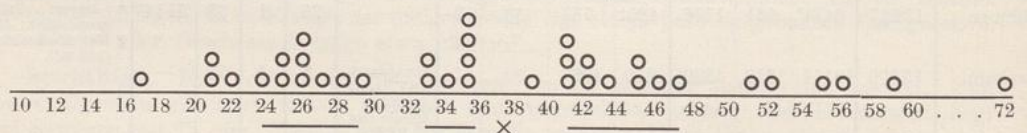
Bebaute Fläche (33 Städte).



Fläche aller Geschosse (33 Städte).



Beamte und Angestellte (38 Städte).



Um den Bau und die Einrichtungen eines Amtsgerichts anschaulich zu machen, bringen wir Grundrisse des Amtsgerichtsgebäudes in Küstrin (Abb. 80—82) (von Herrn Ministerialrat MEFFERT als typisch angegebenes Beispiel), in Minden (Westf.) (Abb. 83—85) und in Lehe (Abb. 86). Letzteres stellt einen größeren Typ dar, der zeigt, wie das Gefängnis und sogar ein Beamtenwohnhaus mit dem Amtsgericht baulich vereint ist.

¹ X bezeichnet die Lage des errechneten Durchschnitts; — deutlich erkennbare Gruppenbildungen sind unterstrichen.

Abb. 80—82. Amtsgericht Küstrin.

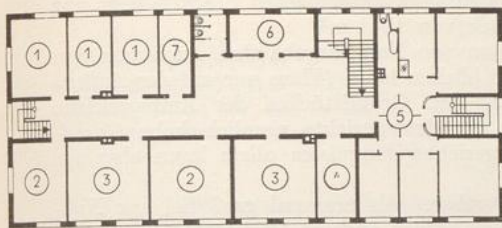


Abb. 80. Zweites Obergeschoß.

1 Schreibstube, 2 Richter, 3 Geschäftsstelle, 4 Wachtmeister, 5 Dienstwohnung, 6 Gerichtsvollzieher, 7 Sachverständiger.

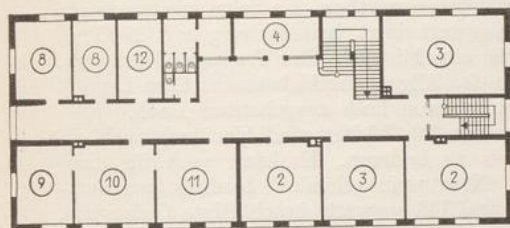


Abb. 81. Erstes Obergeschoß.

8 Rechtspfleger, 9 Grundbuchraum, 10 Grundbuchgeschäftsstelle, 11 Grundbuchrichter, 12 Bücherei.

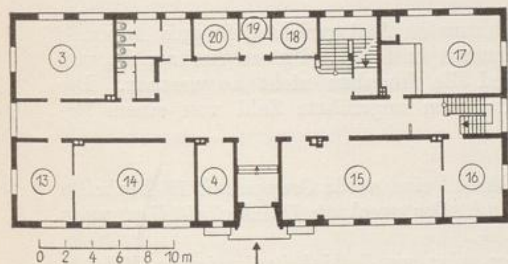


Abb. 82. Erdgeschoß.

13 Assessoren und Referendare, 14 Zivilsitzungsraum, 15 Strafgerichtssaal, 16 Beratungszimmer, 17 Kasse, 18 Sprechzimmer für Rechtsanwälte, 19 Garderobe für Rechtsanwälte, 20 Aufenthaltsraum für Rechtsanwälte.

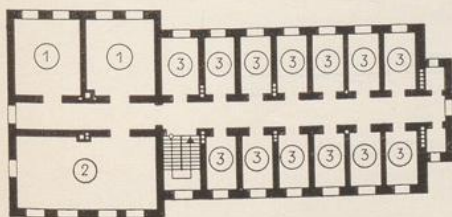


Abb. 85. Grundriß des Amtsgerichtsgefängnisses Minden, Westf.

1 Schlafsaal, 2 Gemeinschaftssaal, 3 Zelle.

Feder, Die neue Stadt.

Abb. 83 u. 84. Amtsgericht Minden, Westf.

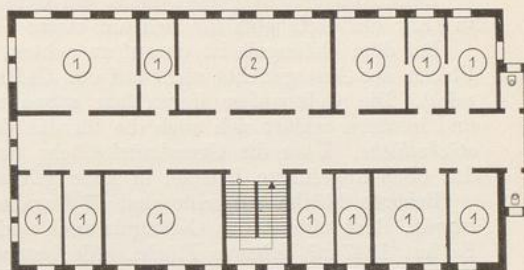


Abb. 83. Obergeschoß.

1 Dienstraum, 2 Schöffensaal.

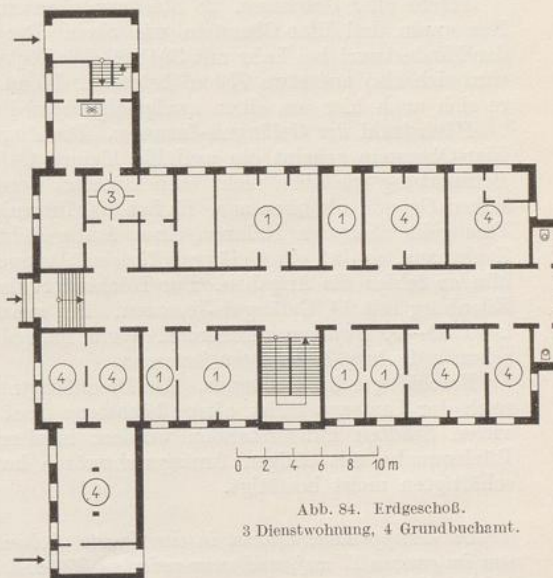


Abb. 84. Erdgeschoß.

3 Dienstwohnung, 4 Grundbuchamt.

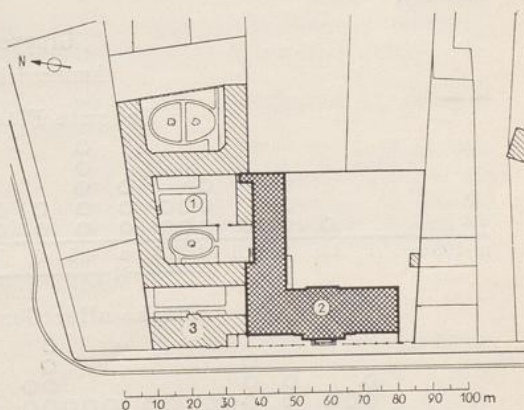


Abb. 86. Amtsgericht Lehe: Lageplan.

1 Gefängnis, 2 Amtsgericht, 3 Beamtenwohnhaus.

b) Gefängnis.

Zum Amtsgericht gehört meist ein Gefängnis. Von allen untersuchten Städten liegt nur in Lahr das Gefängnis für sich auf einem Grundstück von 1544 m².

Bei dem Gefängnis ist darauf zu achten, daß man von Nachbargebäuden, auch von den Fluren des Amtsgerichts nicht auf den Gefängnishof blicken kann (Flure nur auf der Außenseite). Die Gefängnisse liegen fast ausnahmslos auf den Grundstücken der Amtsgerichte, und insofern erklärt sich auch die für das Gebäude des Amtsgerichts ziemlich hohe *Grundstücksfläche*. Über die Grundstücksfläche des Amtsgerichtsgefängnisses allein kann also nur das oben angeführte Beispiel in Lahr gelten.

Bebaute Fläche. Hierfür sind 27 Angaben auswertbar. Als anormal groß fiel aus Neuruppin, dort nimmt das Gefängnis auch noch die Gefangenen anderer Gerichtsinstanzen auf. Es hat 1247 m² bebaute Fläche. Als besonders klein fiel aus Idar-Oberstein. Von einigen anderen Städten fehlen die Angaben. Der Höchstwert liegt bei Nordenham mit 810 m², der Mindestwert bei Kolberg mit 140 m². Man kann im allgemeinen annehmen, daß eine bebaute Fläche von 400 m² für ein Gefängnis ausreicht.

Fläche aller Geschosse. 28 Städteangaben sind hierfür auswertbar. Es fielen wiederum aus Neuruppin und Idar-Oberstein wie oben. Der Höchstwert liegt bei Marburg mit 1900 m², der Mindestwert bei Lahr mit 304 m². Die Nutzfläche einschließlich aller Treppen, Flure usw. wird sich also auf etwa 970 m² belaufen. Wenn man das Allgemeinbild betrachtet, so handelt es sich auch hier um einen zweigeschossigen Bau mit einem halb ausgebauten Dach.

Höchstzahl der Gefängnis-Insassen. Die Angaben von 28 Städten sind hierfür brauchbar. Idar-Oberstein scheint ein auffällig kleines Gefängnis zu besitzen. Es kann auch für diese Betrachtung wie oben nicht berücksichtigt werden. Neuruppin scheidet ebenfalls aus demselben Grunde wie oben aus. Es hat 160 Internierte und 145 auswärts beschäftigte Gefangene. Dies geht über den Rahmen eines Amtsgerichtsgefängnisses hinaus. In Siegburg liegt ein Zuchthaus, so daß ein Gefängnis für das Amtsgericht nicht vorhanden ist. Von Bruchsal und Minden fehlen die Angaben. Der Höchstwert liegt bei Marburg mit 108, der Mindestwert bei Eilenburg mit 14 Gefängnis-Insassen. Die meisten Gefängnisse können eine Höchstzahl von etwa 30–60 Insassen aufnehmen. Wenn man also einen Faustwert bilden will, so müßte man schon auf etwa 45 Insassen kommen.

Beschäftigte im Gefängnis. Als Beschäftigte im normalen Amtsgerichtsgefängnis kommen nach der Umfrage meist eine, höchstens drei Personen in Frage. Unsere Anfrage ist von vielen Städten mißverstanden worden, insofern sind die Angaben nicht auswertbar. Die Rücksprache mit einigen Amtsgerichtsräten hat die oben angeführte Zahl von einem Beschäftigten meist bestätigt.

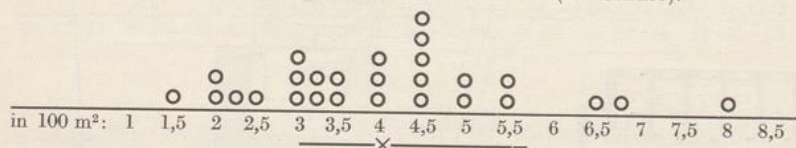
Die Gruppentabelle weist in der Sparte „bebaute Fläche“ eine starke Gruppe mit 19 Einheiten von im ganzen 27 auf, und zwar zwischen 300 und 550 m². Der errechnete Durchschnitt liegt genau in der Mitte.

Bei der Fläche der Geschosse bilden sich 2 Gruppen, eine von 7 Einheiten zwischen 500 und 700 m² und eine von 9 Einheiten zwischen 960 und 1150 m². Daneben zeigt sich ziemliche Einzelstreuung.

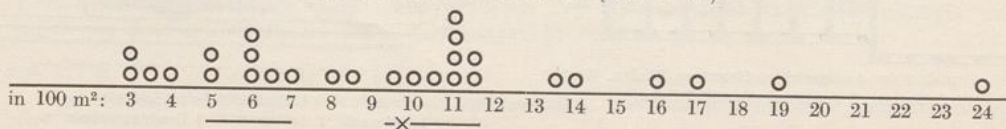
Gruppentabelle.

Amtsgerichtsgefängnis.

Bebaute Fläche (27 Städte).



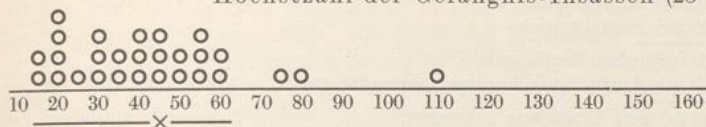
Fläche aller Geschosse (28 Städte).



(Fortsetzung S. 83.)

(Fortsetzung von S. 82.)

Höchstzahl der Gefängnis-Insassen (28 Städte).



c) Landgericht.

Untersucht wurden 11 Landgerichte mit den dazugehörigen Staatsanwaltschaften und Gerichtsgefängnissen.

In Orten, in denen sich ein Landgericht befindet, ist auch ein Amtsgericht innerhalb derselben Stadt vorhanden. Das Landgericht ist die übergeordnete Instanz mehrerer Amtsgerichte und tritt infolgedessen seltener auf. Das Landgericht befindet sich meist nicht nur auf demselben Grundstück wie das Amtsgericht, sondern steht in baulichem Zusammenhang mit demselben. Meist gehört auch ein Gefängnis zum Gesamtkomplex.

Inwieweit das Gefängnis den Erfordernissen des Landgerichts und inwieweit denen des Amtsgerichts dient, läßt sich höchstens für den Einzelfall feststellen. Die Anzahl der Gefangenen ist jedoch erheblich größer, als wenn das Gefängnis nur einem Amtsgericht beigegeben ist. Dementsprechend erhöht sich die Zahl des Aufsichtspersonals.

Natürlich beträgt auch die Zahl der Gerichtseingesessenen das Vielfache derjenigen eines Amtsgerichtsbezirks.

Die Verlegung eines Landgerichts in eine neuerbaute 20000er Stadt ist höchst unwahrscheinlich, da die Landgerichtsbezirke längst festgelegt sind und aus historischen und traditionellen Gründen nicht weniger als aus wirtschaftlich-strukturellen und verwaltungstechnischen kaum wesentliche Abänderungen erfahren werden.

Sollte aber dennoch aus irgendeinem nicht vorauszusehenden Grunde ein Landgericht in eine solche neue Stadt verlegt werden, so ist die Zusammenlegung mit dem Amtsgericht in Gestalt der Vereinigung beider Instanzen in einem Justizgebäude erwünscht. Sollte man durch örtliche Schwierigkeiten gezwungen sein, die beiden Behörden auf zwei Gebäude zu verteilen, so hätte diese Trennung nicht nach Amtsgericht und Landgericht zu erfolgen, sondern nach nachstehenden Gesichtspunkten:

1. Gebäude *Zivilgerichtsbarkeit*: Abt. für das Amtsgericht,
Abt. für das Landgericht.
2. Gebäude *Strafgerichtsbarkeit*: Abt. für das Amtsgericht,
Abt. für das Landgericht.

Erfolgt die Errichtung beider Gebäude auf dem gleichen Grundstück, so wären als *Grundstücksfläche* etwa 5500 m² vorzusehen, da das Gefängnisgebäude mit etwa 450 m² bebauter Fläche nur einmal, und zwar bei der Strafabteilung vorhanden ist. Sind die Grundstücke räumlich getrennt gelegen, so müßten für die (kleinere) Strafabteilung zuzüglich Gefängnis rd. 3000 m² und für die (an und für sich größere) Zivilabteilung (aber ohne Gefängnis) ebenfalls 3000 m², also insgesamt 6000 m² vorgesehen werden.

Höchstzahl der Gefangenen. Es konnten nur 7 Städte ausgewertet werden. Von diesen weist Braunsberg die stärkste Zahl, nämlich 153, und Meiningen die Mindestzahl, nämlich 67, auf. Der Durchschnitt wird bei 90—95 liegen.

Beamte und Angestellte des Landgerichts allein. Höchstzahl: Prenzlau mit 37, Mindestzahl Marburg mit 28, Mittelwert: 32 Beamte und Angestellte.

An besonderen Einrichtungen der Landgerichte sind noch 2—3 Säle zu erwähnen (die geringste Zahl haben Weiden und Ansbach mit je nur einem, die Höchstzahl Tübingen mit 5 Sälen). Die durchschnittliche Größe dieser Säle zusammengekommen beträgt rd. 200 m². Der Höchstwert liegt wieder bei Prenzlau mit 293 m², der Mindestwert bei Weiden mit 95 m².

d) Justizgebäude.

(Amts- und Landgericht, sowie Gefängnis.)

Bei der Vereinigung beider Abteilungen samt Gefängnis in einem einzigen Justizgebäude genügt eine

Grundstücksfläche von etwa 4500—5000 m².

Die **bebaute Fläche** dieses gesamten Komplexes richtet sich nach der Stockwerkhöhe.

An **Nutzfläche** beansprucht das Landgericht allein durchschnittlich rd. 1700 m².

6*

Die Gesamtfläche aller Geschosse usw. des Justizbaues würde also
 1700 m² Landgericht
 + 1500 m² Amtsgericht
 = 3200 m² (ohne Gefängnis)
 zuzüglich 1350 m² Amts- und Landgerichtsgefängnis
 zusammen 4550 m² mit Gefängnis betragen.

Als Teil des Justizgebäudes tritt immer

die Staatsanwaltschaft

auf. Untersucht wurden 11 Städte. Die Räume für die Staatsanwaltschaft liegen stets im Gerichtsgebäude selbst, oft jedoch abgetrennt in einem Seitenflügel.

Nutzfläche der Räume. Tübingen mußte wegen unklarer Angaben ausfallen. Den Höchstwert zeigt Glatz mit 671 m², den Mindestwert Ansbach mit 150 m². Als Richtwert nennen wir 330 m².

Die Zahl der Beamten und Angestellten bei der Staatsanwaltschaft schwankt zwischen 16 und 9. Im allgemeinen dürften 13 Beamte und Angestellte ausreichen.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß gleichzeitig mit der Beantwortung unserer Rundfrage häufig Beschwerden über Mangel an Raum und an Personal von den Gerichten eingegangen sind.

Materialtabelle.

Landgericht.

Stadt	Ein- wohner	1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7a	7b	8	9a	9b
		Grund- stücks- fläche m ²	Landgericht		Gefängnis				Welche Einrich- tungen liegen im Landgerichtsgebäude	Beamte im Land- gericht	Besondere Einrich- tungen (Säle)		Zahl der Gerichts- eingesessenen	Staats- anwalt- schaft	
			be- baute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen m ²	be- baute Fläche m ²	Fläche aller Ge- schos- se m ²	Höchst- zahl der In- sassen m ²	Be- amte			Zahl	Fläche m ²		Räu- me m ²	Be- amte
Tübingen	28686	8250 ¹	2015 ¹	5013 ¹	s. Amtsgericht				s. Bemerkungen	87 ¹	5	?	—	?	19
Güstrow	22464	5626 ²	1656 ³	Land- gericht: 1060 gesamtes Gerichts- gebäude: 2920	525	1575	70	—	Amtsgericht und Staatsanwaltschaft	33	3	259	—	411	22 ³
Kempten	26473	6000 ⁴	2900 ⁴	insges. 10400 Land- gericht: 1735	805	1465	85	6	4 Dienst- und 2 Miet- wohnungen	30	2	180	—	389	9
Prenzlau	22357	2300	437	750	591 ⁵	1869	120	14	—	37	4	293	285733	190	16
Marburg	28439	2243	482	2264	bei Amtsgericht				—	28	2	153	—	310 ⁶	10 ⁶
Neuruppin	21291	s. Amts- gericht 6167	751	2871	s. Amtsgericht				—	30	2	198	—	290	15
Braunsberg	15325	6167	893 ⁷	1675 ⁸	670	1123 ⁹	153	11	Amtsgericht, Entschuldungsamt, Staatsanwaltschaft, Amtsanwaltschaft, 2 Dienstwohnungen	47 ¹⁰	2	168	—	167	12
Weiden	22775	3550	1137	1742	955	1099	82	5	1 Hausmeister- wohnung	18	1	95	—	171	9
Glatz	19000	4045 ¹¹	1288 ¹¹	5200 ¹¹ Land- gericht: 1511	—	—	—	—	—	91 ¹¹	3	278	260873	671	16
Ansbach	23033	1260 ¹²	—	—	900 Grund- stücks- fläche für Land- und Amts- gerichts- gefäng- nis: 2870	1030	75	5	Dienstwohnung eines Justizwachtmeisters	70 ¹²	1	112	—	150	10
Meiningen	18833	2087	1350	2844	570	1158	67	4	—	87	3	293	—	590	14

¹ Justizgebäude: Landgericht, Staatsanwaltschaft, Amtsgericht, Untersuchungsrichter, Bezirksnotariat, Grundbuchamt im selben Gebäude.

² Das Gefängnis liegt auf demselben Grundstück. ³ Einschließlich Gefängnis und Amtsanwaltschaft.

2. Finanzamt.

Die Einrichtung eines Finanzamts in einer neuen Stadt ist für die wirtschaftliche Mittelpunktbildung sehr wesentlich. Die Größe des Finanzamts ist von vielen Faktoren abhängig.

Die Flächenausdehnung des Finanzamtsbezirks spielt die geringste Rolle. Wichtiger schon ist die Zahl der erfaßten Einwohner, und zwar sowohl der Stadt wie des Gesamtbezirks. Ausschlaggebend jedoch erscheint die wirtschaftliche Struktur der Gegend und die soziale Stellung der Bevölkerung: Industrie-, Handels-, Rentner- oder Landstadt? Industrieller oder landwirtschaftlicher Charakter der Umgebung? Anzahl und Bedeutung der industriellen Unternehmungen, der Umsatz- und Einkommensteuerepflichtigen? Wird das Umland durch kleinbäuerliche Betriebe bewirtschaftet oder überwiegt der Großgrundbesitz? Alle diese Fragen sind von mehr oder weniger entscheidendem Einfluß auf den Arbeitsbereich, die Beschäftigtenzahl und damit die räumliche Ausdehnung des Finanzamts.

Von 71 von uns untersuchten Städten besitzen nur 59 ein Finanzamt; 12 Städte oder 16,9% haben kein eigenes Finanzamt, sondern unterstehen der Finanzverwaltung eines Nachbaramts.

Die Fläche des erfaßten Gebiets ist sehr starken Schwankungen unterworfen. Finanzamtsbezirk Bergedorf mit nur 93 km², aber starker Bevölkerungsdichte, bezeichnet die unterste und Neustettin im locker besiedelten Hinterpommern mit 2005 km² die oberste Grenze der 59 untersuchten Ämter. Die Flächenausdehnung der Finanzbezirke scheint also wesentlich von der Dichte der Einwohner auf den Quadratkilometer beeinflusst.

Die Gruppentabelle zeigt bei sehr starker Streuung immerhin eine große Gruppe zwischen 250 und 950 km² mit 42 Bezirken und eine schwache mit 6 Bezirken bei 1150—1300 km². Ein Mittel festzulegen wäre darum zwecklos und irreführend.

In der Einwohnerzahl des erfaßten Gebiets steht das Finanzamt Siegburg mit 142 295 obenan, während Mittweida mit nur 36 719 die geringste Bevölkerungsziffer aufweist. Der Durchschnitt liegt bei 71 000 Einwohnern.

Die Gruppentabelle weist starke Streuung auf (ähnlich der Sparte „Fläche des erfaßten Gebiets“, mit der sie in gewisser Wechselwirkung steht). Gleichzeitig macht sich aber eine besonders ausgeprägte Gruppenbildung von 45 Bezirken zwischen 50 000 und 90 000 Einwohnern bemerkbar, deren Schwerpunkt mit dem errechneten Mittel zusammenfällt.

Die rapid wachsenden Anforderungen, die in der Nachkriegszeit an die Finanzbehörden gestellt wurden, machten eine mit dem Anwachsen der Arbeit schritthaltende Vergrößerung des Verwaltungsapparates notwendig. Zahlreiche Finanzämter wurden in größere Räume umquartiert, manche andere wurden neu geschaffen. Da nur selten ausreichende Mittel zur Verfügung standen, war an kostspielige Neubauten oder auch nur Um- oder Anbauten nicht zu denken. Man beschränkte sich darauf, die Ämter irgendwo in freigewordenen Kasernen, Lazaretten oder landesherrlichen Schlössern unterzubringen. Erst in jüngster Zeit wurde mit der Errichtung neuer, den gestiegenen Anforderungen entsprechender Finanzamtsgebäude begonnen. Wir bemühten uns, für unsere Ermittlungen vorzugsweise diese Neubauten heranzuziehen.

Von 59 Finanzämtern sind 21, d. h. etwa 35% in einem reichseigenen Neubau, 15% in einem reichseigenen Altbau, der zuvor anderen Zwecken gedient hat, untergebracht. 50% der untersuchten Finanzämter haben in nicht dem Reiche gehörigen Gebäuden Räume gemietet oder beanspruchen diese Gebäude insgesamt. In Zukunft soll danach getrachtet werden, daß das Finanzamt als eine der wenigen und wichtigsten staatlichen Einrichtungen stets ein reichseigenes nur zu diesem Zwecke errichtetes Gebäude erhält.

Von 16 Finanzämtern in meist reichseigenen Neubauten liegen zuverlässige Angaben über die Flächenverhältnisse vor. Die Unterlagen wurden fast durchweg freundlicherweise vom Reichsfinanzministerium beigebracht.

⁴ Residenzgebäude: Landgericht, Bezirksamt und Landbauamt.

⁵ Grundstücksfläche: 2711 m², davon Hof: 2120 m².

⁶ Die Zahlen von Spalte 9a, b sind in denen der Spalten 3 und 6 enthalten.

⁷ Dazu: Dienst- und Wohngebäude 505 m². ⁸ Dazu: Dienst- und Wohngebäude 532 + 228 = 760 m².

⁹ Dazu: 2 Dienstwohnungen 170 m². ¹⁰ Dazu im Dienst- und Wohngebäude 24 Personen. Alles viel zu klein! Besonders die Räume der Staatsanwaltschaft, sowie das Gefängnis.

¹¹ Landgericht, Amtsgericht und Staatsanwaltschaft zusammen.

¹² Landgericht, Amtsgericht jedoch ohne Entschuldungsamt, das auswärts untergebracht, und Staatsanwaltschaft. Viel zu klein!

Grundstücksfläche. Von den 16 Städten mußte zur Errechnung eines Richtwertes Wurzen mit 11800 m² als anormal groß ausfallen. Von den restlichen 15 steht das Prenzlauer Finanzamt mit 6250 m² weitaus an der Spitze, da es sich dort um das Grundstück eines früheren Lazarettes handelt. Im Gegensatz dazu mußte sich der Neubau des Finanzamts Mittweida mit dem Mindestwert von 1140 m² begnügen. Allerdings hat Mittweida mit nur 36719 Einwohnern im Bezirk auch die kleinste Beschäftigtenzahl (30 Beamte und Angestellte) aller ausgewerteten Ämter. Als normale Grundstücksgröße kann man etwa 2800 m² annehmen.

Die Gruppentabelle weist sehr starke Einzelstreuung auf bei kaum wahrnehmbarer Gruppenbildung: 3 Grundstücke zwischen 1100 und 1200 m² und 3 Grundstücke zwischen 3700 und 3800 m².

Bebaute Fläche. Hierfür konnten 15 Angaben ausgewertet werden, nachdem wieder Wurzen mit 1700 m² als anormal groß ausgefallen war. Die außerordentliche Größe des Grundstücks und der bebauten Fläche des Finanzamts Wurzen steht in keinem Verhältnis zu der geringen Einwohnerzahl seines Bezirks (44000) und noch weniger zu der unter dem Durchschnitt liegenden Zahl der Beschäftigten (40). Dieses Amt ist jedoch in einem früheren Garnisonslazarett untergebracht und konnte sich in den einmal vorhandenen Räumen beliebig ausdehnen.

Der nächsthöhere Wert für die bebaute Fläche liegt bei Schleswig mit 1200 m². Der Mindestwert findet sich bei Werdau mit 350 m².

Als normalen Wert kann man 700 m² bei der Planung zugrunde legen. Solche Finanzämter finden sich etwa in Neustrelitz, Bunzlau und Neuwied.

Fläche aller Geschosse. Von den Finanzämtern waren nur Angaben über reine Nutzflächen der Büroräume zu erhalten. Auf diese beziehen sich die folgenden Größenangaben. Zur Errechnung der Fläche aller Geschosse einschließlich Treppen, Flure, Nebenräume und Mauerwerk, jedoch ohne Keller und Bodenräume, soweit sie nicht für Archive, Registraturen usw. beansprucht werden, wären den angegebenen Werten etwa 30–35% hinzuzufügen.

Auch hier mußte Wurzen mit 2930 m² aus oben angeführten Gründen als anormal ausgeschieden werden. Es blieben noch 15 auswertbare Angaben.

Der Höchstwert liegt bei Rosenheim mit 2360 m² und der Mindestwert bei Mittweida mit 540 m².

Als normale Nutzfläche kann man 1250 m² beim ersten Entwurf zugrunde legen. Das bedeutet eine Fläche aller Geschosse von 1250 m² zuzüglich rd. 450 m² für Flure, Treppen usw. = 1700 m².

Die Gruppentabelle zeigt in der Sparte Nutzfläche trotz bedeutender Streuung deutliche Gruppenbildung mit 6 Einheiten zwischen 1200 und 1400 m². Der oben erwähnte Mittelwert liegt also innerhalb dieser Gruppe.

Personal. Hierfür konnten aus 59 Städten die Angaben ausgewertet werden. Die Höchstwerte liegen bei Rosenheim, Sonneberg und Siegburg mit je 101 Beschäftigten. Sie haben alle drei verhältnismäßig viele Einwohner im Bezirk: Rosenheim 96756, Sonneberg 82138, Siegburg 143397. Die niedrigsten Werte liegen bei Oelsnitz mit 31 und Mittweida mit 30 Beschäftigten.

Für die Planung kann man mit etwa 58 Beamten und Angestellten im Finanzamt rechnen. Auch nach Angabe des Reichsfinanzministeriums bewegt sich die Zahl der Beschäftigten eines Finanzbezirks, dessen Amt seinen Sitz in einer Stadt von 20000 Einwohnern hat, meist zwischen 50 und 60 Beamten und Angestellten.

Die Gruppentabelle zeigt fast keine Einzelstreuung; dagegen eine außerordentlich starke (42 Einheiten zwischen 40 und 45 Personen) und 2 schwächere Gruppenbildungen (8 Einheiten zwischen 30 u. 35 und 7 Einheiten zwischen 90 und 100 Personen). Der errechnete Durchschnittswert liegt dicht vor dem Schwergewicht der stärksten Gruppe.

Dienstwohnungen. In fast allen Finanzämtern, besonders in allen Neubauten, befinden sich außer den Diensträumen noch

1. eine Dienstwohnung für den Hauswart mit 50–60 m² und
2. eine Dienstwohnung für den Vorstand des Finanzamts (Regierungsrat bei Ämtern bis rd. 50 Beschäftigten) mit 130–150 m² oder eine Dienstwohnung für den Oberregierungsrat (bei Ämtern über 50 Beschäftigten) mit 150–170 m². Die Flächen für die Wohnungen sind in den oben angegebenen Flächenwerten mit einbegriffen.

Zollamt. Ferner ist in den Neubauten der Finanzämter (und oft auch in älteren Finanzämtern) fast stets ein Zollamt mit durchschnittlich 100 m² einbegriffen. Ein solches befindet

Abb. 87. Obergeschoß.
1 Dienstzimmer, 2 Dienstwohnung.

Abb. 87—89. Finanzamt Wismar.

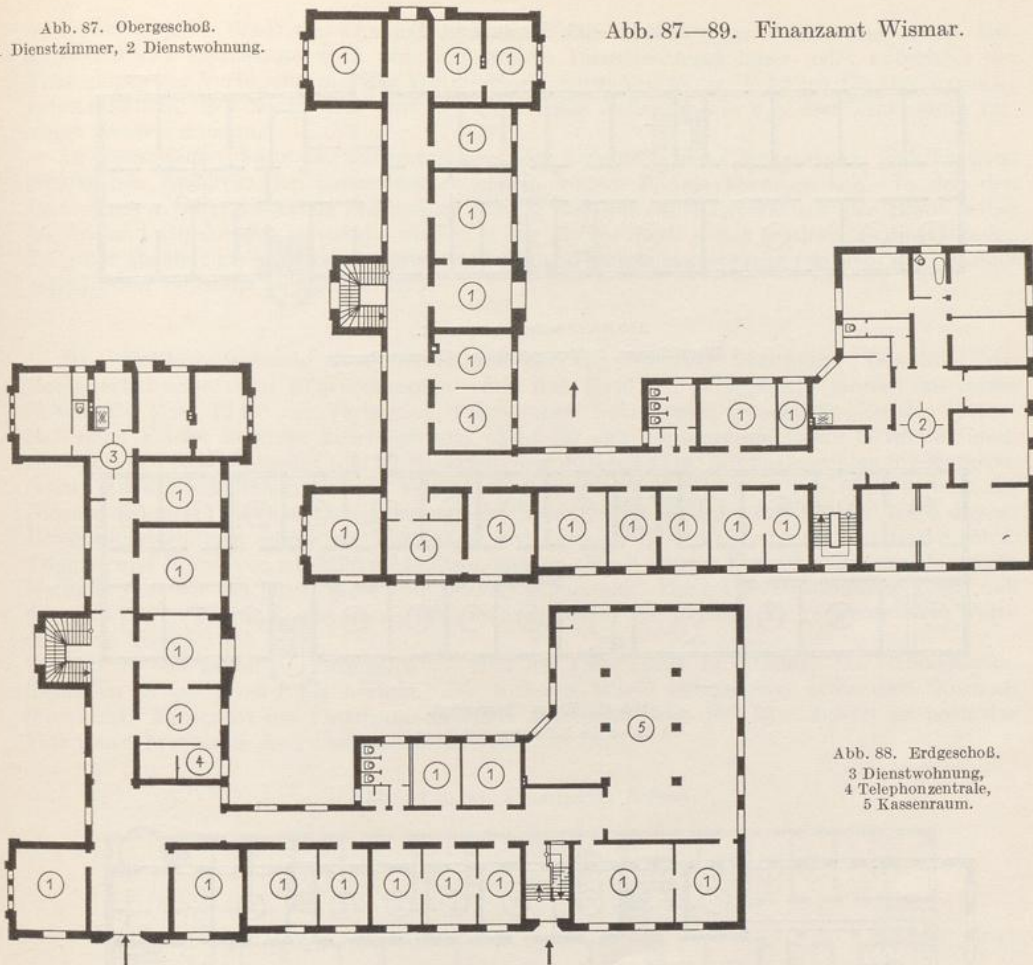


Abb. 88. Erdgeschoß.
3 Dienstwohnung,
4 Telephonzentrale,
5 Kassenraum.

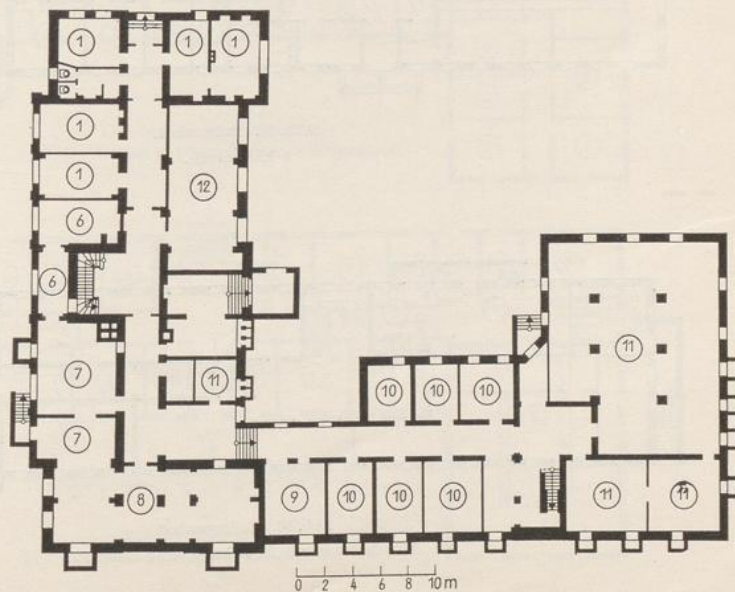


Abb. 89. Tiefgeschoß.
6 Werkstatt, 7 Heizung, 8 Kohlen,
9 Elektrozentrale, 10 Aktenräume,
11 Keller, 12 Sitzungssaal.

0 2 4 6 8 10 m

Abb. 90—93. Finanzamt Fulda.

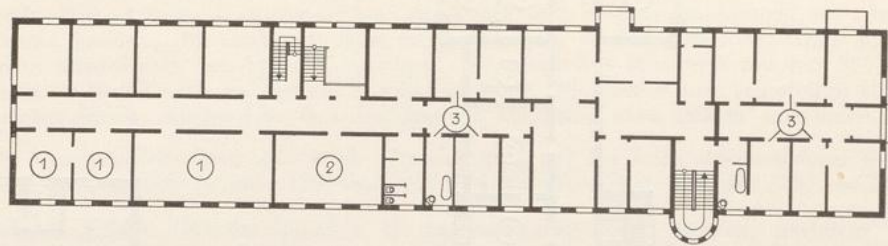


Abb. 90. Zweites Obergeschoß.
1 Dienstzimmer, 2 Sitzungszimmer, 3 Dienstwohnung.

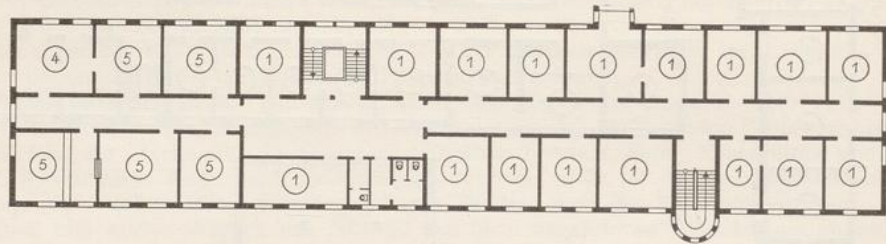


Abb. 91. Erstes Obergeschoß.
4 Labor des Zollamtes, 5 Zollamt.

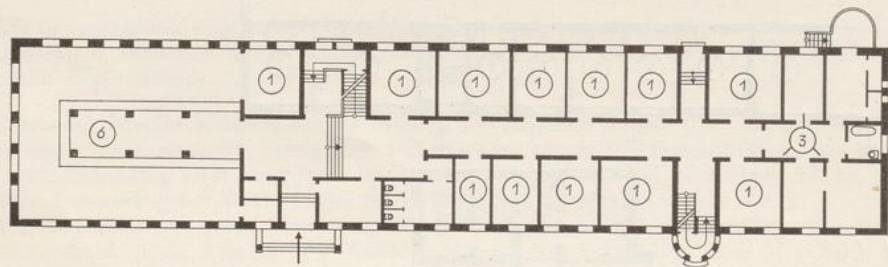


Abb. 92. Erdgeschoß.
6 Kassenhalle.

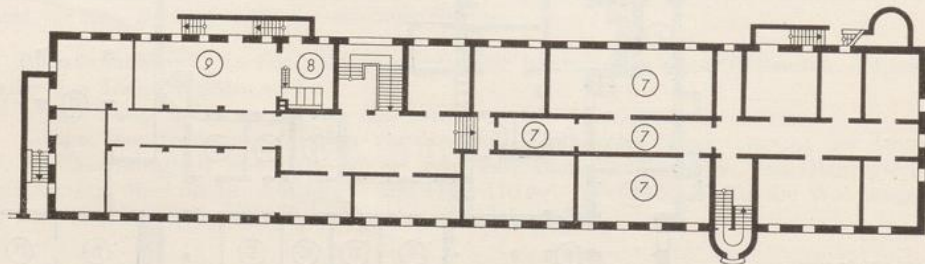


Abb. 93. Kellergeschoß.
7 Luftschutzzräume, 8 Heizung, 9 Kohlenkeller.

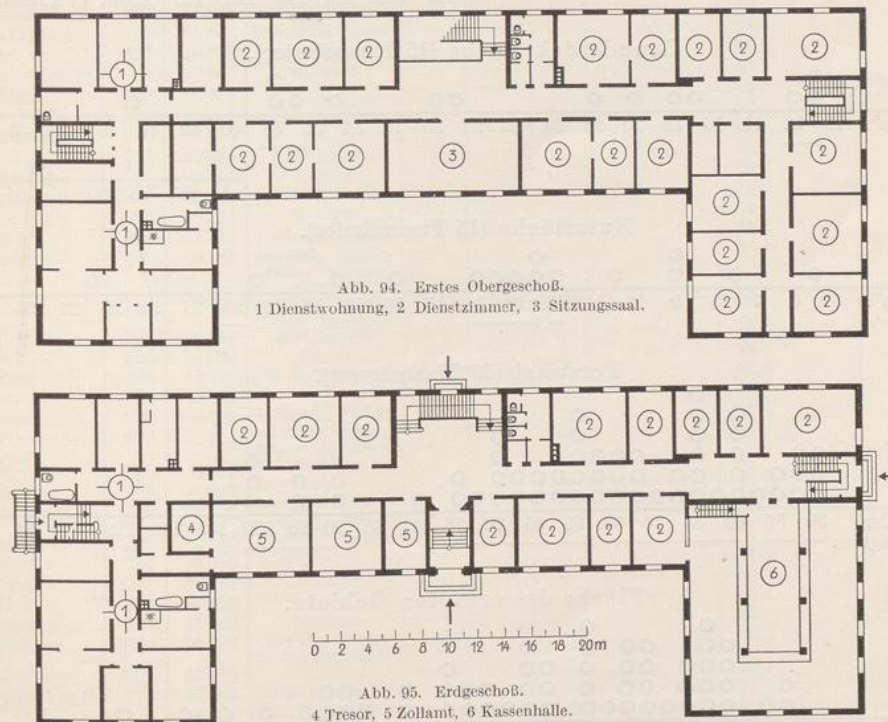
sich wohl in jeder Stadt von etwa 20000 Einwohnern, vielfach sogar in kleineren Orten. Mitunter hat der Zollbeamte auch nur eine größere Dienstwohnung inner- oder außerhalb des Finanzamts zur Verfügung mit der Verpflichtung, einen Teil seiner Wohnung für Dienstzwecke bereitzuhalten. Bei Neubauten wird in Zukunft das Zollamt stets mit dem Finanzamt vereinigt werden müssen.

In Grenzstädten kann das Zollamt je nach der Bedeutung des Grenzverkehrs und der wirtschaftlichen Struktur der Grenzstadt erheblich größere Räume beanspruchen. In den den Finanzämtern angegliederten Zollämtern werden fast ausschließlich die aus der Stadt selbst ins Ausland abgehenden, sowie die wiederum nur für die Stadt selbst bestimmten einlaufenden Zollgüter abgefertigt, während der gesamte Reise- und Durchgangsverkehr von einer am Bahnhof befindlichen Zollstelle bearbeitet wird.

Das *Reichsfinanzministerium* (Informationen von Amtsrat NEUBERT) berechnet die Raumverhältnisse etwa folgendermaßen. Auf den Kopf der Belegschaft müssen an reiner Nutzfläche etwa 12 m^2 zur Verfügung stehen (ohne Nebenräume gerechnet). Zu der so entstehenden Fläche kommen Zuschläge von 45 m^2 für den Kassenraum, ferner 30 m^2 Minimalzuschlag für Sitzungszimmer (bei 50 Personen) und drittens 25 m^2 Minimalzuschlag für Materialraum. Zu der erhaltenen Summe kommt ein weiterer Sonderzuschlag von 15%, sodann die Dienstwohnungen wie oben angegeben und der Raum für das Zollamt von 100 m^2 . Nach diesem Berechnungsschlüssel würde ein Finanzamt mit etwa 58 Beschäftigten eine Nutzfläche (ohne Treppen und Flure) von rd. 1235 m^2 besitzen müssen. Nach unserer hiervon völlig unabhängigen Methode sind wir auf einen Wert von 1250 m^2 gekommen. Diese Übereinstimmung zeigt, daß das von uns gewählte Verfahren zur Ermittlung der für die Planung zu verwendenden Werte durchaus geeignet ist.

Abb. 87—89 geben ein anschauliches Bild des Finanzamts in Wismar. Die Grundstücksfläche ist etwas größer als normal. Die anderen Werte entsprechen etwa dem Normalfinanzamt. Ferner ist das Finanzamt in Fulda abgebildet (Abb. 90—93). Zuletzt ist noch das Finanzamt in Soltau dargestellt (Abb. 94—96).

Abb. 94 u. 95. Finanzamt Soltau.



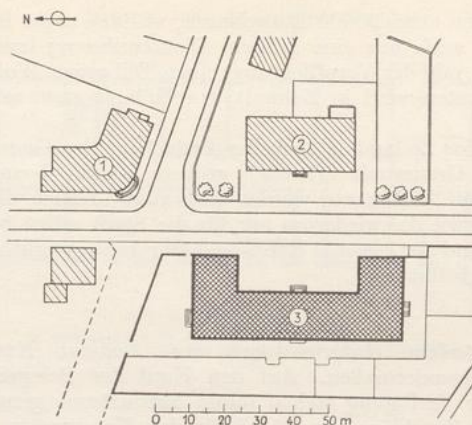
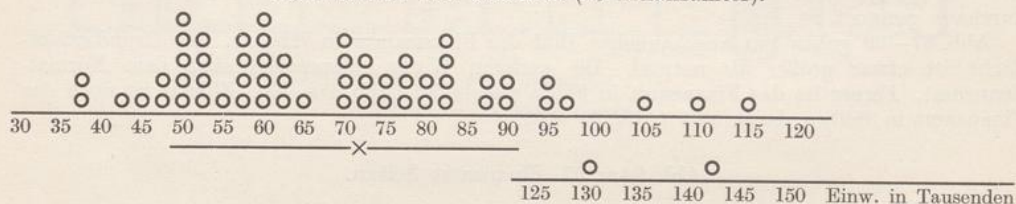


Abb. 96. Finanzamt Soltau (Lageplan).

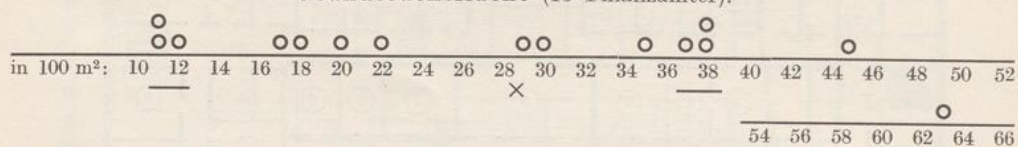
1 Kreissparkasse, 2 Amtsgericht, 3 Finanz- und Zollamt.

Gruppentabelle.**Finanzamt.**

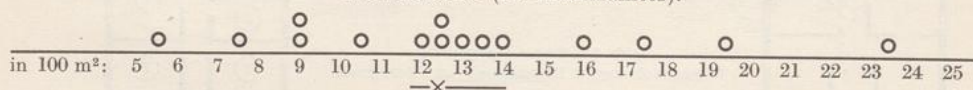
Einwohner des Gebiets (59 Finanzämter).



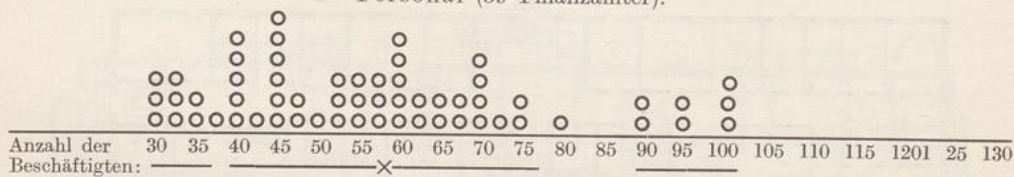
Grundstücksfläche (15 Finanzämter).



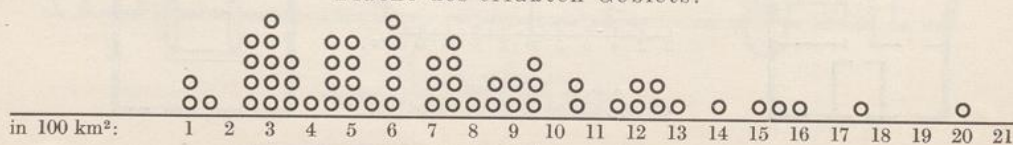
Nutzfläche (15 Finanzämter).



Personal (59 Finanzämter).



Fläche des erfaßten Gebiets.



Materialtabelle.

Finanzamt. Zollamt.

Stadt	Gebiet km²	Ein- wohner des Gebiets	Finanzamt						Zollamt		
			wo untergebracht	Grund- stücks- fläche m²	be- baute Fläche m²	Nutz- fläche m²	Lage des Finanzamts	Per- sonal	Be- merkungen	Per- sonal	Nutz- fläche m²
Rosenheim	829	96756	reichseig. Neubau	4480	1170	2360	N. d. Stadtmitte u. d. Bahnhofs	101	Anbau beantragt	5	80 170
Sonneberg	352	82138	desgl.	2000	520	1250	Bahnhofsnähe	101			
Ansbach	418	69435	"	1700	534	1284	"	73			
Bunzlau	1044	70606	"	3650	660	1370	"	44			
Fulda	971	117032	"	2200	850	1412	Nähe v. Bahnhof und Stadtkern	71			
Werdau	101	43637	"	1150	350	900	Stadtmitte	38			
Itzehoe	936	82466	"	1840	570	1200	"	69			
Schleswig	1057	71906	"	3800	1200	1653 ¹	"	80			
Osterode/Opr.	1551	77375	"	3000	490	900	"	46			
Wismar	1187	71068	"	3500	1100	1400	Bahnhofsnähe u. Stadtmitte	71			
Lörrach	254	62572	"	1200	480	1025	"	59			
Mittweida	165	36719	"	1140	550	540	"	30			
Neustrelitz	1382	48606	früh. Garn.-Lazarett	3798	671	765	"	60			
Neuwied	621	110029	reichseig. Neubau	2900	705	1928	"	90			
Neuruppin	1773	82390	Kaserne	—	—	—	"	63			
Minden	593	130679	fr. Bez.-Kdo.-Geb.	—	—	—	"	96			
Meiningen	685	73668	—	—	—	—	"	96			
Marburg	897	94720	reichseig. Neubau	—	—	—	"	61			
Küstrin	1522	97139	Kaserne	—	—	—	"	62			
Kolberg	930	75063	reichseig. Gebde., früher Hotel	—	—	—	"	53			
Kempten	626	66048	Miethaus	—	—	—	"	76			
Lippstadt	508	59383	reichseig. Neubau	—	—	—	"	46			
Lahr	314	49126	Miethaus	—	—	—	"	46			
Bad Homburg	585	72107	im Schloß	—	—	—	"	61			
Heidenheim	459	52991	Miethaus	—	—	—	"	41			
Güstrow	1619	77842	reichseig. Gebde., früher Hotel	—	—	—	"	71			
Gummersbach	327	56695	ehem. Schülerheim	—	—	—	"	47			
Gumbinnen	729	51148	früh. Offiz.-Kasino	—	—	—	"	33			
Glatz	527	70140	Kaserne	—	—	—	"	76			
Schw.-Gmünd	264	57240	Miethaus	—	—	—	"	40			
Freising	729	52464	"	—	—	—	"	43			
Eschwege	503	48331	reichseig. Neubau	—	—	—	"	36			
Braunsberg	946	57523	"	—	—	—	"	32			
Bruchsal	444	86498	Miethaus	—	—	—	"	68			
Bitterfeld	694	105714	Kaserne	—	—	—	"	56			
Lauenburg	1289	63331	reichseig. Neubau	—	—	—	"	41			
Bergedorf	93	49221	Miethaus	—	—	—	"	54			
Arnsdorf	469	58782	reichseig. Neubau	—	—	—	"	81			
Annaberg	358	89143	reichseig. Gebde., früher Bezirks- steuereinnahme	—	—	—	"	60			
Prenzlau	1133	62062	reichseig. Gebde., früher Lazarett	6250	578	1734	—	50			
Zweibrücken	300	54464	Mietgebäude	—	—	—	—	36			
Zerbst	805	51600	Schloß	—	—	—	—	48			
Wurzen	325	43944	früh. Garn.-Lazarett	11800	1700	2930	—	40			
Wesel	524	83137	—	—	—	—	—	69			
Wolfenbüttel	736	86688	reichseig. Neubau	—	—	—	—	91			
Wernigerode	278	49271	reichseig. Gebde., früher Privathaus	—	—	—	—	31			
Weiden	596	59814	Miethaus	—	—	—	—	57			
Straubing	473	80937	"	—	—	—	—	68			
Swinemünde	690	78173	reichseig. Gebde., früher Bad	—	—	—	—	57			
Sorau	1228	89180	reichseig. Neubau	—	—	—	—	56			
Siegburg	766	143395	—	—	—	—	—	101			
Salzwedel	1213	60952	Kaserne	—	—	—	—	46			
Saalfeld	496	60423	—	—	—	—	—	63			
Tuttlingen	294	47025	Miethaus	—	—	—	—	40			
Rendsburg	1255	75567	reichseig. Gebde., fr. Garnisons-Kdo.	—	—	—	—	58			
Rastenburg	874	53114	—	—	—	—	—	32			
Oelsnitz Vogtl.	278	37693	reichseig. Geb., fr. Bez.-St.-Einnahme	—	—	—	—	31			
Nordenham	243	60640	—	—	—	—	—	52			
Neustettin	2005	82797	reichseig. Gebde., früher Privathaus	—	—	—	—	53			

3. Arbeitsamt.

Die Arbeitsämter wurden ins Leben gerufen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Heute, da die Arbeitslosigkeit nahezu verschwunden oder doch auf ein Minimum herabgedrückt ist, haben sie dennoch durch Umstellung ihres Wirkens ihre Bedeutung keineswegs verloren. Die Aufgabe der 345 über das Deutsche Reich verteilten Arbeitsämter wurde, neben der Arbeitsvermittlung bei Stellenwechsel des Arbeitnehmers, die Arbeitsumleitung, die Berufsberatung und vor allem die planmäßige Arbeitslenkung, sowie der Arbeitseinsatz des jugendlichen Nachwuchses. Darum wird auch in Zukunft in einer neu zu bauenden Stadt ein Arbeitsamt vorzusehen sein.

Die Städte von rd. 20000 Einwohnern besitzen großenteils ein Arbeitsamt (Hauptamt), zumindest aber eine Arbeitsamtsnebenstelle. Selbst in bedeutend kleineren Orten finden sich mitunter Hauptämter und vielfach Nebenstellen.

Die Einwohnerzahl des Standortes gibt ebensowenig wie die flächenmäßige Ausdehnung des erfaßten Bezirks den Ausschlag für die Bedeutung und damit die räumliche Größe des Arbeitsamts. Maßgebender ist die Siedlungsdichte und am wichtigsten der wirtschaftliche Charakter der Gegend. Dabei sind nicht etwa die Typen wie Industriegegend oder Agrarbezirk usw. ausschlaggebend, sondern die *Art* der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe. Ein Bezirk mit vielen kleineren Fabriken oder bedeutenderen Handwerksbetrieben beansprucht das Arbeitsamt stärker als ein solcher mit einzelnen Großindustrien auch bei höherer Zahl der *Arbeitnehmer*. Selbstverständlich ist die Anzahl der *Arbeitgeber* ebensowenig allein maßgebend, vielmehr müssen sämtliche angeführte Faktoren bei der Planung eines neu zu errichtenden Arbeitsamtes berücksichtigt werden.

a) Arbeits(haupt)amt.

Untersucht wurden insgesamt 20 Arbeitsämter in Städten von 15000—28000 Einwohnern (s. Materialtabelle). Um die durchschnittliche Größe des erfaßten Gebietes in km² festzustellen, wurden die Angaben von 19 Ämtern ausgewertet. Das Arbeitsamt in Neustadt/O.S. mußte ausfallen, da von dort nur die Angaben für den engeren Stadtbezirk vorlagen.

Die **Flächengröße der erfaßten Gebiete** schwankt sehr beträchtlich, und zwar zwischen dem Höchstwert Küstrin von 4290 km² und dem Mindestwert Annaberg mit nur 330 km². Der Durchschnitt liegt bei 1570 km².

Eine Tendenz zur Gruppenbildung der einzelnen Bezirksgrößen ist nur schwach wahrnehmbar (s. Gruppentabelle). 4 Bezirke liegen zwischen 300 und 600 km², 6 Bezirke zwischen 1100 und 1300 km² und 2 Bezirke bei 2100 km².

Zur Ermittlung der durchschnittlichen **Einwohnerzahl der Bezirke** konnten ebenfalls die Angaben von 19 Arbeitsämtern herangezogen werden. Die Höchstzahl liegt hier bei Braunschweig mit 267000 Einwohnern. Doch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Stadt Braunschweig selbst schon über 150000 Einwohner zählt, also weit über die von uns untersuchte Stadtnorm hinausragt. Auf die Eingliederung Braunschweigs wurde nur deshalb nicht gänzlich verzichtet, weil uns das dortige Arbeitsamt als besonders typisch bezeichnet wurde.

Der nächsthöchste Wert liegt bei dem Bezirk Küstrin mit 204956 Einwohnern, der Mindestwert bei Fürstenwalde mit 92121 und der Durchschnitt um 149000.

Die Gruppentabelle zeigt weniger Streuung als bei der Flächengröße des Bezirks. Man unterscheidet deutlich 2 Gruppen: 7 Bezirke haben zwischen 90000 und 110000 Einwohner und weitere 7 zwischen 160000 und 180000.

Die **Zahl der Arbeitnehmer** in denselben 19 Bezirken bewegt sich von dem Höchstwert Braunschweig (92000) bzw. dem zweithöchsten Küstrin (65000) über den Durchschnitt von rd. 44000 bis zum niedersten Wert Landau mit 25237 Arbeitnehmern.

Über die **Zahl der Arbeitgeber** lagen nur aus 15 Städten Angaben vor. Die Höchstzahl weist Küstrin mit 16700, die kleinste Annaberg mit 3905 Personen auf. Das Mittel beträgt rd. 9400 Arbeitgeber.

Die Gruppentabelle zeigt in den Sparten „Zahl der Arbeitnehmer“ und „Zahl der Arbeitgeber“ ein stark verändertes Bild: deutliche Gruppenbildung, fast ohne Einzelstreuung. In 4 Bezirken liegt die Arbeitnehmerzahl zwischen 25000 und 26000, in 7 Bezirken zwischen 33000 und 42000, in 6 Bezirken zwischen 53000 und 55000. Die Zahl der Arbeitgeber schließt sich sogar zu nur 2 Gruppen zusammen. 11 Bezirke ballen sich zwischen 4000 und 9000 und 4 Bezirke zwischen 13000 und 15000 (nur noch Küstrin mit 16500 steht etwas abseits).

Es zeigt sich, daß die Eintragung in denjenigen Sparten der Gruppentabelle, die für ein Erkennen der jeweiligen Einrichtungen (hier Arbeitsamt!) am aufschlußreichsten sind, auch am stärksten

zur Gruppenbildung neigen, während die der weniger wesentlichen Sparten mehr Einzelstreuung aufweisen. Andererseits folgt hieraus, daß je stärker die Neigung zur Streuung und je schwächer sie zur Gruppenbildung hervortritt, um so mehr bei der praktischen Anwendung der errechneten Richtwerte Vorsicht walten muß. Man hat dann auf besondere Verhältnisse und Umstände zu achten, die sich rechnerisch nicht darstellen lassen.

Abb. 97 u. 98. Arbeitsamt Oelsnitz/Vogtl.

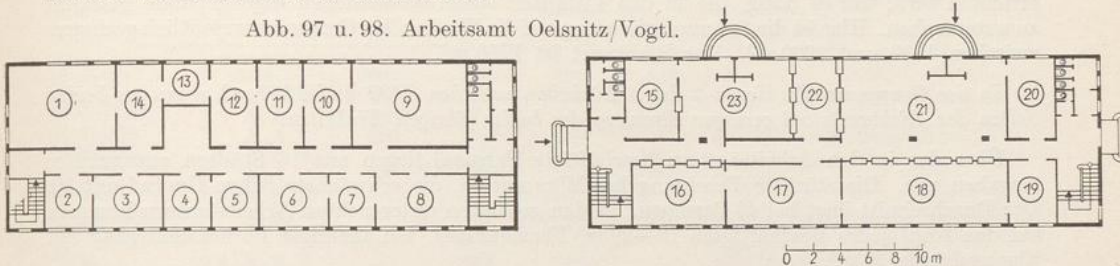


Abb. 97. Obergeschoß.

Abb. 98. Erdgeschoß.

1 Versicherung, Sachbearbeitung, 2 Arbeitsplatztausch, 3 Notstandsarbeiter, 4 Männliche Berufsberatung, 5 Weibliche Berufsberatung, 6 Verwaltung, 7 Rechnungsstelle, 8 Kasse, 9 Sitzungssaal, 10 Amtsleitung, 11 Kanzlei, 12 Abmeldestelle, 13 Schreibmaschinenzimmer, 14 Stellvertretende Amtsleitung, 15 Weibliche Vermittlung, Arbeitgeber, 16 Arbeitsbuchstelle, 17 Versicherungsantragsaufnahme, 18 Männliche Vermittlung, 19 Abteilungsleiter, 20 Landwirtschaftliche Vermittlung, 21 Aufenthaltsräume für Männer, 22 Auszahlung und Kontrolle, 23 Aufenthaltsräume für Frauen.

Abb. 99 u. 100. Arbeitsamt Lörrach.

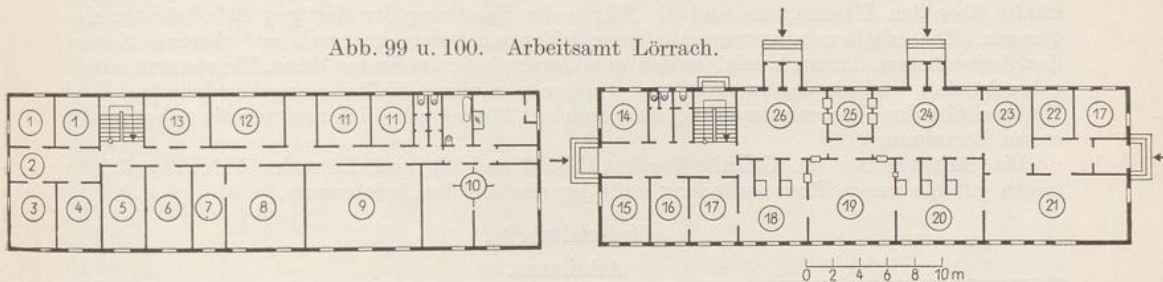


Abb. 99. Obergeschoß.

Abb. 100. Erdgeschoß.

1 Berufsberatung, 2 Warteraum, 3 Angestelltenvermittlung, 4 Ausländer, 5 Versicherung, 6 Rechnungsstelle, 7 Vorzimmer, 8 Vorsitzender, 9 Sitzungssaal, 10 Dienstwohnung, 11 Verwaltung, 12 Kanzlei, 13 Kasse, 14 Hausmeister, Sanitätsraum, 15 Landwirtschaftliche Vermittlung, 16 Arbeitgeber, 17 Frauenvermittlung, 18 Frauenvermittlung, 19 Arbeitsbuchstelle, 20 Männervermittlung, 21 Versicherung, 22 Kurzarbeiter, 23 Antragsaufnahme, 24 Warteraum für Männer, 25 Auszahlung, 26 Warteraum für Frauen.

Über das Arbeitsamtsgebäude liegen aus 18 Städten Angaben vor.

In 14 Städten ist das Amt in einem Mietgebäude und nur in 4 Städten in einem eigenen Haus untergebracht.

Nur diese letzteren sind zur Ermittlung der benötigten Grundstücksflächen für den Neubau eines Arbeitsamts auswertbar. Über die größte Grundstücksfläche verfügt das Arbeitsamt Landau mit 1840 m², das kleinste besitzt das in Lörrach mit 767 m². Als Richtwert dürften 1400 m² dienen.

Auch die Untersuchung der Größe der bebauten Fläche mußte auf die vier, den Arbeitsämtern eigenen Gebäude beschränkt bleiben. Den Höchstwert zeigt wieder Küstrin mit 1094 m², den Mindestwert Lörrach mit 464 m². Der Durchschnitt beträgt etwa 720 m². Dieser Wert kann aber nicht als Richtwert bezeichnet werden, da nur von vier Ämtern Material vorlag. Der normale Wert für die bebaute Fläche muß in diesem Falle eher aus dem Wert für die Fläche aller Geschosse entwickelt werden. Die drei als Beispiele abgebildeten Arbeitsämter zeigen, daß eine bebaute Fläche von etwa 470 m² zutreffend ist.

Bei der Berechnung der Fläche aller Geschosse einschließlich Treppen, Flure und Nebenräume mußten von den 20 bezüglich ihrer Arbeitsämter untersuchten Städten 4 von vornherein ausfallen, nämlich Mörs (1124 m²), weil einschließlich Nebenstellen; Braunschweig mit 2370 m² als besonders groß; die übrigen wegen mangelnder Angaben.

Auch nach dem Ausfall Braunschweigs ist die Spannung zwischen dem Höchstwert Landau (1963 m²) und dem Mindestwert Schw.-Gmünd (296 m²) ungewöhnlich groß. Der errechnete Mittelwert beträgt 930 m².

Die Gruppentabelle zeigt starke Streuung mit einer schwachen Gruppe von 4 Einheiten zwischen 450 und 600 m² und einer stärkeren von 6 Einheiten zwischen 950 und 1050 m², von denen 4 Einheiten allein auf 950 m² entfallen. Der rechnerische Mittelwert liegt zwar dicht bei diesem Schwerpunkt, die starke Streuung gibt aber ein Warnungszeichen. Mit Recht, denn nur 4 der 16 Ämter sind in eigenen Häusern untergebracht, die anderen aber in Mietwohnungen. Diese

haben teilweise wohl nur reine Nutzflächen angeben können, da Treppen und Flure oft auch den übrigen Hausbewohnern zur Verfügung stehen, während die ersteren die Gesamtfläche aller Stockwerke nach dem Baugrundriß meldeten.

Da man in einer neu zu gründenden Stadt dem Arbeitsamt voraussichtlich ein eigenes Haus errichten wird, war es nötig, die in den 4 Städten schon vorhandenen Eigengebäude getrennt zu untersuchen. Hier ist die Spannung in bezug auf die Fläche aller Geschosse wesentlich geringer: zwischen 1000 und 2000 m². Der Richtwert ist 1450 m².

In der Gruppentabelle liegen 2 der 4 Einheiten zwischen 1400 und 1500 m² genau zu beiden Seiten des Richtwerts bei geringer Streuung der beiden übrigen Einheiten.

Über das in den Arbeitsämtern beschäftigte Personal liegen aus 16 Städten auswertbare Angaben vor. Die stärkste Besetzung hat Mörs mit 68, die schwächste Schw.-Gmünd mit 30. Der Durchschnitt liegt bei 48 Personen. In den gesamten untersuchten Arbeitsämtern kommen auf den Kopf jedes Beschäftigten 19–20 m² Flächenraum, bei alleiniger Berücksichtigung der Eigengebäude 30 m².

Die Gruppentabelle zeigt eine starke Gruppe von 8 Einheiten zwischen 42 und 49 Personen bei mäßiger Streuung, ohne weiteres können also 48 Personen als Richtwert gelten.

Schließlich haben wir noch bei den Bürgermeisterämtern von weiteren 28 Städten Auskünfte über den Flächenraum und die Stärke der Besetzung der dortigen Arbeitsämter eingezogen. Die erhaltenen Antworten können leider nicht den Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben. Ferner handelt es sich wohl durchgängig um Ämter, die in Mieträumen untergebracht sind, und die darum mehr oder weniger nur reine Nutzfläche angeben konnten. Der Durchschnitt des Flächenraumes liegt deswegen mit 870 m² erheblich niedriger als selbst in der ersten Berechnung.

Die Arbeitsämter in Oelsnitz/Vogtl. (Abb. 97 und 98) und Lörrach (Abb. 99 und 100) zeigen gut die innere Raumaufteilung und Organisation des Arbeitsamts.

Materialtabelle.

Arbeitsamt.

Stadt	Einwohner der Stadt	Erfasstes Gesamtgebiet km ²	Einwohner des Gebiets	Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Bezirke	Zahl der Arbeiter im Bezirke	Mietraum?	Eigenes Gebäude?	Grundstücksfläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Gesamtfläche aller Geschosse m ²	Personal des Arbeitsamts	Name des Kreises
Neustadt/O.S.	17738	21,84	17738	4419	809	ja	—	3080	388	960	54	Neustadt/O.S.
Küstrin	21270	4290	204956	65000	16700	—	ja	1357	1094	1374	83	Königsberg/NM.
Neustettin	16078	3303	122466	31709	13286	ja	—	—	—	509	45	Neustettin
Elmshorn	17374	1636	167646	42171	15000	ja	—	4100	638	968	49	Pinneberg
Mörs	28870	560	187179	51949	9000	zum Teil	—	650 ¹	?	1124 ²	68	Mörs
Bad Kreuznach	27282	1305	142070	26667	8221	ja	—	1200	824	1032	62	Bad Kreuznach
St. Ingbert	21978	426	106336	34000	4494 ³	ja	—	870	160	477	39	St. Ingbert
Marburg	28439	2093	163789	38000	9400	ja	—	815	265	876	47	Marburg
Burg b. Mdbg.	25064	2108	111800	52962	5461	ja	—	1406	508	1006	42	Jerichow I
Eisleben	24510	1069	169919	55487	12500	ja	—	2500	544	770	45	Eisleben St.-Kr.
Annaberg	19818	330	101317	33319	3905	ja	—	2200	402	611	57	Kreishauptmannschaft Chemnitz
(Braunschweig)	156840 ⁴	1111	267000	92000	—	—	—	—	—	2370	85	Braunschweig)
Marienburg	25121	2443	178729	53151	7259	ja	—	2781	564	971	49	Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Rosenberg
Goslar	22987	1090	110000	35000	5900	—	ja	1659	580	1500	42	Goslar
Ingolstadt	28628	2623	185284	39617	14000	ja	—	312	312	571	46	Oberbayern
Landau	16736	1288	174201	25237	6475	—	ja	1840	748	1963	61	Pfalz
Schw.-Gmünd	20131	837	105300	57600	6900	ja	—	—	—	296	30	Schw.-Gmünd
Lörrach	18264	1166	155195	51298	7287	—	ja	767	464	973	35	Lörrach
Fürstenwalde	25490	1671	92121	25307	—	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz/Vogtl.	16337	532	92138	25915	—	—	—	—	—	—	—	—

¹ Nur für amtseigene Gebäude. ² einschließlich 2 Nebenstellen. ³ Ohne landwirtschaftliche Arbeitgeber.

Materialtabelle.

Arbeitsamt (Angaben der Bürgermeisterämter).

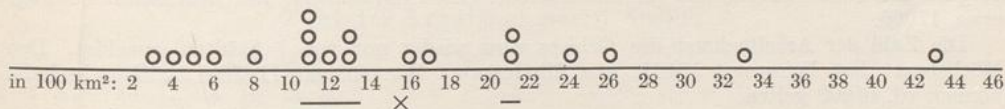
Stadt	Art der Anstalt ¹	Grundstücksfäche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw. m ²	Personal	Bemerkungen
Prenzlau	A.-A.	2000	505	1031	31	
Lippstadt	A.-A.-N.-S.	—	—	290	10	
Rastenburg	A.-A.	2500	450	—	36	
Straubing	A.-A.	800	330	990	30	Im Dachgeschoß Hausmeisterwohnung
Lauenburg	A.-A.-N.-S.	—	277	200	11	
Lörrach	A.-A.	300	300	600	33	
Hilden	A.-A.-N.-S.	—	—	—	—	
Neustettin	A.-A.	—	466	610	43	Auf dem Schloßgrundstück, zusammen mit Werkshule und 5 Wohnungen unter- gebracht.
Sorau	A.-A.-N.-S.	—	383	297	—	Im städtischen Hause.
Bad Homburg	A.-A.-N.-S.	—	—	155	8	In ehemaliger Kaserne
Schleswig	A.-A.	1052	590	498	32	
Gummersbach	A.-A.	800	250	1000	30	Einschließlich 2 Wohnungen.
Wesel	A.-A.	943	669	1462	45	
Senftenberg	A.-A.	1374	353	1020	37	
Braunsberg	A.-A.-N.-S.	210	210	180	—	
Arnstadt	A.-A.	450	394	850	—	
Rosenheim	A.-A.	1790	1008	2000	20	
Itzehoe	A.-A.-N.-S.	657	187	—	8	
Siegburg	A.-A.	750	350	500	59	
Rendsburg	A.-A.	710	322	644	35	
Bg.-Gladbach	A.-A.	—	387	1100	47	
Meiningen	A.-A.	2836	555	750	42	
Saalfeld	A.-A.	—	550	350	62	
Freising	A.-A.-N.-S.	900	450	1000	21	
Idar-Oberstein	A.-A.-N.-S.	470	238	235	9	
Osterode	A.-A.-N.-S.	—	224	448	6	
Kempten	A.-A.	1800	380	760	—	
Salzwedel	—	—	—	87	—	

¹ A.-A. = Arbeitsamt, A.-A.-N.-S. = Arbeitsamtnebenstelle.

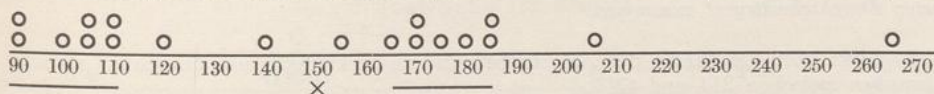
Gruppentabelle.

Arbeitsamt.

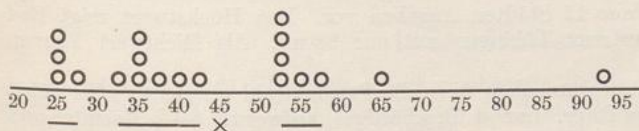
Größe des erfaßten Gesamtgebiets (19 Arbeitsämter).



Einwohner des erfaßten Gebiets in Tausenden (19 Arbeitsämter).



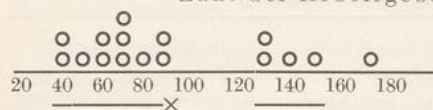
Zahl der Arbeitnehmer in Tausenden (19 Arbeitsämter).



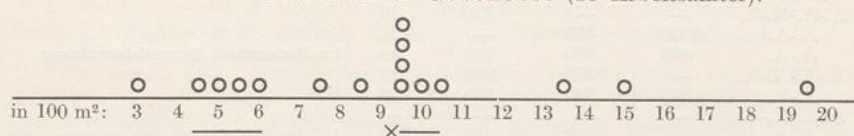
(Fortsetzung S. 96.)

(Fortsetzung von S. 95.)

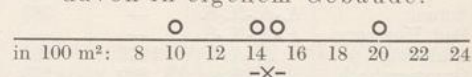
Zahl der Arbeitgeber in Hunderten (16 Arbeitsämter).



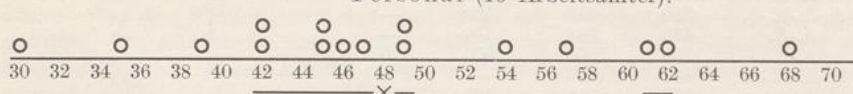
Fläche aller Geschosse (16 Arbeitsämter).



davon in eigenem Gebäude:



Personal (16 Arbeitsämter).



b) Arbeitsamtnebenstelle.

Es lag uns Material vor von Arbeitsamtnebenstellen aus im ganzen 12 Städten, von denen aber einige weit unter unserer Größenordnung von rd. 20000 Einwohnern bleiben.

Die Zahlen der einem Arbeitsamt unterstehenden Nebenstellen ist so schwankend, daß sich ein Durchschnitts- oder gar Richtwert aus dem geringen Material kaum bilden ließ, doch dürfen etwa vier Nebenstellen je Arbeitsamt am häufigsten sein.

Die **Fläche des Bereichs**, auf den sich die Zuständigkeit einer Nebenstelle erstreckt, ist naturgemäß bedeutend kleiner, als die eines Arbeits(haupt)amtes. Von 7 Städten hat der Bereich der Nebenstelle Peine die Höchstzahl an km², nämlich 386. Die Mindestzahl weist Stolberg/Rhpr., auf mit 69 km². Das Mittel liegt bei 230 km².

Auch über die **Einwohnerzahl des erfaßten Gebiets** liegen nur aus 7 Städten Meldungen vor. Hier führt Tübingen, das erstaunlicherweise nur eine Arbeitsamtnebenstelle besitzt, mit 56520 Einwohnern (die Stadt selbst hat davon 23257). Die geringste Zahl weist wieder Stolberg auf mit 36964 Einwohnern (die Stadt selbst: 17394 Einwohner). Der Durchschnitt beträgt etwa 47000.

Die **Zahl der Arbeitnehmer** des Gebiets wird wieder nur von 7 Städten gemeldet. Den Höchstwert hat Peine mit 19047, den Mindestwert Wurzen mit 11780. Als Durchschnitt können rd. 16000 gelten.

Auf der Gruppentabelle zeigt sich in dieser Sparte trotz der geringen Zahl der eingetragenen Stadteinheiten eine Tendenz zur Gruppierung. Die deutlichste erkennbare Gruppe fällt mit dem errechneten Durchschnittswert zusammen.

Die Angaben über die Zahlen der Arbeitgeber sind zu lückenhaft, um brauchbar zu sein. Sie schwanken zwischen 214 und 6309.

Nutzfläche. Da eine Arbeitsamtnebenstelle wohl nie in eigenem Hause eingerichtet, sondern in Mieträumen untergebracht ist, kamen Ermittlungen über die Grundstücksfläche und bebaute Fläche nicht in Frage. Über die Nutzfläche, die von dem Betrieb einer Arbeitsamtnebenstelle beansprucht wird, liegen dagegen aus 12 Städten Angaben vor. Den Höchstwert zeigt Bad Homburg mit 423 m², den Mindestwert Tübingen mit nur 88 m². Als Richtwert können 240 m² gelten.

Aus allen 12 Städten werden auch Angaben über die **Personalzahl** gemacht. Hier führt Apolda mit 10, während Stolberg/Rhpr. nur 4 Beschäftigte aufweist. 6—7 Beamte und Angestellte dürften im allgemeinen für den Betrieb einer Nebenstelle ausreichen.

Materialtabelle.

Arbeitsamtsnebenstelle.

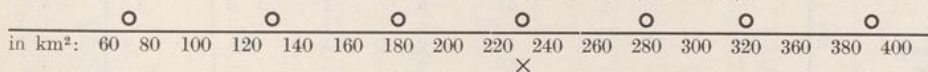
Stadt	Ein- wohner der Stadt	Erfasstes Gesamt- gebiet km ²	Ein- wohner des Gebiets	Zahl der beschäftigten Arbeiter und An- gestellten im Bezirk	Zahl der Arbeit- geber im Bezirk	Miet- haus?	Ei- genes Ge- bäude?	Grund- stücks- fläche m ²	Be- baute Fläche m ²	Ge- samt- fläche aller Ge- schosse m ²	Per- sonal der A.-A.- Ne- ben- stelle	Name des Kreises
Stolberg	17394	69	36964	14115	214	ja	—	363 ?	196 ?	162	4	Aachen-Land
Bad Homburg	16840	128	43294	15470	—	ja	—	—	—	423	7	Obertaunus
Apolda	27834	181	47551	15835	4343 ¹	ja	—	409 ?	221 ?	355	10	Weimar
Wurzen	18961	322	42963	11780	1150	ja	—	—	—	283	13	Grimma
Wolfenbüttel	19620	—	—	—	—	—	—	—	—	178	7	Braunschweig
Dt.-Eylau	12836	—	—	—	—	—	—	—	—	155	—	—
Marienwerder	15548	—	—	—	—	—	—	900 ?	680 ?	170	16	Marienburg
Rosenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168	—	—
Stuhm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	174	—	—
Peine	17763	386	54082	19047	6309	ja	—	705 ?	206 ?	362	8	Peine
Tübingen	23257	278	56520	18398	2289	ja	—	325 ?	325 ?	88	5	Tübingen
Lippstadt	19471	231	45607	15669	2416	—	—	181	181	294	9	Lippstadt

¹ Davon 1543 landwirtschaftliche Betriebe, die nur zum Teil fremde Arbeitskräfte beschäftigen.

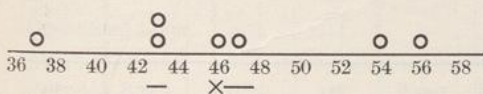
Gruppentabelle.

Arbeitsamtsnebenstelle.

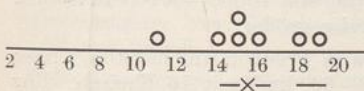
Größe des erfaßten Gebiets (7 Stellen).



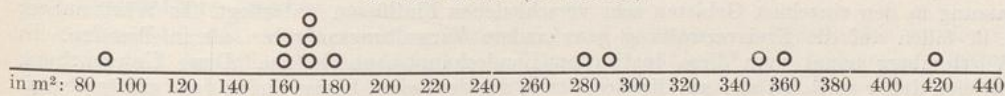
Einwohner des erfaßten Gebiets in Tausenden (7 Stellen).



Zahl der Arbeitnehmer (7 Stellen).



Nutzfläche (12 Stellen).



4. Landratsamt.

Um zunächst einen Überblick zu geben über die Größengruppen der Landkreise nach der Einwohnerzahl und nach der Fläche, werden aus KURT JESERICH „Die deutschen Landkreise“ die S. XXXVII und XXXVIII zum Abdruck gebracht.

Feder, Die neue Stadt.

Die Landkreise, gegliedert nach Größengruppen der Einwohnerzahl.

(Aus: Stat. Jahrbuch Dt. Gemeinden, 1936, Hauptübersicht.)

Provinz bzw. Land	Von den Landkreisen hatten am 16. 6. 1933 eine Einwohnerzahl								Landkreise insgesamt
	bis 20000	über 20000 bis 30000	über 30000 bis 40000	über 40000 bis 60000	über 60000 bis 80000	über 80000 bis 100000	über 100000 bis 150000	über 150000	
Ostpreußen	—	1	8	24	4	—	—	—	37
Brandenburg	—	—	1	14	6	5	4	1	31
Pommern	—	1	2	15	5	2	1	—	26
Grenzmark P.-Wpr.	2	1	1	3	1	—	—	—	8
Niederschlesien	—	1	4	10	12	5	2	—	34
Oberschlesien	—	1	1	3	2	6	1	—	14
Sachsen	—	1	1	13	13	5	3	—	36
Schleswig-Holstein	1	—	2	7	2	2	2	—	16
Hannover	1	6	8	22	8	3	—	—	48
Westfalen	—	1	3	8	7	5	6	2	32
Hessen-Nassau	3	3	7	15	6	1	—	—	35
Rheinprovinz	—	2	6	8	7	6	9	4	42
Hohenzollern	—	—	2	—	—	—	—	—	2
Preußen	7	18	46	142	73	40	28	7	361
Bayern	22	56	44	27	6	1	—	—	156
Sachsen	—	—	—	—	7	5	13	2	27
Württemberg	3	22	21	9	4	1	1	—	61
Baden	5	9	8	5	5	2	4	2	40
Thüringen	1	—	—	2	5	5	3	—	16
Hessen	—	1	2	6	3	1	2	3	18
Hamburg	—	—	—	—	—	1	—	—	1
Mecklenburg	—	—	2	7	2	—	—	—	11
Oldenburg	—	—	—	6	2	—	—	—	8
Braunschweig	—	—	1	2	1	1	—	1	6
Bremen	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Anhalt	—	—	1	1	1	1	—	—	4
Lippe	—	—	—	—	—	2	—	—	2
Lübeck	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Schaumburg-Lippe	—	2	—	—	—	—	—	—	2
Deutsches Reich	40	108	125	207	109	60	51	15	715

In Preußen ist die am häufigsten auftretende Kreisgröße die von 40000—60000 Personen. In Bayern und Württemberg ist die Häufigkeit kleinerer Kreise größer.

Wenn man die *Kreise nach der Fläche* beurteilt, so gibt es in Preußen am meisten Kreise von 600—800 km². An zweiter Stelle stehen die Größen 400—600 km² mit 76 Kreisen. Für Bayern, Württemberg verschiebt sich die am häufigsten vorkommende Größe zu den Kreisen mit kleinerer Fläche. Für Bayern auf 400—600 km², für Württemberg liegt der Schwerpunkt bei 200—400 km². Schon hieraus wird deutlich klar, daß die Kreiszusammensetzung in den einzelnen Gebieten sehr verschiedenen Einflüssen unterliegt. In Württemberg z. B. fallen auf die Kreisverwaltung ganz andere Verwaltungsaufgaben als in Preußen. In Württemberg nennt man diese Institution Landeshauptmannschaften. Diese Untersuchung hat sich daher zunächst also auf die Gestaltung der deutschen Kreise außer den württembergischen beschränkt. Allgemein soll noch auf die Ausführung im Teil I, Abschnitt II, dieser Arbeit hingewiesen werden (Reichsminister Dr. FRICK hat die Größe eines Kreises mit etwa 60000 bis 100000 Menschen beziffert und stellt dies als Ziel der Neuordnung hin). Als Normalkreisflächen kann man in Preußen die beiden Größengruppen mit etwa 400—800 km² betrachten. Größere oder kleinere Kreise sind seltener. Von 361 Landkreisen in Preußen fallen 157 in die angegebene Größenordnung.

Als durchschnittliche Einwohnerzahl der von uns untersuchten Kreise ergibt sich die Anzahl von 75000 Einwohnern, der Höchstwert liegt bei Siegburg mit 148696 Einwohnern.

Die Landkreise, gegliedert nach Größengruppen der Fläche.

(Aus: Stat. Jahrbuch Dt. Gemeinden, 1936, Hauptübersicht).

Provinz bzw. Land	Von den Landkreisen hatten am 1. 1. 1934 bzw. 1. 4. 1934 eine Fläche von km ²									Landkreise insgesamt
	bis 200	über 200 bis 400	über 400 bis 600	über 600 bis 800	über 800 bis 1000	über 1000 bis 1200	über 1200 bis 1500	über 1500 bis 2000	über 2000	
Ostpreußen	—	1	1	5	12	9	5	4	—	37
Brandenburg	—	1	—	—	2	12	11	5	—	31
Pommern	—	—	—	3	6	7	6	2	2	26
Grenzmark P.-Wpr.	—	2	—	2	2	—	—	1	1	8
Niederschlesien	—	1	8	11	9	2	3	—	—	34
Oberschlesien	1	1	3	5	3	—	1	—	—	14
Sachsen	—	4	13	10	3	2	4	—	—	36
Schleswig-Holstein	—	1	—	4	6	3	1	1	—	16
Hannover	—	9	8	9	6	7	7	2	—	48
Westfalen	—	3	12	16	1	—	—	—	—	32
Hessen-Nassau	1	13	14	5	2	—	—	—	—	35
Rheinprovinz	—	12	16	10	4	—	—	—	—	42
Hohenzollern	—	—	1	1	—	—	—	—	—	2
Preußen	2	48	76	81	56	42	38	15	3	361
Bayern	3	54	66	26	5	2	—	—	—	156
Sachsen	1	4	14	5	3	—	—	—	—	27
Württemberg	9	37	15	—	—	—	—	—	—	61
Baden	4	16	16	4	—	—	—	—	—	40
Thüringen	1	2	3	4	4	1	1	—	—	16
Hessen	1	7	8	2	—	—	—	—	—	18
Hamburg	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Mecklenburg	—	—	—	—	1	2	5	2	1	11
Oldenburg	—	—	2	3	2	—	1	—	—	8
Braunschweig	—	—	4	2	—	—	—	—	—	6
Bremen	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Anhalt	—	2	—	1	1	—	—	—	—	4
Lippe	—	—	1	1	—	—	—	—	—	2
Lübeck	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schaumburg-Lippe	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2
Deutsches Reich	24	172	205	129	72	47	45	17	4	715

Der Mindestwert liegt bei Freising mit 35296 Einwohnern. Untersucht wurden im ganzen die Landratsämter bzw. Amtshauptmannschaften, Bezirksämter oder Oberämter von 31 Städten (s. Materialtabelle).

In Kempten befindet sich das Bezirksamt im alten Residenzgebäude, in dem noch eine Reihe anderer Behörden sowie die Kaserne untergebracht sind. Angaben über die Größe der vom Bezirksamt benötigten Räume fehlen. In Sorau und Schw.-Gmünd besitzt der Kreis kein eigenes Grundstück, das Landrats- bzw. Oberamt ist in Mietgebäuden untergebracht. Auch hier fehlen nähere Angaben.

Grundstücksgröße. Die Auswertung bezieht sich auf 24 Städte. Ausgeschieden wurden als anormal groß Lauenburg mit 16545 m² und Uelzen mit 15504 m². Heidenheim mit 803 m² und Marburg mit 921 m² fielen ebenfalls aus, weil es sich hier um anormale kleine Grundstücke mit eingebauten Gebäuden handelt. Als Richtwert ergab sich eine Grundstücksgröße von 4100 m². Solche Landratsämter finden sich z. B. in Saalfeld, Wismar, Wolfenbüttel, Neuruppin. Der Höchstwert liegt bei 11600 m² (Schleswig). In Landshut muß ein Irrtum unterlaufen sein, da die bebaute Fläche größer angegeben worden ist, als die Fläche aller Geschosse. Als unterste Grenze wird man also mindestens mit 1500 m² wie bei Rendsburg rechnen müssen.

Bebaute Fläche. Hierfür konnte die Ermittlung aus 26 Landratsämtern stattfinden. Landshut fiel aus wegen unverständlicher Angaben. Freising kommt als anormal klein ebenfalls nicht in Betracht (204 m²). Die meisten Werte bewegen sich um etwa 800 m², so daß man dies

als Richtwert angeben kann. Solche Landratsämter finden sich in Wolfenbüttel, Lörach, Gumbinnen, Uelzen, Annaberg.

Fläche aller Geschosse. Hierfür konnten 23 Angaben ausgewertet werden. Ausgeschieden wurden: Bunzlau, da nur ein Drittel des Amts im Landratsgebäude untergebracht ist; Saalfeld, da das Amt mit verschiedenen anderen Behörden das Gebäude teilt; Landshut wegen ungenauer Angaben; Uelzen wegen unübersichtlicher Verhältnisse; Freising als anormal klein (594 m²). Teilweise sind Einrichtungen des Landratsamts in anderen Gebäuden in der Stadt untergebracht, seltener tritt auch der umgekehrte Fall ein.

Als Richtwert kann man eine **Nutzfläche** aller Geschosse von 1950 m² annehmen. Die Landratsämter in den Städten Schleswig, Lahr, Neustettin haben etwa solche Nutzflächen.

Personal. In der Hauptsache sind im Landratsamt untergebracht: das Landratsamt, ferner die Beschäftigten des Kreisausschusses und drittens die Bezirkskasse. Außer dieser Bezirkskasse oder Kreiskommunalkasse ist noch eine Kreissparkasse vorhanden, die allerdings häufig außerhalb des Gebäudes in einem besonderen Bau untergebracht ist. Die Zahl der Beschäftigten für das gesamte Kreishaus selbst schwanken naturgemäß sehr stark, da die Verwaltungsaufgaben örtlich sehr verschieden sind. Aus den 31 Angaben von Landratsämtern, welche in den Städten von 20000 Einwohnern liegen, geht hervor, daß in Siegburg mit 131 Beschäftigten die höchste Besetzung vorhanden ist. Die geringste Beschäftigtenzahl tritt auf in Freising mit 20 Beschäftigten. Die meisten Landratsämter haben Beschäftigtenzahlen, die sich um 60 Personen herum bewegen. Daraus folgt, daß man mit dieser Anzahl als Richtwert arbeiten kann. Für die drei oben aufgeführten Organe ergeben sich dann folgende Richtzahlen:

Eigentliches Landratsamt	22	Beschäftigte
Kreisausschuß	34	„
Bezirkskasse	4	„

Nebengebäude. In 20 von 31 Landratsämtern finden sich Nebengebäude in Form von Garagen usw. Im allgemeinen würde man mit 2 Wagen für das Landratsamt rechnen müssen. Falls es sich um einen größeren Kreis handeln würde vielleicht mit 3. Es wird also vorgeschlagen, in einem Nebengebäude im Hofe des Landratsamts 2 Garagen mit einem dazugehörigen kleinen Wirtschaftsraum zu errichten.

Lage. Bei der Errichtung der bisherigen Landratsämter hat häufig der Zufall eine große Rolle gespielt. Je nachdem, wo die Kreisverwaltung ein günstiges und billiges Gelände fand, wurde das Landratsamt in der Stadtmitte oder auch in einem Randgebiet errichtet. Nach dem Studium der Lage der verschiedenen Landratsämter im Stadtgebiet kann man feststellen, daß es organisch nicht unbedingt in Stadtmitte zu liegen braucht. Gewiß ist das Landratsamt ein größeres dreigeschossiges Gebäude und als solches im Stadtkern am rechten Platze, aber da das Landratsamt nicht so sehr für die Stadt selbst, sondern mehr, besonders bei kreisfreien Städten, ein Organ für die umliegenden Gemeinden ist, kann man dasselbe auch am *Rande der Innenstadt* unterbringen. Selbstverständlich ist aber nicht daran gedacht, es in die Außenbezirke der Stadt zu legen.

Allgemein soll über das Landratsamt bemerkt werden, daß die Angaben auch hier nicht als Norm aufgefaßt werden dürfen, sondern lediglich als Richtzahl. Die Größe des Landratsamts ist von der Größe der Stadt nicht unmittelbar abhängig. Auch die Flächengröße des Kreises hat keinen alleinigen Einfluß auf die Größe des Landratsamts. Ebenso auch nicht die Anzahl der Bevölkerung des Kreises. Es spielen hierbei unter anderem die Wirtschaftsstrukturen und auch historische Gegebenheiten eine wesentliche Rolle. Von den untersuchten 72 Städten finden sich nur in 39 Landratsämter. Es sind also keineswegs in allen Städten von 20000 Einwohnern Landratsämter vorhanden.

Im allgemeinen wird man ungefähr nach folgenden Grundsätzen verfahren können. Handelt es sich z. B. um eine Neugründung einer Stadt von 20000 Einwohnern in der Nähe des Grenzzusammentritts von 3 Kreisen, so muß man, wenn die drei zusammenstoßenden Kreise oder vielleicht zwei davon groß genug sind, Teile von denselben als Hinterland der neuen Stadt zu einem neuen Kreis zusammenfassen. Für das wirtschaftliche Gedeihen der neuen Stadt ist es wichtig, daß sie auch das verwaltungsmäßige Zentrum der sie umgebenden Landschaft wird. Im allgemeinen wird nur der Oberpräsident der Provinz entscheiden können, ob und in welchem Umfange ein neuer Kreis zugleich mit der neuen Stadt gebildet wird.

Als Beispiele werden hier die Landratsämter in Neuwied (Abb. 101—103), in Osterode (etwas kleiner als normal, s. Abb. 104—106) und in Lauenburg (4mal so großes Grundstück, um etwa 700 m² größere Geschoßfläche und doppelt so große bebaute Fläche aber nur 55 Beschäftigte, also weniger als normal, s. Abb. 107 und 108) zur Darstellung gebracht.

Kreishaus Neuwied.

1. Anzahl der Einwohner des Kreises (1936)	108 172
2. Fläche des Verwaltungsgebietes (Kreisfläche)	62 120 ha
3. Gesamtfläche des Grundstückes des Kreishaus	2785 m ²
4. Bebaute Grundstücksfläche	960 m ²
5. Stockwerkhöhe des Verwaltungsgebäudes mit ausgebautem Dachgeschoß und hochgelegenen Keller	4
6. Nutzfläche in allen Stockwerken, ohne Fluren, Treppen, Aborte und Kellerräume	1320 m ²
Dazu Hausmeisterwohnung	166 m ²
Davon Landratswohnung	308 m ²
7. Im Kreishaus Beschäftigte: Beamte	24
Angestellte	35
Arbeiter	2
8. Garagen für Fahrzeuge	1
Zahl und Art der Fahrzeuge (Personenkraftwagen)	3
Größe	68 m ²
Bebaute Fläche einschließlich Benzinraum	79 m ²

Die Organisation der Beschäftigten im Kreisständehaus in Neuwied geht aus nachfolgender Zusammenstellung hervor:

Das Kreisständehaus umfaßt:

1. das Landratsamt,
2. Kreisausschußverwaltung,
3. Kreiskommunalkasse.

Die einzelnen Abteilungen sind wie folgt besetzt:

	Be- amte	An- gestellte	Arbeiter, Wegewärter
<i>1. Landratsamt (staatliche Verwaltung)</i>			
a) Landrat	10	5	2
b) Regierungsassessor			
c) 8 Beamte			
d) 5 Angestellte			
<i>2. und 3. Kreisausschuß und Kreiskommunalkasse</i>			
Abteilung B. Kreisbauamt	2	8	(29)
„ W. Kreiswohlfahrts- und Kreisjugendamt	6	4	—
„ I. Allgemeine Verwaltung, Kommunalaufsicht, Finanzverwaltung, Personalsachen	1	7	—
„ II. Steuerverwaltung	3	2	—
„ III. Landwirtschaft, Hebammen- und Impfwesen	—	4	—
„ IV. Kreisgemeindekasse	1	1	—
„ V. Gemeinde- und Rechnungsprüfungsamt	1	1	—
Außerdem sind beschäftigt:			
a) Hausmeister des Kreises	—	1	—
b) Kraftwagenführer des Kreises	—	2	—
Summe	24	35	2

Abb. 101—103. Kreisständehaus Neuwied.

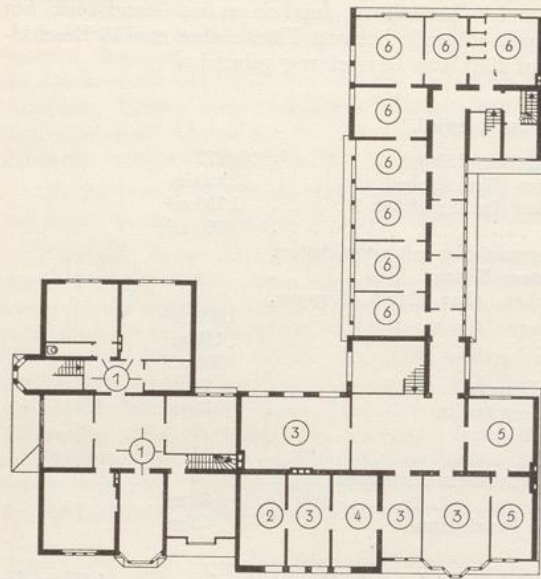


Abb. 101. Dachgeschoß.

1 Hausmeisterwohnung, 2 Gendarmerie, 3 Landrätliche
Abteilung, 4 Baupolizei, 5 Kreisausschuß, 6 Staatliches
Gesundheitsamt.

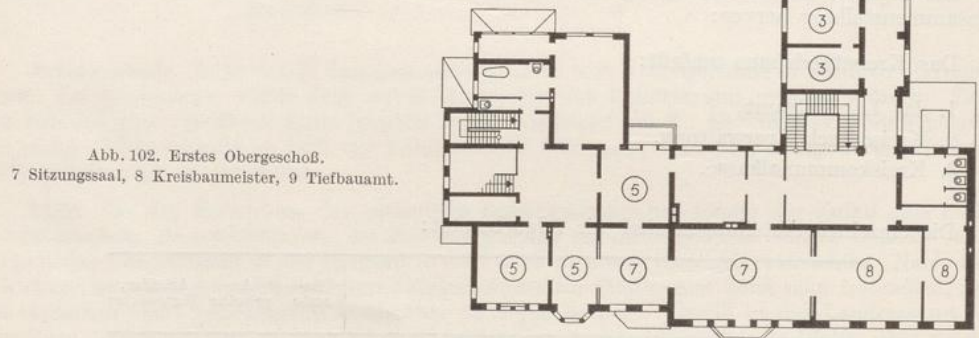


Abb. 102. Erstes Obergeschoß.

7 Sitzungssaal, 8 Kreisbaumeister, 9 Tiefbauamt.

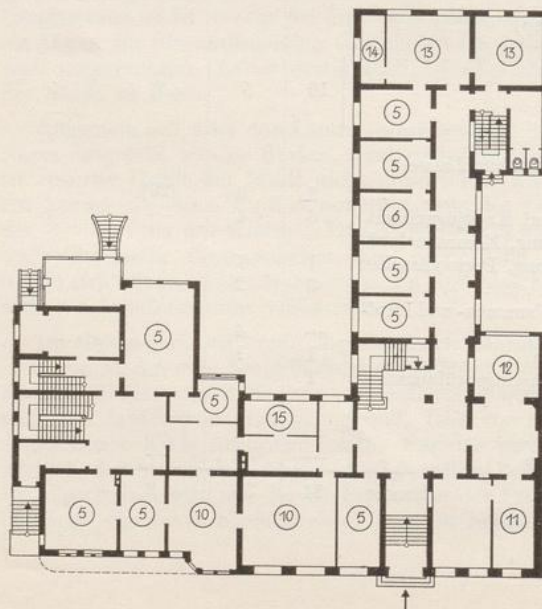
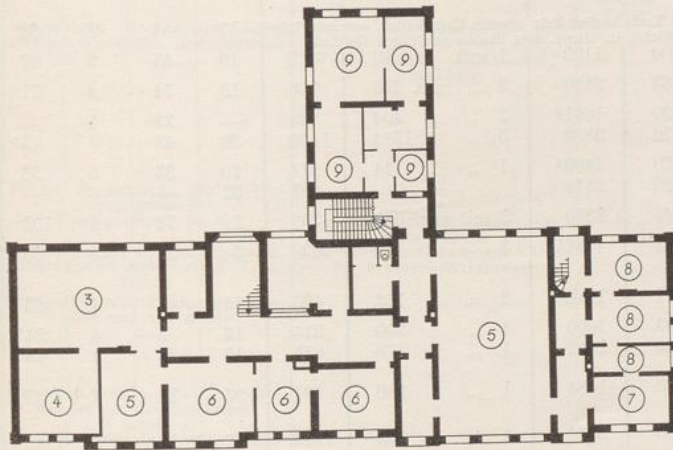
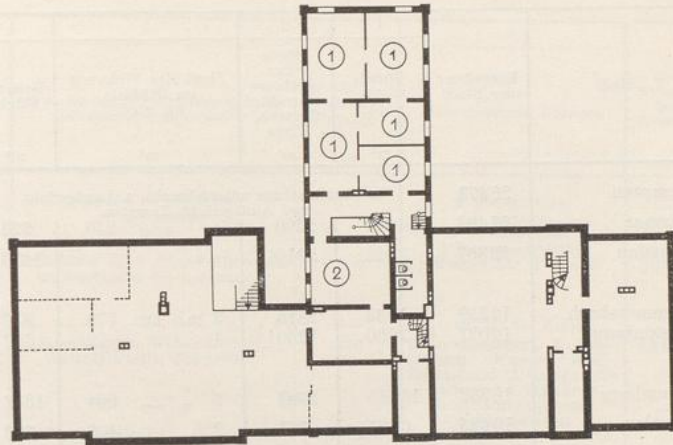
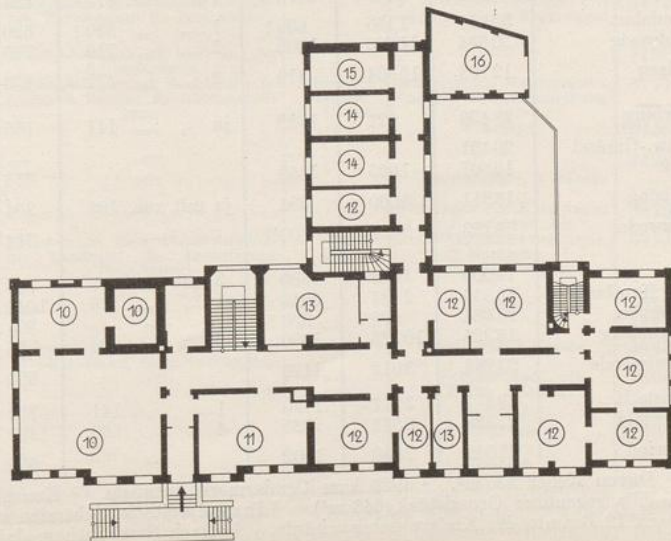


Abb. 103. Erdgeschoß.

10 Landrat, 11 Rechnungsprüfungsamt, 12 Kreiskommunalkasse, 13 Hochbauamt, 14 Telephonzentrale, 15 Rotes Kreuz.

Abb. 104—106 Kreishaus Osterode/Opr.

Abb. 104. Zweites Obergeschoß.
1 Steuerbüro, 2 Jugendwallerin.Abb. 105. Erstes Obergeschoß.
3 Gemeindeverwaltung, 4 NSDAP.,
5 Sitzungssaal, 6 Landrat, 7 Kreis-
bildstelle, 8 Geheime Staatspolizei,
9 Wohlfahrtsamt.Abb. 106. Erdgeschoß.
10 Kreiskommunalkasse, 11 Rech-
nungsprüfungsamt, 12 Landrätliche
Abteilung, 13 Kreisausschuß,
14 Gendarmerie, 15 Jugendamt,
16 Garage.

Material-
Landrats-

Stadt	Einwohner der Stadt	1	2	3	4	5			
		Grund- stücks- fläche	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure	Liegt eine Wohnung im Gebäude, wie groß?	Bebaute Fläche	Beschäftigte			
		m ²	m ²	m ²	m ²	Land- rats- amt	Kreis- aus- schuß	Be- zirks- kasse	Ins- gesamt
Kempton	26473	Im Resistenzhaus untergebracht, s. Landgericht und Amtsgericht Kempton				12	12	1	25
Wismar	27493	4600	2300	ja	920	45	14	16	75
Prenzlau	22357	3025	2910 ¹	ja	1470	20 ²	57	5	82
Gummersbach	19339	3853	2816	3 mit zus. 779	937	14	36	4	54
Rastenburg	16021	3000	1250 ⁴	1 „ 72	557	13	58	7	78
Lauenburg	18962	16545	2593	5 „ „ 904	1632	16	34	5	55
Bunzlau	19625	6721	793	2 „ „ 405	710	17	46	4	67
Sorau	19285	Der Kreis besitzt kein eigenes Grundstück, sondern ist Mieter in einem dem Staate gehörigen Gebäude				17	44	2	63
Rendsburg	19521	1500	1100	1 mit 40	420	19	45	3	67
Neustettin	16078	2163	2150	2 „ zus. 707	756	19	54	4	77
Annaberg	19818	2390	1481 ⁸	3 „ „ 404	825	—	21	5	—
Minden	28764	2970	3820	3 „ „ 1384	1450	20	48	5	73
Wolfenbüttel	19620	4520	1690 ⁹	1 „ „ 144	814	20	33	5	58
Lörrach	18264	2880	2814	—	869	33	—	—	—
Neuruppin	21291	4395	2330	3 mit zus. 660	1382	21	76	6	103
Saalfeld	19148	4174 ¹¹	1446 ¹¹	3	2030	34	31	—	65
Sonneberg	20083	1571	1188	2 „ „ 166	495	59	—	4	63
Heidenheim	21903	803	1000	1 „ „ 300	315	15	5	4	24 ¹²
Osterode	17977	3185	1502	1 „ „ 179	616	15	25	3	43
Oelsnitz/Vogtl.	16337	5980	1484	1 „ „ 280	494	36	21	4	57
Eschwege	12862	10750	2244	4 „ „ 529	1252	32	13	3	48
Siegburg	20446	3607	2127	—	640	20	106	5	131
Gumbinnen	19987	7119	2470	4 mit zus. 673	884	14	77	9	100
Landshut	30858	1180	600 [?]	1 „ „ 330 [?]	620 [?]	11	—	3	—
Schleswig	20694	11600	1900	3 „ „ 719	775	20	49	2	71
Uelzen	12793	15504	819	2 „ „ 471	876	15 ¹⁵	25	5	45
Marburg	28439	921	1322	ja „ „ 141	755	20	33	4	57
Schw.-Gmünd	20131	—	—	—	—	16	33	2	51
Lahr	16807	1925	1658	—	553	40	—	—	40
Freising	16211	3000	594	ja mit zus. 198	204	14	6	—	20
Salzwedel	16123	2400	700 ¹⁶	—	314	13	48	4	65
Glatz	19000	4987	1980	3 mit zus. 817	740	23	106	7	136
Bad Homburg	16840	2687	2046	1 „ „ 276	1042	15	30	3	48
Tübingen	28686	600 [?]	350 [?]	—	300 [?]	17	16	?	?
Braunsberg	15325	10776	1950	3 „ „ 908	716	15	48	5	68
Wernigerode	23282	3012	1179	—	600	16	40	6	62
Lippstadt	19471	3217	1420	1 „ „ 141	759	12	21	3	36
Bitterfeld	21328	6848	2720	4 „ „ 660	1495	18	67	10	95
Neuwied	21540	2650	1902	—	951	17	44	—	61

¹ Davon Keller 830 m². ² 1925 kam Gendarmerie auswärts. ³ Kreisglockasse 490 m², davon Keller
⁴ In Villa gegenüber Grundstück (648 m²). ⁵ In zwei weiteren Gebäuden in der Nähe des Landratsamts.
¹² Dazu 12 Beamte der Kreisverbandsbehörde. ¹³ Nach Statistischem Jahrbuch. ¹⁴ Nach Angabe des

tabelle.

amt usw.

6	7	8	
Welche Einrichtungen sind noch im Hause?	Sind Zweige der Kreisverwaltung außerhalb untergebracht?	In welchem Umfange?	Nebengebäude, Garagen
		m ²	Einwohner des Kreises
s. Landgericht	Garagen, Werkstätten, 2 Büroräume nein	—	2 Werkstätten, 2 Garagen
Kreisamtsleitung des Amtes für Beamte, 1 Zimmer	Kreiskasse in 5 Einzelwohnungen untergebracht (6–8 Personen)	—	1 Nebengebäude, 1 Garagengebäude
Wohlfahrtsamt, Kreissparkasse, Kreisgirokasse, Kreiskommunalkasse ⁸ , Kreisbauamt, Kreiswiesenbauamt, Rechnungsprüfungsamt	—	—	Garagen für 2 Wagen
—	Kreisbauamt, Wohlfahrtsamt, Lichtbildstelle, Jugendamt	550	1 Garage im Keller
—	—	—	Feuerwehrgarage, 4 Autogaragen, Wasch-, Stall-, Benzinraum, 3 Garagen für Lastauto, 1 Schmiede
Staatliche Kreiskasse: 82 m ² Kulturbauamt 79 m ²	—	—	Kraftfahrerwohnung
—	Kreiswohlfahrtsamt ⁴ , Gesundheitsamt, Kreisbauamt ⁶ , Jugendamt, Kreisleitung	Nutzfläche: 741 m ² , dazu 2 Wohnungen 171 m ²	2 Autogaragen
—	—	—	im Nebengebäude: Garagen, Kreissteueramt, Tuberkulosestation
Amtsgericht, Hochbauamt, Katasteramt, Kreiskasse, Kreissparkasse	Kreisbauamt	—	—
—	Wohlfahrtsamt ⁷ , Kreisbauamt, Jugendamt	—	—
—	—	—	Gartenhaus, Garage für 2 Autos
—	—	—	1 Garage, 1 Einstellraum
—	—	—	1 Autogarage für Kreis-Kraftwagen
—	—	—	—
Polizei, Gendarmerie, Bezirks-Fürsorgeverband ¹⁰ Kreissparkasse: 385 m ²	Kreiswohlfahrtsamt, Jugendamt, Kreisbildstelle	487	1 Garage
Rentamt, Bergamt, Gesundheitsamt, Thüringisches Katasteramt, Amtsgericht	1 Wohnung für Chauffeur, 1 Garage für 4 Personenkraftwagen	—	—
Thüringisches Rentamt, etwa 15 Beamte und Angestellte	—	—	2 Garagen
—	—	—	—
—	—	—	—
Gendarmerieposten (3 Personen), Kanzlei des Bezirksschulrats (3 Personen)	—	—	im Hintergebäude Wohnung des Heizers und 2 Garagen
Gesundheitsamt, Landwirtschaftliche Schule, Girokasse, zus.: 810 m ²	—	—	2 Garagen
Bauämter: 5 Räume; Schulämter: 2 Räume; Kreisbildstelle: 1 Raum	—	—	—
—	Kreisbauamt für Hoch- und Straßenbau, Kreisbauamt für Landeskultur	—	Dienstwohngebäude des Landrats u. des Kraftwagenführers, Garagen für 7 Autos
—	—	—	2 Wirtschaftsgebäude mit Garagen für 4 Kraftwagen
Druckerei	Kreiskommunalkasse liegt in der Kreissparkasse	—	—
—	Kreiswohlfahrtsamt, Rechnungsprüfungsamt, Bauamt, Kreiskommunalkasse	3stöckiges Gebäude in Uelzen	Waschküche, Wagenremise, Garage, Wirtschaftsstallung
Außenstelle des Kulturbaubeamten in Kassel	—	—	3 Garagen
—	—	—	—
Bezirks-Fürsorgeverband Lahr-Land mit 8 Personen	—	—	1 Nebengebäude, 1 Garage
Staatliches Gesundheitsamt	—	—	6 Garagen für Kraftwagen und Straßenwalze
Lichtbildstelle und Gendarmerie	Kreisbauamt (und Dienstwohnung des Landrats) im kreiseigenen Grundstück	4 Räume 1 Aktenkeller	Kreis-Wagenführerwohnung, 2 Garagen, 1 Fahrradschuppen
—	—	—	—
—	—	—	Garagen
Diensträume der ¹¹ 2 Büroräume: 133 m ²	Kreisbauamt, Kreiswiesenbauamt, Wohlfahrtsamt, Steuerverwaltung	—	1 Stall und 1 Garage
—	—	—	1 Nebengebäude mit 2 Büros, 1 Garage
Kreisheimatmuseum	—	—	1 Garage
Kreisleitung der NSDAP. und Gendarmerie	—	—	3 Garagen
—	—	—	Garagen

210 m² und Kommunalkasse 273 m². ⁴ Mit Keller. ⁵ In besonderem Bürohaushaus, Grundstück 728 m². ⁸ Zu klein. ⁹ Ohne Wirtschaftskeller. ¹⁰ Im Umbau. ¹¹ Kreisamt und Landkreis s. Material. Landratsamts. ¹⁵ Das Landratsamt selbst befindet sich im benachbarten Dorf Oldenstadt. ¹⁶ Ohne Keller (90 m²).

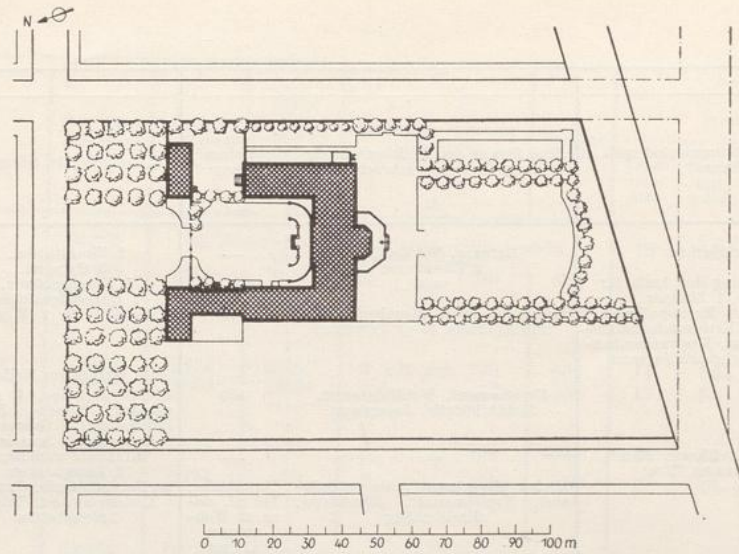


Abb. 107. Kreishaus Lauenburg. Lageplan.

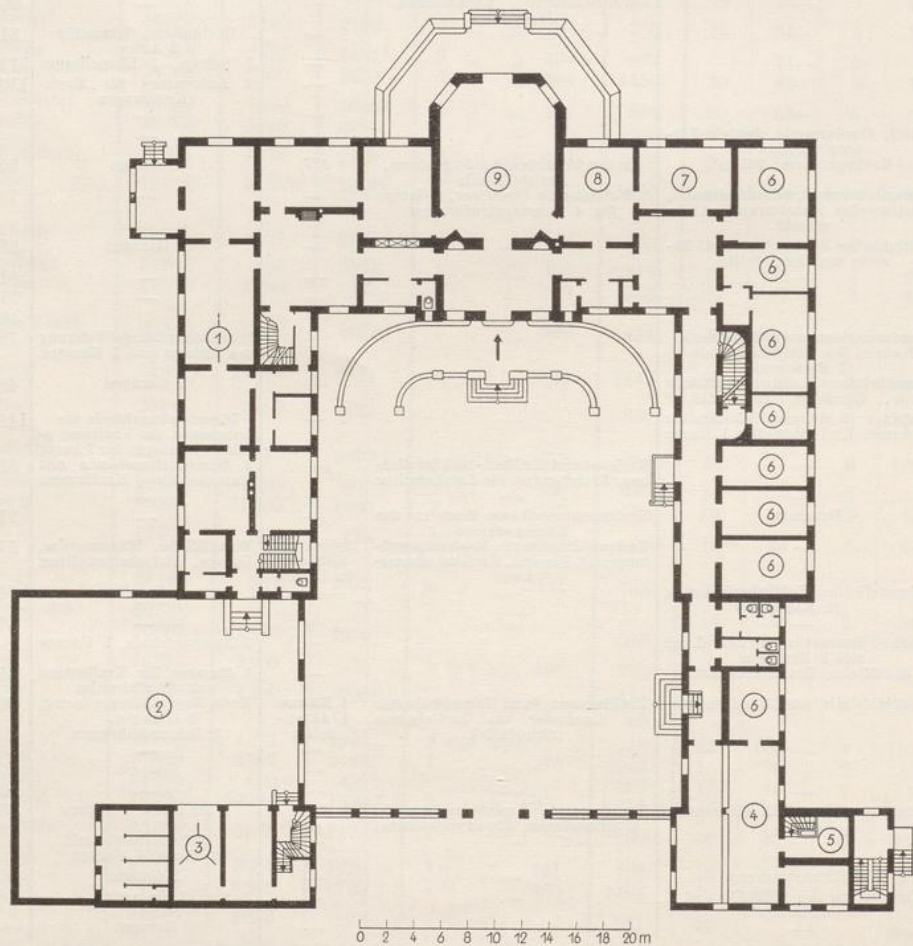
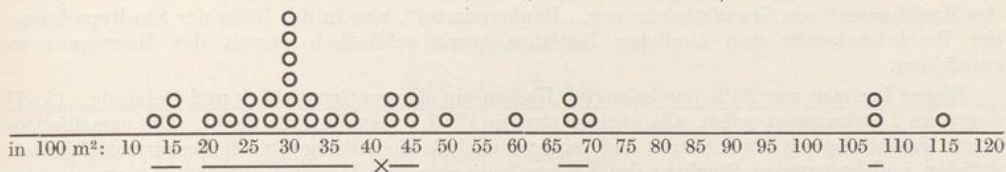


Abb. 108. Kreishaus Lauenburg (bebaute Fläche = 1650 m²). Erdgeschoß.
 1 Dienstwohnung, 2 Wirtschaftshof, 3 Remisen und Ställe, 4 Kassenhalle der Kreissparkasse, 5 Tresor,
 6 Dienstzimmer, 7 Landrat, 8 Kreisausschuß, 9 Kreistagsaal.

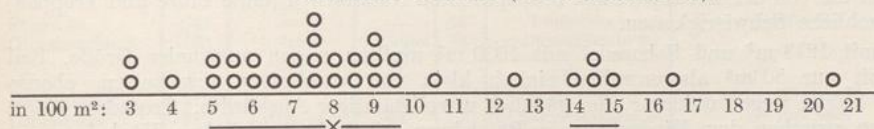
Gruppentabelle.

Landratsamt.

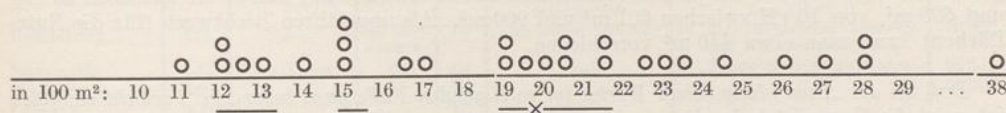
Grundstücksfläche (31 Landratsämter).



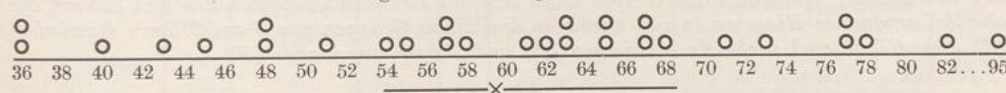
Bebaute Fläche (33 Landratsämter).



Fläche aller Geschosse (28 Landratsämter).



Beamte und Angestellte insgesamt (29 Landratsämter).



5. Die Kreissparkasse.

(Nicht zu verwechseln mit Kreiskommunalkasse, die eine Kasse für den Behördenbetrieb des Kreises ist.)

Die *Zweigstelle* einer Kreis- oder Bezirkssparkasse befindet sich wohl in jeder Stadt von 20000 Einwohnern, häufig auch schon in solchen weit geringerer Größenordnung. Da eine derartige Einrichtung von nachgeordneter Bedeutung fast überall ohne nennenswerte Schwierigkeiten in einfachen Mieträumen untergebracht werden kann, erübrigt sich für den Städteplaner eine nähere Betrachtung.

Anders verhält es sich mit der *Hauptstelle* der Kreis- oder Bezirkssparkasse, die zu den wichtigsten Organen des wirtschaftlichen Lebens gerechnet werden muß.

Die Kreissparkasse liegt wohl ausnahmslos in der Kreishauptstadt, in der auch das Landratsamt seinen Sitz hat; mitunter sogar, wie wir sehen werden, mit diesem zusammen im nämlichen Gebäude oder doch im selben Gebäudekomplex.

Kreishauptstädte waren nur 31 von 72 von uns daraufhin untersuchten Orten unserer Größenklasse. Von diesen besitzt allein der Kreis Zerst keine eigene Kreissparkasse. Die sog. Stadt- und Kreissparkasse Zerst ist vielmehr das Institut eines privaten Zweckverbandes. Die übrigen 30 Kreisstädte weisen auch eine Kreissparkasse, und zwar eine Hauptstelle, auf.

22 Kreise lieferten uns Angaben über ihre *Einwohnerzahl*. Das württembergische Oberamt Tuttlingen mit 39297 zeigt die geringste, der Kreis Siegburg im engbesiedelten Rheinland mit 148696 die höchste Bevölkerungsziffer. Der Durchschnitt beträgt etwa 71000 Einwohner.

Die Gruppentabelle weist bei geringer Einzelstreuung eine breite Gruppe von 19 Einheiten zwischen 50000 und 90000 auf. Die stärkste Ballung bildet sich bei 50000 mit allein 6 Kreisen.

Auf unsere Frage, *welche Lage* der Kreissparkasse man erfahrungsgemäß für die beste halte, antwortete nur Marburg: „Im Kreishaus.“ Alle anderen erklärten Verkehrszentrum in Stadtmitte, möglichst „in der Nähe“ des Kreishauses für die günstigste Lage. In einem Schreiben wird noch besonders betont, „jedoch nicht im Kreishause selbst“.

Auf diese berechtigten Wünsche wird man in einer neu zu errichtenden Stadt um so mehr Rücksicht nehmen können, als eine Kreissparkasse in Zukunft wohl stets in ein eigenes Gebäude gelegt werden soll.

Wenn es sich irgend ermöglichen läßt, wäre (außer Berücksichtigung der Nachbarschaft des Kreishauses!) ein Grundstück im sog. „Bankenviertel“, also in der Nähe der Stadtparkasse, der Reichsbankstelle und ähnlicher Institute, sowie schließlich unweit der Hauptpost zu empfehlen.

Bisher besitzen nur 35% der befragten Kassen ein eigenes Grundstück und Gebäude. 17 vH liegen im Landratsamt selbst, alle übrigen sind in Miethäusern untergebracht. Die verschiedenartige Unterbringung des Instituts und seine wechselnde Bedeutung je nach der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Struktur des Kreises bedingten den Verzicht auf die Festlegung eines Durchschnittswertes für Grundstücks- und bebaute Flächen. Selbst die Auswertung der Angaben über die von der Kreissparkasse beanspruchten Nutzflächen (ohne Flure und Treppen) bereitete erhebliche Schwierigkeiten.

Minden mit 1213 m² und Salzwedel mit 1030 m² mußten wegen anormaler Größe, Bad Homburg mit nur 80 m² als unwahrscheinlich klein von vornherein ausschalten, ebenso zwei weitere Städte wegen unklarer oder gänzlich unvollständiger Auskünfte. Trotzdem bleibt die Spannung zwischen dem Mindestwert in Rendsburg mit 124 m² und dem Höchstwert in Lörach mit 900 m² noch außergewöhnlich stark. Innerhalb dieser Grenzen liegen die Flächengrößen von 24 vH der Kreissparkassen zwischen 124 m² und 250 m², von 60 vH zwischen 251 m² und 600 m², von 16 vH zwischen 601 m² und 900 m². Als ungefähren Richtwert (für die Nutzflächen) kann man etwa 440 m² vorschlagen.

Daß bei der Anwendung dieses Wertes im vorliegenden Falle ganz besondere Vorsicht vonnöten ist, zeigt die Gruppentabelle, die zwar kaum Einzelstreuung, dafür aber um so stärkere Gruppenstreuung aufweist: 2 Einheiten liegen bei 125 m², 4 zwischen 174 und 225 m², 4 weitere zwischen 600 und 650 m². Nur eine breite Gruppe bildet sich mit 12 Städten zwischen 275 und 525 m², die aber bei genauerem Hinsehen in sich wieder in drei kleine Gruppen von 3 um 275 m², 4 zwischen 425 und 450 m² und nochmals 4 zwischen 500 und 525 m² auseinanderfällt.

Von den Inneneinrichtungen einer Kreissparkasse sind noch besonders die Tresorräume zu erwähnen, die am besten im Kellergeschoß eingebaut werden. Über die Grundflächen der Tresorschränke machten 6 Kreissparkassen Angaben. Der Durchschnittswert beträgt 10–12 m². 14 Anstalten geben ferner die Größe der Räume an, in denen sich die eigentlichen Safes befinden. Hier liegt der Durchschnittswert zwischen 40 und 45 m². Von 21 Kreissparkassen verfügt allein die Rendsburger über keine Tresorräume. Sie muß sich mit Geldschränken begnügen.

Die Beschäftigtenzahl von 28 untersuchten Instituten schwankt vielleicht noch stärker als die benötigte Flächengröße, selbst wenn wir die Extreme, Bad Homburg mit nur 6 Personen und Siegburg mit 105 Personen unberücksichtigt lassen. (Mit welchen Schwierigkeiten mitunter zu kämpfen war, erhellt schon daraus, daß für die Kreissparkasse Siegburg das Landratsamt 105, das dortige Bürgermeisteramt aber nur 69 Beschäftigte angab!) Auch Prenzlau (49 Personen) mußte leider ausgeschaltet werden, da dort die Kreissparkasse mit der Girokasse zusammengelegt ist.

Wie wenig offenbar die Einwohnerzahl des Kreises die Beschäftigtenzahl der Kreissparkasse beeinflusst, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung der Mindest- und Höchstzahlen der Gefolgenschaften von den 25 verbleibenden Kreissparkassen:

Höchstzahl:	Neustettin	58 Beschäftigte	bei	81 513 Einwohner	des Kreises
Mindestzahl:	Rendsburg	10	„	90 207	„ „ „
	Straubing	10	„	48 802	„ „ „

Der Durchschnitt liegt bei 33 Beschäftigten.

In der Gruppentabelle fällt die außergewöhnliche Einzelstreuung auf. Neigung zur Gruppenbildung tritt nur ganz schwach zutage: 3 Einheiten bei 10–11, 4 Einheiten bei 35–36 und nochmals 4 bei 49–50. Selbst diese unbedeutenden Gruppen sind weit auseinandergestreut. Der rechnerische Durchschnitt kann in diesem Falle nur in beschränktem Maße als Richtzahl dienen. Vielmehr sind bei Planungen jeweils die örtlichen Verhältnisse der näheren und weiteren Umgebung genauestens zu beachten.

Als Beispiel bringen wir die Kreissparkasse in Neuwied (Abb. 109), welche in einem eigenen Gebäude untergebracht ist. Nach den Ermittlungen aus den Plänen hat die Sparkasse das gesamte Erdgeschoß und etwa die Hälfte des Kellers inne, d. h. etwa 900 m²; als Nutzfläche würden etwa 600—650 m² vorzusehen sein. Die bebaute Fläche beträgt 613 m². Im Obergeschoß liegen Wohnungen des Direktors usw. Das Grundstück hat eine Größe von nur 950 m².

Materialtabelle.
Kreissparkasse.

Stadt	1 Fläche der Räume m ²	2 davon im Keller m ²	3 Tresor m ²	4 Per- sonal	5 Wo gelegen? Im Kreishaus?	6 Welches ist die beste Lage?	7 Ein- wohner des Kreises
Prenzlau	546	—	—	49 ¹	Landratsamt	Stadtmitte!	62088
Gummersbach	135	1 Tresor	2 Tresore zus. 24	14	im Dienstgebäude der vormaligen Kreisver- waltung	—	—
Rastenberg	219	—	9	38	eigenes Gebäude	in verkehrsreicher Straße!	56640
Lauenburg	382	Akten- und Formularkeller	64	55	an Hauptverkehrsader und Zugangsstraße zum Markt	die gegebene!	—
Sorau	175	—	—	11	Kreis kommunalver- waltung im Staatschloß	räumliche Verbundenheit mit Kreishaus in verkehrsreicher Lage (Markt)!	89231
Rendsburg	124	—	nur Geld- schränke	10	an anderer Stelle	in der eigentlichen Verkehrs- und Wirtschaftszentrale!	90207
Neustettin	523	der Tresor	65	58	desgl.	am Marktplatz möglichst zentral!	81513
Straubing	380	—	—	10	—	—	48802
Lörrach	900 ²	—	—	40	—	—	—
Tuttlingen	400	Registratur und Tresor	10	25	eigenes Gebäude an anderer Stelle	—	39297
Minden	1213	573	64	35	desgl.	in möglichst zentraler Lage in der Nähe des Landratsamtes!	130064
Neuruppin	385	Tresorräume 129	75	33 ³	Kreishaus	—	82363
Bad Homburg	80	—	—	6	Landratsamt	—	50821
Saalfeld	515	—	15	42	eigenes Gebäude	nicht im Kreishause! Eigenes Gebäude in der Nähe des Kreis- hauses und im Verkehrsknoten- punkt der Stadt!	77133
Sonneberg	200	Tresor	12,5	29	an anderer Stelle	an Hauptverkehrsader!	82138
Heidenheim	725	Registratur, Garderobe, Heizung, Tresor	11	24	eigenes Gebäude	Stadtmitte	51853
Osterode	222	—	23	18	an anderer Stelle	—	77104 ⁴ 48534 ⁵
Eschwege	624 ⁶	—	33	45	Girokasse im Kreis- haus, der übrige Teil im anderen Gebäude	in verkehrsreicher Lage	48396
Siegburg	487 ⁷	146 ⁷	55	105	im eigenen Hause	desgl.	148696
Tübingen	— ⁸	—	—	31	—	—	—
Gumbinnen	426	Tresor, Garde- robe, Früh- stücksräume	35	35	eigenes Gebäude, Nähe der Haupt- verkehrsader	im Verkehrszentrum	51147
Schleswig	420	—	18	36	auf anderen Grundstücken	Stadtmitte und Geschäftszentrum	71927
Uelzen	630	130 Archiv, Tresor, Garderobe	45	45 ⁹	in eigenem Gebäude	im Stadt- und Verkehrszentrum	57711
Marburg	488	—	19	50	im Kreishaus	im Kreishaus	64563
Schw.-Gmünd	441	Registratur	16	22	an anderer Stelle	Verkehrszentrum	44982
Lahr	490	Archivraum 40	12	35	an anderer Stelle in- mitten der Stadt	Stadtmitte, möglichst mit Markt- und Bahnhofsnähe	—
Salzwedel	1030	430	50	50 ¹⁰	Stadtmitte, 400 m vom Landratsamt u. Ratshaus entfernt	Hauptverkehrsgegend und Stadtmitte	60248
Senftenberg	112	—	—	6	—	—	—
Arnstadt	600	—	—	—	—	—	—
Kolberg	587	—	61	49	an anderer Stelle	in verkehrsreicher Lage	—

¹ Mit Girokasse zusammen. ² Grundfläche: 300 m²; bebaute Fläche: 300 m²; alle Geschoßfläche 900 m².
³ Außerdem 20 Beschäftigte bei 6 Hauptzweigstellen. ⁴ Nach Statistischem Jahrbuch. ⁵ Nach Angabe
des Landrats. ⁶ Davon: Girokasse: 341 m²; Sparkasse: 283 m². ⁷ Ausschließlich Tresor- und Formular-
keller (91 m²). ⁸ Grundfläche: 1050 m²; bebaute Fläche 300 m². ⁹ Plus 43 bei den auswärtigen Neben-
stellen. ¹⁰ Plus 15 in 8 Zweigstellen.

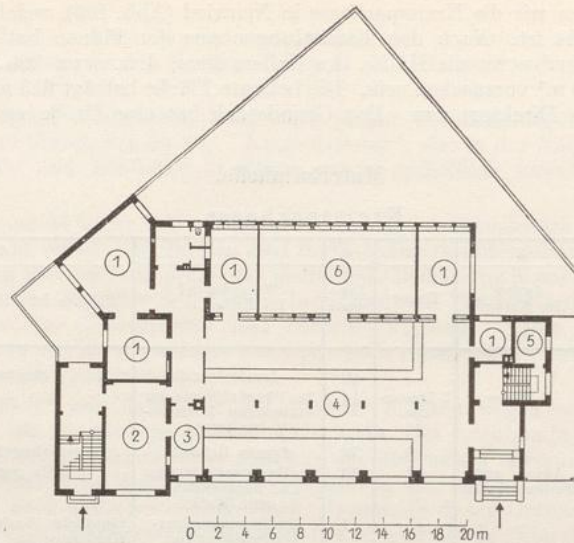


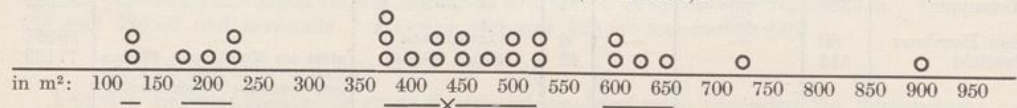
Abb. 109. Kreissparkasse Neuwied. Erdgeschoß.

1 Büroraum, 2 Direktor, 3 Vorzimmer, 4 Kassenhalle, 5 Fahrradraum, 6 Buchhaltung.

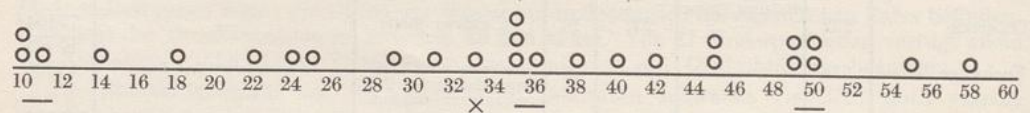
Gruppentabelle.

Kreissparkasse.

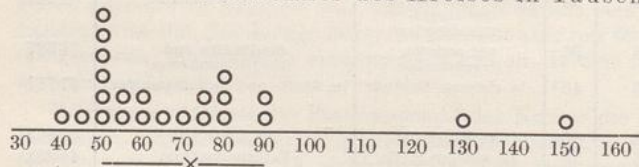
Fläche der Räume (25 Städte).



Personal (26 Städte).



Einwohner des Kreises in Tausenden (23 Kreise).



6. Das Haus der NSDAP.

Das Parteihaus soll außer der Kreisleitung, die Leitung der NSV. sowie das NS.-Wohlfahrtsamt und das Jugendamt beherbergen. Es wird, um von allen Stadtteilen gleich günstig erreichbar zu sein, am vorteilhaftesten im inneren Teil der Stadt errichtet, ohne daß es gerade, wie etwa das Rathaus, am Hauptmarktplatz, also im geschäftlichen Mittelpunkt, liegen muß.

Da das Heim der NSDAP. zu den wichtigsten Einrichtungen der zukünftigen Stadt gehört, sollte seine Bedeutung auch äußerlich hervorgehoben werden. Dies erreicht man am einfachsten dadurch, daß es von einem, wenn auch bescheidenen Kranz von Grün- und Freiflächen umgeben

wird. Zumindest wäre die Lage an einem der kleineren Plätze derart zu wählen, daß sich der Bau für den Beschauer würdig aus der Umgebung der Reihenhäuser hervorhebt.

Unsere Untersuchungen, die sich leider auf nur 13 Städte beschränken mußten, zeigten überraschenderweise, wie wenig bisher noch Wert gelegt wurde auf die äußere Repräsentation der NSDAP. durch ein allen gerechten Anforderungen entsprechendes Parteihaus. In jeder vorhandenen und neu zu erbauenden Stadt muß der NSDAP. auch baulich die hervorragende Stellung eingeräumt werden, die sie im politischen und geistigen Leben errungen hat.

Vor allem ist es dringendes Erfordernis, daß die Partei stets ihr eigenes Heim besitzt und nicht wie bisher in 5 von 13 Städten (= 38 vH) unserer Größenordnung auf Mieträume angewiesen ist.

Zur Ermittlung der durchschnittlich benötigten **Grundstücksfläche** kamen nur die 8 Städte mit eigenem Haus in Frage. Den Höchstwert zeigt Grimma mit 5430 m², den Mindestwert Freising mit 400 m². Als Richtwert geben wir 1800—1900 m² an.

Bebaute Fläche. Wiederum können nur die 8 Städte mit eigenem Parteihaus ausgewertet werden. Die größte bebaute Fläche hat Grimma mit 1475 m², die kleinste Bunzlau mit 232 m². Der Durchschnitt beträgt rd. 550 m².

Fläche aller Geschosse usw. Da Schw.-Gmünd mit 2900 m² als anormal groß ausfallen mußte, blieben nur 7 Städte übrig. Wieder zeigt den Höchstwert Grimma mit 1700 m², während der Mindestwert bei Lahr mit 680 m² liegt. Als ungefähren Richtwert ermittelten wir rd. 1100 m².

Die **Nutzfläche** ohne Flure, Treppen würde sich also auf etwa 800 m² belaufen.

Davon entfallen: 1. auf die **Kreisleitung als Nutzfläche** 142 m² im Durchschnitt. Die für die Kreisleitung benötigte Nutzfläche schwankt zwischen 70 m² in Fulda und 210 m² in Rudolstadt.

Personal. Zur Feststellung der mittleren Personenzahl der Kreisleitung standen uns die Angaben von 9 Städten zur Verfügung. Nachdem Grimma als außergewöhnlich groß mit 53 hauptamtlich Angestellten und 33 ehrenamtlichen ausgefallen war. Im allgemeinen dürften 5—6 hauptamtlich Angestellte genügen, zu denen meist noch eine größere Zahl ehrenamtlicher Angestellten kommt.

2. Über die **Leitung der NSV.** gaben uns 12 Städte Auskunft. Den größten Raum beansprucht Lahr mit 362 m², den kleinsten merkwürdigerweise Grimma mit 63 m². Diese Unterschiede erklären sich dadurch, daß von einigen Stellen offenbar die Lagerräume für das WHW mitgerechnet wurden. Ein Richtwert ist darum schwer anzugeben. Immerhin dürften 200 m² auf alle Fälle ausreichend sein.

Das *Personal der NSV.* arbeitet meist *ehrenamtlich*.

3. Das **Wohlfahrtsamt** steht meist unter kommunaler Verwaltung (s. Rathaus). Ist jedoch kein städtisches Wohlfahrtsamt vorhanden, so springt das **NS.-Wohlfahrtsamt** in die Bresche. Eine NS.-Wohlfahrtsstelle besteht häufig auch neben dem städtischen Wohlfahrtsamt und ergänzt dieses. Ein solches NS.-Wohlfahrtsamt befindet sich in 8 von 13 untersuchten Städten im Kreis- haus der NSDAP. Es beansprucht an Nutzfläche durchschnittlich rd. 100 m². Den Höchstwert weist Rosenheim mit 200 m² und den Mindestwert Schw.-Gmünd mit 60 m² auf.

4. Das **NS.-Jugendamt.** Die Angaben von 8 Städten sind auswertbar. Die Angaben schwanken zwischen 25 und 75 m². Als Richtwert können 40—50 m² dienen.

5. Die **Ortsverwaltung der DAF.** und das Hauptbüro der **KdF.** können im Parteihaus untergebracht werden. Eine KdF.-Auskunft- und Kartenverkaufstelle wäre außerdem noch dem Verkehrsamt einzufügen.

6. **NS.-Schwesternheim.** Da neuerdings für je 3000 Einwohner eine NS.-Gemeindeschwester gefordert wird, würden in einer Stadt von 20000 Einwohnern 6—7 NS.-Schwestern tätig sein. Für diese muß eine Unterkunft geschaffen werden, die am besten dem Parteihaue einzugliedern ist. Ein solches Schwesternheim setzt sich aus 6—7 Schlaf- und Wohnzimmern, einem Gemeinschaftsraum mit anschließender kleiner Kochgelegenheit und einem Wasch- und Baderaum usw. zusammen und beansprucht insgesamt eine Fläche von 140—150 m².

Die übrigen Flächen im Hause verteilen sich auf Einrichtungen, die örtlich sehr stark wechseln.

Leider lag für das Haus der NSDAP. nur geringes Material vor. Die Kreisleitungen haben teilweise nicht auf unsere Anfragen geantwortet. Höheren Orts war ein Eingreifen nicht herbeizuführen.

Materialtabelle.

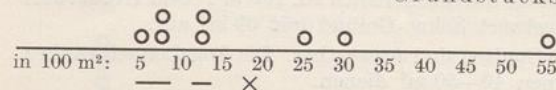
Parteihaus.

Stadt	Ein- wohner	Grund- stück m ²	Be- baute Fläche m ²	Fläche aller Ge- schosse usw. m ²	davon für Kreis- leitung m ²	Be- schäf- tigte	Neben- räume, Garagen m ²	Be- schäf- tigte der NSV.	Lei- tung der NSV. m ²	NS- Wohl- fahrts- amt m ²	NS- Ju- gend- amt m ²	Gemein- schafts- haus	Bemerkungen
Freising	16211	400	400	900	120	3	2 Kam- mern	—	120	80	75	—	Gemeinschafts- haus projekt.
Rosenheim	19060	—	—	—	—	—	—	—	300	200	20	—	Stadthalle pro- jekt, 2000 m ² bebaute Fläche.
Rudolstadt	16863	gemietete Räume			210	7	—	—	320	68	20	—	Gasthaussaal für 1200 Personen.
Glatz	19000	6 Räume in Miethaus			140	7	1 Garage	getrennt untergebracht			—	—	
Sonneberg	20083	3954 ¹	307	957	—	4	3 Garagen	11	125	6 Räume	—	—	¹ In Miethaus.
Prenzlau	22357	1160	410	1152	—	—	1 Garage (32 m ²)	13	96	84	102	—	Gemeinschafts- haus projekt.
Neustettin	16078	2500	610	1250	—	6	1 Garage, 4 Kam- mern	—	98	256	—	—	
Bunzlau	19625	728	232	—	169	4	1 Garage	—	305	115 städtisch	35	—	Haus für 2000 bis 3000 Personen projektiert.
Bergedorf	19564	1215	410	800	—	4	2 Garagen	—	235	110	25	—	Versammlungs- raum für 1500 Personen.
Lahr	16807	626	568	680	—	—	—	—	362	105	45	1070 m ² davon Saal 700 m ² Raum für 2700 Pers.	
Schw.-Gmünd	20131	3019	2100	2900	150	25 teils ehren- amtl.	Kammern und Schu- lungssaal	—	90	60	25	—	Städtische Fest- halle 1000 m ² .
Grimma	12213	5430	1475	1700	—	55 haupt- amtl. 33 ehren- amtl.	4 Garagen	—	63	—	—	—	
Fulda	27753	Mieträume bei Stadt- verwaltung im Schloß			70	7	1 Garage	—	48	60	—	—	Projektiert, Par- teihaus mit 80 Zimmern zu 10 bis 12 m ² .

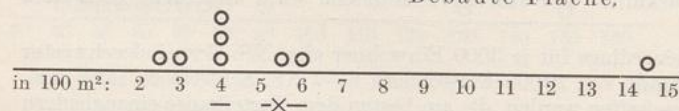
Gruppentabelle.

Parteihaus.

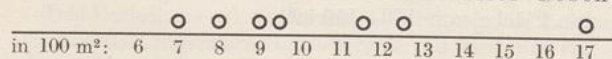
Grundstücksfläche.



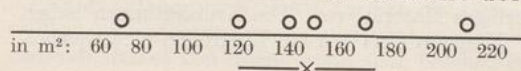
Bebaute Fläche.



Fläche aller Geschosse.



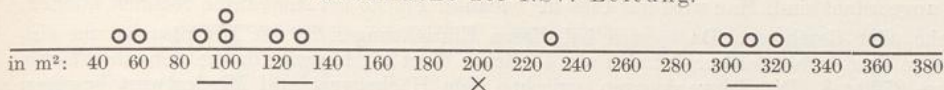
Nutzfläche der Kreisleitung.



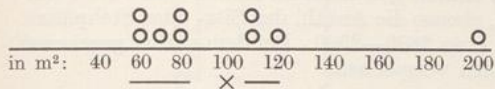
(Fortsetzung S. 113.)

(Fortsetzung von S. 112.)

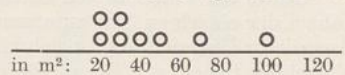
Nutzfläche der NSV.-Leitung.



Nutzfläche des NSV.-Wohlfahrtsamts



und des NS.-Jugendamts.



7. Gemeinschaftshaus.

Das Gemeinschaftshaus ist an Stelle des früheren Gemeindehauses getreten. Es dient den Veranstaltungen der Gemeinde und muß deshalb einen größeren Saalbau enthalten. Im allgemeinen sind die Städte mit solchen Einrichtungen sehr schlecht versehen. Viele der untersuchten Städte haben auch im Privatbesitze überhaupt keinen Saal, der mehr als 1000 Personen faßt.

Die DAF. hat kürzlich ein Programm für ein Gemeinschaftshaus für etwa 6000 Einwohner in einem ländlichen Industriegebiet ausgearbeitet. Danach sind etwa für 16 vH der Bevölkerung Sitzplätze in einem Saal geschaffen worden. Dies würde bedeuten, daß in einer Stadt von 20000 Einwohnern ein Saal für etwa 3300 Teilnehmer gebaut werden müßte. Als normal aus Angaben von 14 Städten ergibt sich ein Mittel von 2850 Plätzen. Die Stadt Lahr besitzt ein Gemeinschaftshaus mit einem Saal von 700 m², in dem 2700 Personen untergebracht werden können. Hierbei entfällt allerdings auf die Person nur 0,26 m². Im allgemeinen muß man wohl mit 0,5 m² je Person rechnen, im Gaststättenbetrieb benötigt man etwa 0,7 m². Nimmt man an, daß etwa 3000 Menschen an einer Veranstaltung im gedeckten Raum teilnehmen sollen (für größere Veranstaltungen stehen die Aufmarschplätze, s. dort, zur Verfügung) und rechnet auf die Person etwa 0,4 m², so entsteht ein Saal von 1200 m². Dieser Raum ist für eine solche Stadt von 20000 Einwohnern verhältnismäßig groß, da er doch immerhin seltener benutzt wird und viel Anlagekapital kostet.

Jedoch sollte für die Zwecke der Gemeinschaftsbildung eine entsprechende Summe ausgeworfen werden. Es wird deshalb ein solcher Saalbau für eine 20000er Stadt vorgeschlagen. In einer reinen Industriearbeiterstadt mit viel Mietwohnungen wird das Bedürfnis nach einem solchen Saal verhältnismäßig größer sein, als in Städten, in denen die Bevölkerung Eigenheime mit Gärten besitzt, weil hier die Freizeit mehr in der Familie zugebracht wird. Im Gemeinschaftshaus finden Vorträge, Theaterveranstaltungen und Versammlungen statt.

Nebenräume. Zu einem solchen Saalbetrieb gehören selbstverständlich noch eine große Zahl von Nebenräumen. So z. B. Bühne, Lesezimmer, Spielzimmer, Garderoben, Küchen usw.

Die Vereinigung mit der Bücherei (s. dort) ist möglich. Auch ist eine Vereinigung mit dem Haus der Jugend denkbar.

Lage. Die Lage des Gemeinschaftshauses sollte in der Nähe des Aufmarschplatzes, des Sportplatzes, des Schießstandes, des Hauses der Jugend usw. gewählt werden. Es scheint ratsam, den Wirtschaftsbetrieb so einzurichten, daß eines der größeren Gasthäuser die Bewirtschaftung des Gemeinschaftshauses übernimmt. Es kann mit dem Schützenhaus vereint sein. Außer diesem großen Saal ist dann wahrscheinlich nur noch ein Saal kleineren Ausmaßes in der Stadt notwendig, der sich im Haus der Jugend befindet, oder bei einem der Gasthäuser. Eine Umfrage wurde von 17 Städten beantwortet. Sie bezog sich allerdings auch auf die privaten Einrichtungen für öffentliche Veranstaltungen.

Grundstücksgröße. Aus 9 Städten konnte ein Bild gewonnen werden. Es fielen aus: Bad Homburg mit 45810 m², hier handelt es sich um eine größere Anlage (Kurhaus usw.) und ebenso Siegburg, in dem nur eine Turnhalle zur Verfügung steht. Der Höchstwert liegt bei Idar-Oberstein mit 10194 m². Der kleinste Wert tritt auf in Kempten mit 1000 m². Es ergibt sich eine normale Grundstücksgröße von 4600—5000 m².

Bebaute Fläche. Die Angaben von 11 Städten konnten berücksichtigt werden. Bad Homburg und ebenso Siegburg kamen nicht in Betracht, da sie wie bereits gesagt, anormale Werte aufweisen. Der Höchstwert liegt bei Sorau (7493 m²), der kleinste Wert bei Osterode mit 864 m². Als durchschnittliche Größe kann man eine bebaute Fläche von 2400 m² annehmen (Saal 1200 m²).

Diese große Fläche kommt dadurch zustande, daß bei fast allen Häusern noch andere Einrichtungen angeordnet sind. Man wird mit 1600 m^2 bebauter Fläche bei Neubauten rechnen können.

Fläche aller Geschosse. Da es sich bei diesen Einrichtungen in der Hauptsache um eingeschossige Bauten handelt, ergibt sich ein ähnlicher Wert hierfür wie für die bebaute Fläche, also etwa 2500 m^2 . Die Schwankungen zwischen dem Höchstwert und Mindestwert bewegen sich ungefähr in denselben Grenzen.

Anzahl der Plätze in den Sälen. Um hier einen Anhalt gewinnen zu können, sind die Platzzahlen der einzelnen Säle zusammengefaßt worden, ebenso die Anzahl der Sitz- oder Stehplätze. Aus dieser Übersicht ergibt sich eine Platzzahl von etwa 2800—2900. Bei dem vorher gegebenen Vorschlag haben wir Raum für etwa 3000 Personen vorgesehen.

Der Entwurf eines Feierabendhauses in Lahr (Abb. 110—112) ist beigelegt. Dort ist das Gemeinschaftshaus mit dem Haus der Jugend zusammengelegt. Für die Bewirtschaftung wird man im Keller Küchenräume vorsehen müssen. Wir haben deshalb ein Kellergeschoß für den Saalbau zu den übersandten Plänen hinzugefügt, das den Entwurf ergänzt und ihn als Beispiel geeigneter macht.

Ferner ist noch ein Gemeinschaftshaus kleineren Umfangs dargestellt (der normale Saal hat etwa eine Abmessung von $25 \times 45 \text{ m}$). Der Saal für Labiau (Abb. 113—115) müßte etwa $14 \times 23 \text{ m}$ messen. Die Anlage ist bestimmt für einen Ort mit nur 300 Siedlern, dafür aber nach unserer Meinung zu groß. Für die Organisation des Gebäudes erhält man jedoch auch hieraus einen Anhaltspunkt. Der Saal muß vergrößert und mit Küchenräumen ausgestattet werden. Der Flügel für die Jugend fällt fort, falls sich besondere Jugendheime im Orte befinden.

Abb. 110—112. Feierabendhaus mit HJ.-Heim in Lahr.

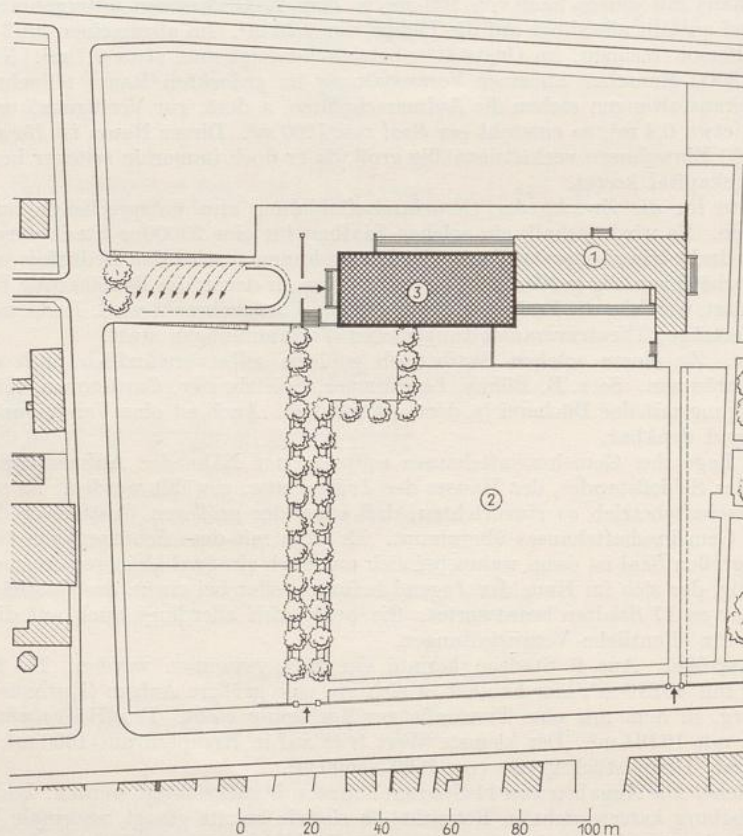


Abb. 110. Lageplan.

1 HJ.-Heim, 2 Aufmarschplatz, 3 Stadthalle.

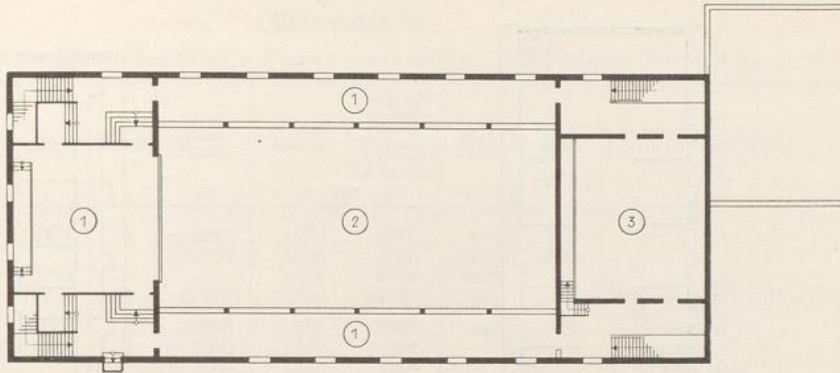


Abb. 111. Obergeschoß.
1 Rang, 2 Luftraum, 3 Schnürboden.

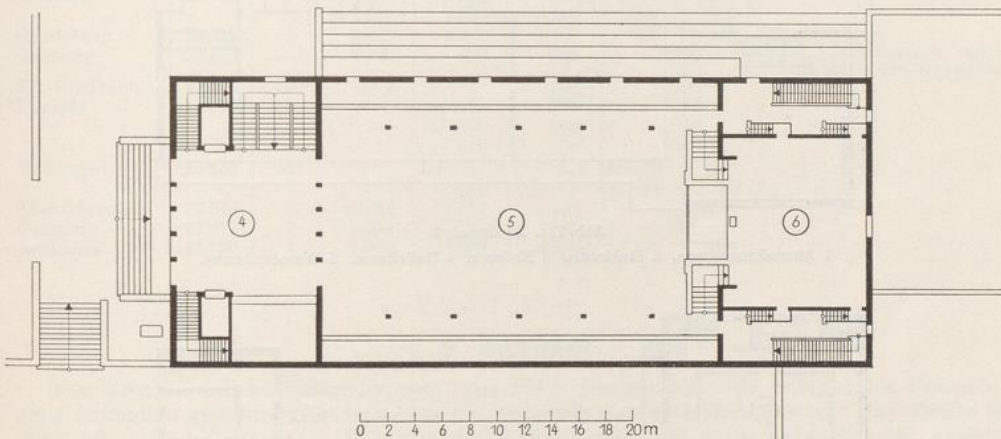
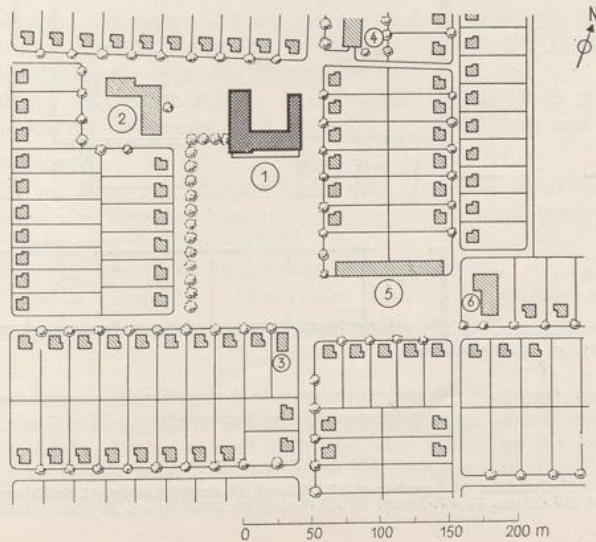


Abb. 112. Erdgeschoß.
4 Eingangshalle, 5 Saal, 6 Bühne.

Abb. 113—115. Feierabendhaus Labiau.

Abb. 113. Feierabendhaus in
Labiau, Lageplan.

- 1 Feierabendhaus,
- 2 Schule,
- 3 Postagentur,
- 4 Kapelle,
- 5 Läden,
- 6 Gasthof.



S*

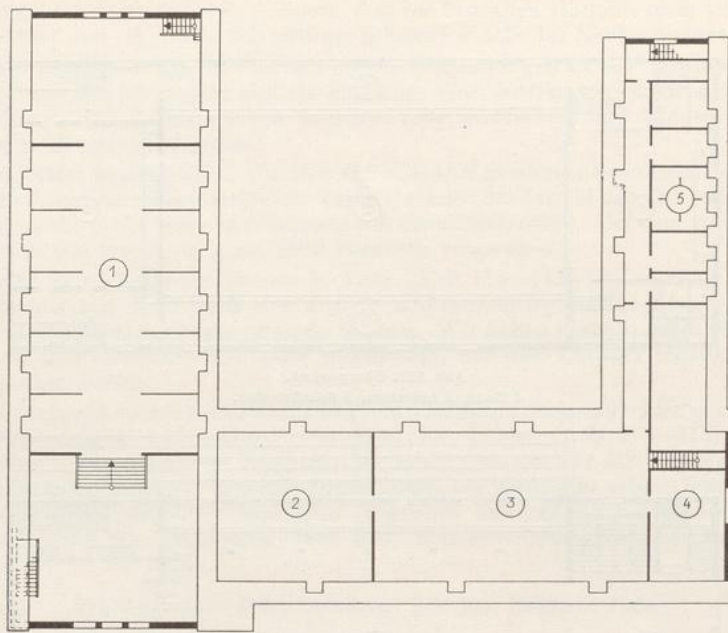


Abb. 114. Dachgeschoß.

1 Ausstellungsräume, 2 Stuhlraum, 3 Notlager, 4 Bastelraum, 5 Dienstwohnung.

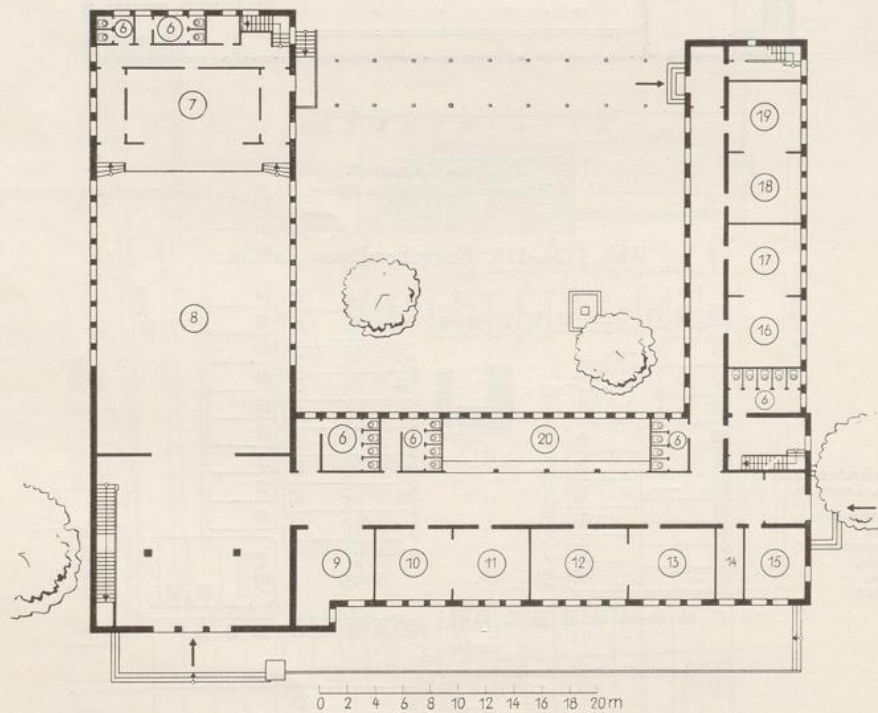


Abb. 115. Erdgeschoß.

6 W.C., 7 Bühne, 8 Saal, 9 Kaffeeküche, 10 Lesezimmer, 11 Bücherei, 12 Umkleezimmer, 13 Spielzimmer, 14 Kasse, 15 Verwalter, 16 HJ.-Raum, 17 JV.-Raum, 18 JM.-Raum, 19 BDM.-Raum, 20 Kleiderablage.

Materialtabelle.

Gebäude für öffentliche Veranstaltungen, Konzerte, Vorträge.

Stadt	Ein- wohner	Anzahl	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Fluren, Nebenräum. m ²	Sitz- plätze	Steh- plätze	Bemerkungen
Lippstadt	19471	2	a) 2250 b) 2800	1750	3000	800	200	
Sorau	19285	—	—	7493	2000	1000	300	
Homburg	16840	13	45810	13300	28000	7250	—	2 Beamte, 5 Angestellte, 3 Arbeiter. Kurort!
Schleswig	20694	3	7999	1622	2900	483	59	Stadttheater
Gummersbach	19339	2	a) 2500 b) 2500	1200	1400	1200	700	a) Stadthalle. b) Gemeindehaus.
Wesel	24596	1	3000	988	988	825	400	
Senftenberg	17803	1	—	—	557	1114	—	Saal des Gesellschaftshauses.
Arnstadt	22024	2	a) 2522 b) 2400	1060	1600	1500	300	
Rendsburg	19521	1	2620	1370	2490	780	—	Stadttheater
Siegburg	20446	— ¹	1200	820	720	1200	—	¹ Gleichzeitig Turnhalle. Außerdem Säle in Gastwirtschaften.
Bg.-Gladbach	20446	—	—	—	800	1200	—	
Saalfeld	19148	3	—	a) 411 b) 800 c) 660	370 950 600	400 900 550	—	
Meiningen	18833	2	—	—	—	a) 1100 b) 840	100 50	
Idar-Oberstein	22540	6	10294	4921	3569	13000	—	
Osterode	17977	1	1404	864	864	500	—	
Kempten	23739	1	1000	1000	1500	800	300	

8. Bahnhof.

Von allen öffentlichen Einrichtungen einer Stadt beanspruchen die Anlagen des *Personen-*, ganz besonders aber des *Güterbahnhofs* die ausgedehntesten Geländeflächen. Ihre Größe ist dabei oft nur zum geringsten Teile von der Einwohnerzahl der Stadt abhängig. Mit anderen Worten, eine Kleinstadt von etwa 5000 Einwohnern kann unter Umständen weit mehr Bahngelände benötigen, als eine Mittelstadt von 40000—50000. Eine größere Rolle spielt schon die Besiedlungsdichte der ganzen Umgebung.

Die ausschlaggebenden Faktoren aber sind unter anderem folgende:

1. Wirtschaftliche:

a) Ist starke Industrie vorhanden und welcher Art sind die erzeugten Güter? (Uhren- oder Zigarettenfabriken, selbst größten Ausmaßes, beanspruchen z. B. die Bahn weniger als eine mittlere Schwermaschinenfabrik oder eine kleine Kohlenzeche!)

b) Ist die Umgebung landwirtschaftliches Ausfuhrgebiet? Besteht die Ausfuhr aus Bodenfrüchten oder Produkten der Viehzucht (z. B. Lebewiehe oder Milch- und Käseerzeugnisse)?

2. Verkehrstechnische:

a) Liegt die Stadt an einem Bahnknotenpunkt bzw. wird sich voraussichtlich ein solcher dort entwickeln (Dichte des Eisenbahnnetzes in der engeren und weiteren Umgebung)?

b) Führen bedeutende Autostraßen vorbei?

c) Sind natürliche oder künstliche Wasserstraßen vorhanden?

d) Ist starker Fremden- (Touristen-, Passanten-, Ausflügler-) Verkehr zu erwarten?

3. Topographische (in engen Flußtälern z. B. sind ausgedehnte Bahnhofsanlagen unmöglich).

4. Strategische.

Dem Städteplaner einen ungefähren Richtwert für die Ausdehnung der Bahnhofsanlagen anzugeben, ist also nur denkbar, wenn es sich um eine „Normal“-Stadt ohne jeden besonders betonten Charakter handelt. Auch das wird noch erschwert durch die der Eisenbahn im Kraftwagen- und Flugverkehr immer stärker erwachsende Konkurrenz und durch die Unmöglichkeit, Tempo und Ausmaß dieser Entwicklung vorauszusehen.

Aus der nachstehend abgedruckten Tabelle, die uns für 4 Bahnhöfe die Deutsche Reichsbahn zur Verfügung stellte, geht hervor, daß die Zahl der Beschäftigten bei diesen 4 Bahnhöfen in Städten von etwa 20000 Einwohnern zwischen 67 und 479 schwankt. Will man hier nach zu einem durchschnittlichen Wert kommen, so ergibt sich die Zahl von etwa 225 Beschäftigten, von denen etwa die eine Hälfte Arbeiter und die zweite Beamte sind. Dies würde also etwa in die Mitte der Gruppe C fallen.

Über die Verkehrsleistungen, die Zahl der Eisenbahnbediensteten und die Flächen in den vier Bahnhöfen von Annaberg (Industriestadt), Güstrow (Stadt mit vorwiegend Berufslosen Selbständigen) Osterode/Opr. (Stadt mit Öffentlichen Diensten) und Wolfenbüttel (Stadt mit vorwiegend Berufslosen Selbständigen) gibt die nachstehende Zusammenstellung Aufschluß.

	Annaberg	Güstrow	Osterode/Opr.	Wolfenbüttel	
I. Jährlicher Verkehr.					
1. Frachtstückgut in t.					
a) Versand	2500	10700	3300	4900	
b) Empfang	6200	11900	6000	4800	
c) Umladung	400	14300	3800	1200	
2. Wagenladungsverkehr in t.					
a) Versand	6200	34700	22900	44200	
b) Empfang	33000	118200	52000	100100	
c) Versand und Empfang	39200	152900	74900	144300	Prenzlau 1900
d) Länge der Ladegleise in m.	1306	5096	2463	4876	
3. Reiseverkehr.					
Abgefahrene Personen	119900	400300	218300	415300	
II. Zahl der im Stadtbereich beschäftigten bzw. stationierten und wohnenden Eisenbahnbediensteten.					
1. Bahnhofs- und Betriebsdienst.					
a) Beamte und Angestellte	14	91	51	38	
b) Arbeiter	14	62	25	4	
2. Güterabfertigungs- und Kassendienst.					
a) Beamte und Angestellte	13	28	22	6	
b) Arbeiter	14	38	21	5	
3. Betriebsmaschinendienst.					
a) Beamte und Angestellte	—	88	56	2	
b) Arbeiter	—	95	79	1	
4. Bahnunterhaltungs- und Bewachungsdienst.					
a) Beamte und Angestellte	4	17	14	5	
b) Arbeiter	8	60	47	11	
5. Ämterdienst (Betriebsamt).					
a) Beamte und Angestellte	—	7	—	—	
b) Arbeiter	—	—	—	—	
6. Werkstattendienst.					
a) Beamte und Angestellte	—	—	42	—	
b) Arbeiter	—	—	470	—	
7. Für 1.—4. insgesamt					
a) Beamte und Angestellte	31	224	143	51	
b) Arbeiter	36	255	172	21	
III. Ungefähre Fläche des Bahngebiets innerhalb der Stadtgrenze in ha.					
1. Personen- und Abstellbahnhof	5,3	6,3	11,5	3,6	Quedlinburg 6,5
2. Güter- und Ortsgüterbahnhof (einschl. Rangiergleise)	2,4	9,0	20,5	3,2	3,97
3. Lokomotivbahnhof	—	8,0	3,0	—	
4. Freie Strecke	5,2	34,73	15,0	2,0	
5. Werkstatthanlagen	—	—	5,0	—	Prenzlau 14,0
6. Gesamtfläche für 1.—2.	7,7	15,3	32,0	6,8	
IV. Bebaute Fläche in m².					
1. Empfangsgebäude	1454	2002	750	890	
2. Güterschuppen mit Abfertigung	1215	1800	840	725	

Aus den *Flächenangaben* unter III. kann man sich etwa von einem Normalbahnhof ein Bild machen, wenn man die besonderen Eigenarten der 4 Bahnhöfe berücksichtigt. Ein Bahnhof mit etwa 15 ha, wie ihn Güstrow besitzt, könnte hiernach etwa als normal betrachtet werden. Auch Prenzlau besitzt einen Bahnhof ungefähr dieser Größe. Von weiteren 9 Städten sind die ungefähren Bahnhofsf lächen von uns überschläg lich ermittelt worden, da anderweitige Auskünfte nicht zu beschaffen waren (s. nachfolgende Tabelle). Ein normaler Bahnhof hat hiernach tatsächlich ebenfalls 15—16 ha Gesamtfläche. Zweibrücken, Neuwied, Ansbach und Wurzen haben Bahnhöfe von ungefähr dieser Größe.

1. Ravensburg	28800 m ²	4. Lörrach	88750 m ²	7. Ansbach	170000 m ²
2. Stendal	473000 m ²	5. Zweibrücken	140500 m ²	8. Bunzlau	45000 m ²
3. Siegburg	254000 m ²	6. Neuwied	127500 m ²	9. Wurzen	138000 m ²
		Mittel	150000—160000 m ²		
		Minimum	28800 m ²		
		Maximum	473000 m ²		

Als wesentliche bauliche Elemente des Bahnhofs müssen nun noch mindestens ermittelt werden:

- a) die ungefähre Größe des Empfangsgebäudes,
- b) die Größe der Güterschuppen mit Abfertigung,
- c) die ungefähre Länge des Ladegleises.

Zu a). Die bebaute Fläche des Empfangsgebäudes für einen normalen Bahnhof wird man mit 1300—1500 m² annehmen können. Die Empfangsgebäude der Bahnhöfe sind im allgemeinen zweigeschossig.

Zu b) kann man sich die Güterschuppenfläche des Bahnhofs nach Angaben der Reichsbahn im Durchschnitt mit etwa 15 m² je t des täglichen Stückgutverkehrs berechnen. Die Angaben für die 4 Städte der großen Tabelle deuten darauf hin, daß man einen Güterschuppen einschließlich Abfertigung von 1100—1200 m² bebauter Fläche vorsehen muß.

Zu c). Die Länge des Ladegleises, d. h., die benötigte Länge für die Umladung vom Waggon auf andere Transportmittel wird nach Angaben der Reichsbahn ungefähr berechnet werden können, wenn man 10 m Ladegleis je 10 t Tageswagenladungsverkehr (Empfang und Versand) rechnet, worin ein Zuschlag für besonders verkehrsreiche Tage und der Tagesverkehr mit $\frac{1}{300}$ des Jahresverkehrs angenommen ist. Die danach notwendigen Ladegleislängen sind von uns in der Tabelle: „Richtlinien für Öffentliche Einrichtungen“ unter I, 7 b berechnet worden. In Prenzlau haben wir eine ungefähre Ladegleislänge von 1900 m vorgefunden.

Wir schlagen vor, im Plan 2500 m vorzusehen und im Anfang nur etwa 2000 m, evtl. noch weniger, zunächst auszubauen. Die günstige Lage einiger kleiner Industrien zu einem gut ausgebauten Güterbahnhof erspart diesen Gewerben den eigenen Gleisanschluß.

Hat man in der Lage des Bahnhofs freie Wahl, so sollte er möglichst östlich der Stadt angelegt werden. Die an den Bahnhof anschließenden Industrien erzeugen großenteils soviel Rauch und Geräusch, daß Wohngebiete noch weiter östlich davon möglichst vermieden werden sollten. Die Vereinigung des Personenbahnhofs mit dem Güterbahnhof ist aus betrieblichen Gründen erwünscht, jedoch gibt es Fälle, in denen eine Vereinigung nicht gut möglich ist. Die Straße, die vom Personenbahnhof ausgeht, wird in den meisten Fällen als eine Hauptstraße des ganzen Ortes entwickelt werden müssen. Häufig ist der verkehrsmäßige Anschluß des Güterbahnhofs ziemlich schwierig. Der Güterbahnhof entwickelt sich von der Stadt aus gesehen in natürlicher Weise jenseits der Gleisanlagen für den Personenbahnhof (also noch weiter östlich). Das führt zu einem Straßenübergang über die Gleise am Ende des Personenbahnhofs, links oder rechts von ihm. Dieser Straßenübergang sollte von vornherein als Unter- oder Überführung ausgebildet werden. Das ganze Industriegebiet ist durch diese Straße verkehrsmäßig an die Stadt angeschlossen. Noch besser sind selbstverständlich zwei solcher Anschlußmöglichkeiten aus dem Industriegebiet zur Stadt. In der Nähe der Ladegleisanlagen im Güterbahnhof kristallisieren sich die vielen Gewerbe an, die stark vom Eisenbahnverkehr abhängig sind, aber noch keinen eigenen Gleisanschluß benötigen. Hierzu tritt die große Gruppe von Gewerben und Industrien mit eigenen Gleisanschlüssen, die sich den Gleisanlagen des Güterbahnhofs angliedern. Der Verkehr von der Stadt zum Güterbahnhof und zum Industriegebiet sollte von dem Verkehr zwischen der Stadt und dem Personenbahnhof möglichst getrennt geführt werden. Dies tritt bei der obenbeschriebenen Anordnung ein.

Leider werden die Pläne für die Bahnhöfe geheimgehalten und es können darum keine Beispiele zugänglich gemacht werden.

9. Flugplatz.

Da die Entwicklung des Flugverkehrs immer weiter fortschreitet, werden in Zukunft auch bei einigen kleineren Städten Flugplätze angelegt werden. Wir können uns begnügen, einige überschlägliche Anhaltspunkte für einen Flugplatz zu geben. Ein *Militärflugplatz*, in dem sich ein Fliegerhorst befindet, benötigt eine Fläche von 120—150 ha. Die Anzahl der dauernd beschäftigten Arbeiter und Angestellten beträgt etwa 300—400. Hinzu kommen noch die auf Zeit zur Ausbildung eingezogenen Soldaten.

Die *Zivilflugplätze* mit mittlerem Verkehrsbetrieb haben flächenmäßig eine etwa ebenso große Ausdehnung.

Die Lage des Flugplatzes ist am günstigsten im Norden oder Süden der Stadt, da bei der Landung und beim Start (gegen oder mit Wind) in der Hauptsache östliche bzw. westliche Richtungen bevorzugt werden. Das Empfangsgebäude muß selbstverständlich an der Hauptverkehrsstraße, möglichst nach der Stadt zu, angeordnet werden. Genauere Angaben sind leider nicht möglich.

10. Postanstalt.

Aus 49 Städten der untersuchten Größenordnung sind von den Postanstalten Unterlagen eingegangen (s. Materialtabelle). Trotz starker Schwankungen ist bei der Postanstalt doch ein Richtwert mit ziemlicher Genauigkeit zu ermitteln. Zunächst haben 63,3 vH der untersuchten Städte außer der Hauptpost auch noch Zweigstellen und einige Postagenturen. Die Höchstzahl der Postagenturen beträgt 8 bei Werdau, das übrigens auch eine Zweigpost am Bahnhof besitzt. Die Anzahl der Betriebe ist durch die Ausdehnung des Ortes bedingt.

Lage. 51 vH der Postanstalten liegen in der Stadtmitte, 35,7 vH in Bahnhofsnähe und 16,3 vH in Stadtmitte und Bahnhofsnähe. Auf die Frage, welche Lage der Post nach Meinung des Herrn Postdirektors die günstigste ist, geben 48,8 vH der erfaßten Anstalten die Stadtmitte, 25 vH Bahnhofsnähe, 14 vH Stadtmitte und Bahnhofsnähe an. Eine Postdirektion schlägt die Stadtmitte mit Zweigstelle am Bahnhof vor. 11,6 vH der Postdirektoren erklären die Lage im Interesse des Dienstes in Bahnhofsnähe, im Interesse des Publikums in Stadtmitte für die günstigste.

Die ermittelten **Richtwerte** für die Postanstalt sind folgende¹:

	Höchstwert	Mindestwert	Richtwert
Grundstücksgröße (bei Wurzen ist ein parkähnlicher Garten inbegriffen).	7280 m ² Wurzen I	984 m ² Bergedorf V	2530 m ²
Hauptgebäude (bebaute Fläche).	1784 m ² Schw.-Gmünd D	347 m ² Nordenham L	867 m ²
Nebengebäude (bebaute Fläche).	1316 m ² Kolberg O	—	279 m ²
Fläche aller Geschosse einschl. Flure und Treppen	7539 m ² Wernigerode B	885 Rastenburg B	2462 m ²
Anzahl der Beschäftigten	203 Personen Kempten I	38 Personen Alsdorf I	124 Personen
Anzahl der beförderten Briefe im Jahr	14500000 St. Bunzlau B	2300000 Eschwege D	7 000 000 St.
Anzahl der beförderten Pakete im Jahre	566000 St. Annaberg I	42900 St. Alsdorf I	290 000 St.
Ein- und Auszahlungen	20,5 Mill. RM. Rendsburg V	4,6 Mill. RM. Alsdorf I	10,9 Mill. RM.

Rendsburg erklärt, daß in der Summe von 20,5 Mill. RM. Ein- und Auszahlungen Heeresrenten inbegriffen sind.

Das Postamt Alsdorf teilt uns zu obigen Zahlen mit: „Alsdorf ist zu 85 vH von Bergarbeitern bewohnt, die wirtschaftlich schwach sind und demnach im Vergleich zu Städten mit lebhaftem Geschäftsverkehr nur geringen Schriftverkehr unterhalten.“

¹ Die Buchstaben (V, I, D, O, L, B) bezeichnen die Stadttypen gemäß Teil I, Abschnitt IV/1.

Die Anhaltswerte haben sich hierbei so ergeben, daß nicht nur zahlenmäßige Durchschnitte ermittelt wurden, sondern daß jeweils die mit ganz extremen Werten auffallenden Städte ausgeschieden wurden. Die Werte der mittleren Gruppe, die verblieb, sind meist sehr ähnlich, so daß hier ein Anhaltspunkt für eine Richtgröße gegeben ist. Teilweise sind die Angaben der Städte mißverständlich. Durch Zufall hat da und dort das Postamt ein riesengroßes Grundstück oder ausgesprochen viel Nebengebäude.

Die ermittelten Zahlenwerte sind als Richtwerte durchaus benutzbar. Wir haben dieses z. B. festgestellt bei der Postanstalt in Prenzlau, die wir näher untersucht haben. Die Werte von Prenzlau weichen nur wenig von den Richtwerten ab. Über den Raumbedarf in deutschen Postämtern gibt es im Postministerium ein Heft „Vorläufige Richtlinien für den Raumbedarf der Deutschen Reichspost“, (R = Raumbedarf), aus dem der Raumbedarf auch für größere und kleinere Postämter ungefähr zu ermitteln ist. Die starken Schwankungen der Angaben der einzelnen Postanstalten beruhen zum Teil auf verschiedenen Sonderaufgaben, die der Post mitunter zufallen. Hierzu rechnet besonders der Post-Kraftomnibusverkehr.

In Orten mit zentraler Verkehrslage in bezug auf den Straßenfernverkehr wird häufig ein *Post-Kraftomnibusverkehr* notwendig sein. Hierfür ist in solchen Städten *ein besonderes Grundstück* mit Garagen vorhanden. Jedoch kann es auch mit dem Postgrundstück vereinigt werden. Es muß also festgestellt werden, ob solche Kraftposten bei Neugründungen, nachdem sie angelaufen sind, in Frage kommen, und man muß für diesen Fall an die Unterbringungsmöglichkeiten der Kraftpostwagen denken.

An *Nebeneinrichtungen*, die zur Postanstalt gehören, sind weiterhin zu nennen: die *Briefkästen* und das *Fernsprechwesen* innerhalb der Stadt. Um hierzu ungefähre Angaben zu machen, werden die Zahlen von Prenzlau mitgeteilt:

Fernsprechanschlüsse: etwa 1000 im Selbstwählbetrieb.

Briefkästen: 26 über das Stadtgebiet verteilt.

Öffentliche Fernsprechstellen: 12, davon 4 privat.

Das Prenzlauer Postamt z. B. hat 3 Kraftposten zur Verteilung der Post im Kreis. 12 Agenturen und 21 Poststellen befinden sich auf dem Lande (also nicht im Stadtgebiet). Als Wirkungskreis der Post ist nahezu der ganze Kreis genannt worden, dies ist jedoch örtlich sehr verschieden.

Allgemein ist noch zu bemerken, daß die industriellen Orte stärkeren Postverkehr haben. Die reinen Landstädte ohne starkes Gewerbe versenden und empfangen nicht so viel Briefe und Pakete wie die gewerbestarken Städte. Man muß also für Industriestädte etwas über den Richtwert hinausgehen.

Das Reichspostministerium hatte die Freundlichkeit, uns ebenfalls einige Hinweise zu geben. Es wurden 7 Städte der untersuchten Größenordnung genannt und für diese die Grundstücksfläche sowohl als die bebaute Fläche angegeben. Wenn man das Mittel aus diesen Angaben zieht, so entsteht für die Grundstücksfläche ein Richtwert von etwa 2800 m² gegenüber den von uns ermittelten 2550 m². Die bebauten Flächen ergeben einen Richtwert von 1140 m², unsere Ermittlungen ergeben Haupt- und Nebengebäude zusammen 1146 m².

Auch hierdurch ist, so starke Schwankungen im einzelnen bei extremen Fällen auftreten, der Beweis erbracht, daß mit den Richtwerten im Städtebau bei der ersten Planung gearbeitet werden kann.

Als Beispiele für eine derartige Postanstalt werden hier das Postamt in Prenzlau (Abb. 116—118) und in Sonneberg (Abb. 119—123) wiedergegeben. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um besonders gute Grundrisse oder gar Musterentwürfe, sondern lediglich um ein Planungsbeispiel, damit der Städtebauer sich wenigstens ungefähr orientieren kann.

Die Gruppentabelle zeigt in der Sparte Grundstücksfläche zwei starke, aber in sich nicht sehr geschlossene Gruppen von 15 Einheiten zwischen 1450 und 1800 m² und 13 Einheiten zwischen 2150 und 2500 m². Außerdem ist eine Streuung kleiner 3er und 4er Grüppchen um 2700, 3100 und 3550 m² wahrnehmbar und schließlich noch geringe Einzelstreuung.

In der Sparte Fläche aller Geschosse finden wir wiederum zwei ganz große Gruppen. Ungefähr in der Mitte der stärksten liegt der errechnete Durchschnitt. Die Einzelstreuung ist verhältnismäßig gering.

Die Anzahl des Personals verteilt sich fast gleichmäßig zwischen den Zahlen 95—155.

Abb. 116—118. Postamt Prenzlau.

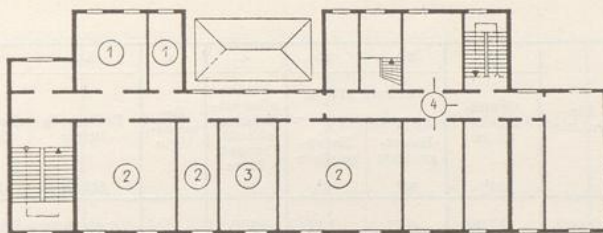


Abb. 116. Erstes Obergeschoß.

2 Hauptverteiler, 3 Fernamt, 4 Dienstzimmer, 5 Dienstwohnung.

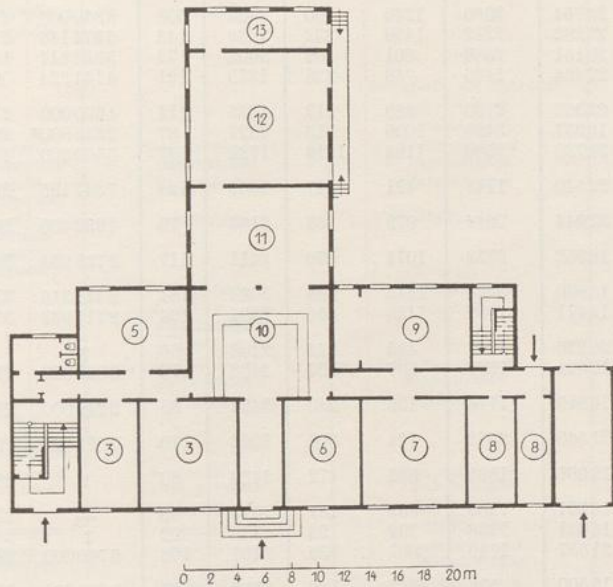


Abb. 117. Erdgeschoß.

6 Briefausgabe, 7 Hauptkasse, 8 Entkartung, 9 Renten- und Geldstelle, 10 Briefträgerraum, 11 Schalterhalle, 12 Paketannahme, 13 Packkammer, 14 Zeitungsstelle.

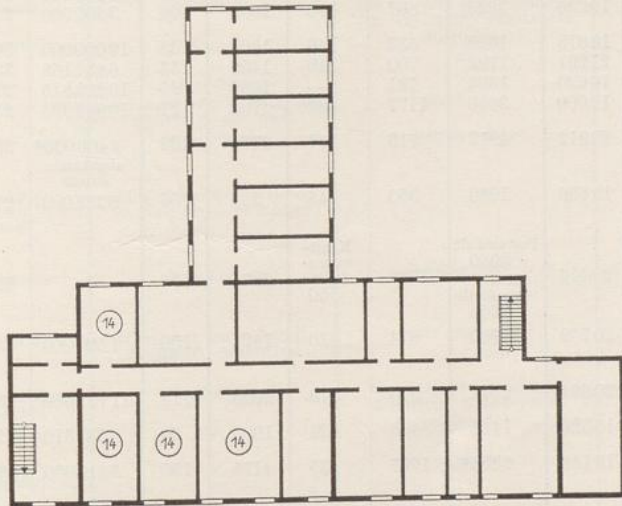


Abb. 118. Kellergeschoß.

15 Keller für die technischen Anlagen des Fernsprechamtes.

Material-
Post-

Stadt	Ein- wohner	1	2a	2b	3	4	5a	5b	5c
		Grund- stücks- fläche	Bebaute Fläche		Fläche aller Ge- schosse einschl. Treppen, Flure m²	Be- schäf- tigte	Beförderte Briefe	Beförderte Pakete	Gewicht der Pakete kg
			Haupt- gebäude	Neben- gebäude					
		m²	m²	m²	m²		Stück	Stück	kg
Eschwege	12862	1799	657	141	2220	—	2299873	344636	?
Kempten	26473	1610	808	266	2460	203	12586000	522949	?
Lahr	16807	2427	700	278	2091	101	3386290	474037	1896150
Minden/Westf.	28764	3960	1259	780	3405	308	8840000	430000	1720000
Wernigerode	23282	2212	1436	252	7539	145	5374148	266421	?
Zerbst	20151	2686	601	109	2095	72	5838817	196614	?
Güstrow	22464	1486	758	728	1375	161	4151224	90631	317208
Prenzlau	22357	2750	889	113	1635	114	4500000	237794	?
Oelsnitz/Vogtl.	16337	3490	1009	715	2827	87	2885000*	297914	?
Kolberg	33735	2500	1184	1316	1728	157	5500000	424467	?
Idar-Oberstein	22540	1147	491	247	2455	124	7847135	283641	?
Gevelsberg	21944	2244	979	68	2155	79	4938450	207301	?
Lauenberg/Po.	18962	2732	1071	170	2411	117	2758934	360000	295595
Ravensburg	18930	3744	1545	398	3023	164	2318316	333730	?
Lippstadt	19471	1599	1129	158	2292	104	8717933	313395	1567175
Nordhorn	20220	1957	456	174	2103	56	?	?	?
Rendsburg	19521	1523	657	137	2408	116	9800000	370867	1854335
Bad Homburg	16840	1776	135	285	3428	85	6240000	249000	?
Neuwied	21540	2482	704	500	2592	170	7028992	190108	950540
Eilenburg	19608	1595	531	72	1436	86	?	209908	?
Wurzen/Sa.	18961	7280	652	187	2070	98	—	277595	?
Rastenburg	16021	2356	392	96	835	92	?	250972	1003800
Werdau	21587	1740	907	59	2107	108	6700000	222000	999000
Nordenham	15500	588	347	120	1158	75	9680700	116250	?
Annaberg	19818	2150	1400	185	2830	151	—*	566000	?
Bunzlau	19625	3601	600	651	2102	153	14552800	509875	2804400
Neustrelitz	19226	3525	807	196	2009	94	3800000	260000	?
Neustettin	16078	1620	533	146	1569	135	10000000	300000	?
Neuruppin	21291	1792	700	340	1400	134	6434168	339518	?
Wolfenbüttel	19620	1508	791	—	1582	95	10898845	277060	?
Glatz	19000	3580	1177	462	4708	157	10893935	251625	—
Itzehoe	20912	4873	719	357	2876	132	4400000* abgehende Briefe	252025	—
Langenbielau	19666	1080	350	45	384	68	5228000	271000	—
Siegburg	20446	Postanstalt 3080 Kraft- wagenhalle 2356	1668	Kraft- wagen- halle 550	2274	138	—	227175	—
Zweibrücken	20759	1700	674	420	1521	150	7500000	350000	—
Schleswig	20694	2571	940	375	2928	123	11791600	687298*	—
Braunsberg	15325	1443	448	124	1090	90	5234310	213781	1068905
Saalfeld	19148	2306*	1267	35	4174	195	5416000	278846	—

tabelle.

anstalt.

5d	6	7	8	
Summe der Ein- und Auszahlungen RM.	Zweigstellen	Lage des Postamts	Welche Lage ist die günstigste?	Bemerkungen
8999889	1 Zweigpostanstalt	in der Stadt mit Bahnhofsnähe	—	
14507798	1 Zweigpostanstalt	am Hauptbahnhof	Bahnhofsnähe	
7679770	1 Zweigpostanstalt 2 Ortspoststellen	Bahnhof	Stadtmitte	
17644000	1 Zweigstelle	Stadtmitte	"	
16163480	1 Zweigstelle	"	"	
11360496	—	"	"	
?	—	"	"	
7741540	—	"	(Zweigstelle am Bahnhof)	
5607836	—	"	—	
?	1 Zweigstelle	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	Stadtmitte	* Ohne Zeitungen und Wurfsendungen.
12117142	1 Postagentur	Bahnhofsnähe	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	
7644428	2 Zweigstellen	Bahnhofsnähe	Bahnhofsnähe	
1 Postagentur	1 Zweigpostanstalt	Stadtmitte	Stadtmitte	
6335867	1 Poststelle	"	"	
1 Behelfsstelle auf dem Bahnhof	—	Bahnhofsnähe	Bahnhofsnähe	
8143108	—	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	Stadtmitte	
11139368	—	Bahnhofsnähe	—	
?	?	Bahnhofsnähe	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	
20537744	—	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	Stadtmitte	* Mit Kraftpost befördert 110000 Personen.
11000000	1 Zweigstelle am Bahnhof	Stadtmitte	—	
14904646	1 Zweigstelle	"	"	
1 Bahnhofstraum	1 Postagentur	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	
10704362	1 Poststelle	Bahnhofsnähe	Bahnhofsnähe	
11771077	—	Bahnhofsnähe	Stadtmitte	
10873112	1 Postagentur	Bahnhofsnähe	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	
5386200	1 Zweigpoststelle	Stadtmitte	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	
8 Agenturen	—	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	
8190840	—	Stadtmitte	Stadtmitte	
8150000	—	am Bahnhof	Bahnhofsnähe	* Nur aufgelieferte sind angegeben: 3475000.
16860521	3 Stadtpoststellen	Stadtmitte	für Dienst: Bahnhofsnähe, für Publikum: Stadtmitte	
12400000	1 Zweigstelle	"	Stadtmitte	
15000000	1 Zweigstelle	"	—	
13898966	—	Bahnhofsnähe	—	
16339142	—	nicht in der Nähe des Bahnhofs, sondern in der Stadt	Stadtmitte	
14016487	2	Bahnhofsnähe	Bahnhofsnähe	* Ankommende werden nicht gezählt.
9098756	—	—	—	
6020000	1 Zweigstelle	die 3 Postanstalten liegen in Nähe der 3 Bahnhöfe *	—	* Langenbielau hat 9 km Ausdehnung, auf welche die 3 Bahnhöfe und Postanstalten gleichmäßig verteilt sind.
1 Poststelle in der Stadt	1 Postagentur *	Bahnhofsnähe	Bahnhofsnähe	* Weitere Poststelle in Stadtmitte geplant.
14257820	—	—	—	
8000000	1 Zweigpostamt	Hauptpost am Bahnhof, Zweigstelle Stadtmitte	wie gegeben	
11899000	1 Zweigstelle am Bahnhof	Stadtmitte	für Publikum: Stadtmitte, dienstlich: Bahnhofsnähe	* Mit Päckchen.
5681628	desgl.	"	wie gegeben	
9350978	1 Zweigpost am Bahnhof	"	wie gegeben	* Das Kraftwagengrundstück mit 3297 m ² (bebaute Fläche: 839 m ²) ist nicht enthalten.

Postanstalt.

Stadt	Ein- wohner	1	2a	2b	3	4	5a	5b	5c
		Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche		Fläche aller Ge- schosse einschl. Treppen, Flure m ²	Be- schäf- tigte	Beför- derte Briefe Stück	Beför- derte Pakete Stück	Gewicht der Pakete kg
			Haupt- gebäude m ²	Neben- gebäude m ²					
Tuttlingen*	17 225	3314	989	124	1695	89	3 100 000 abgehende Briefe	422 000	—
Bg.-Gladbach	20 446	2300	600	350	2400	—	2 900 000 aufgelieferte Briefe	25 900	152 600
Bruchsal	16 903	2400	1008	120	3024*	150	6 239 700	303 700	1 518 500
Salzwedel	16 123	1468	527	163	1610*	130	7 650 000	228 800	935 000
Mittweida	19 128	3120	1007	153	2778	81	4 926 200	246 810	1 369 850
Schw.-Gmünd	20 131	a) 3937 b) 2013	1222 562	675	3546 1821	117	7 822 080	437 740	1 750 960
Swinemünde	20 514	5950 1738	1784 1251	74	5367 3753	120	5 500 000	251 590	—
Meiningen	18 833	3330	1359	217	5432	145	13 434 311	422 307	2 533 842
Gumbinnen	19 987	3040	1084	240	1231	100	11 510 450	275 544	1 928 808
Bergedorf	19 564	984	667	65	2200	110	10 650 000	217 074	—
Alsdorf	19 667	2204	350	273	1246	38	3 014 000	42 900	—

Abb. 119—123. Postamt Sonneberg.

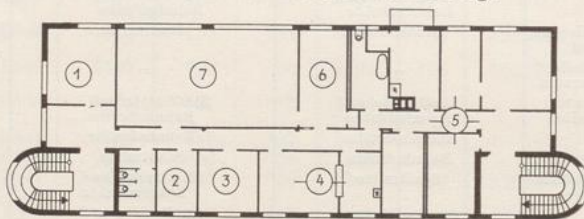


Abb. 119. Drittes Obergeschoß.

1 Übungsraum, 2 Krankenraum, 3 Kleiderablage, 4 Erfrischungsraum und Kaffeeküche, 5 Dienstwohnung, 6 Telegraph. Rechnungsstelle, Rundfunk, 7 Fernamt.

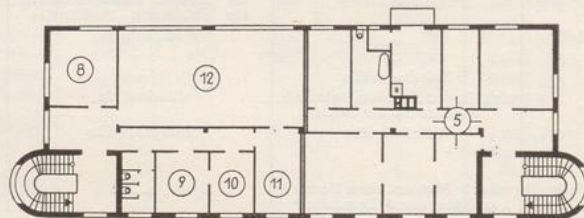


Abb. 120. Zweites Obergeschoß.

8 Werkstatt, 9 Telegraphenbau-Oberbauführer, 10 Telegraphenbau-Truppführer, 11 Störungssucher, 12 Wählerraum.

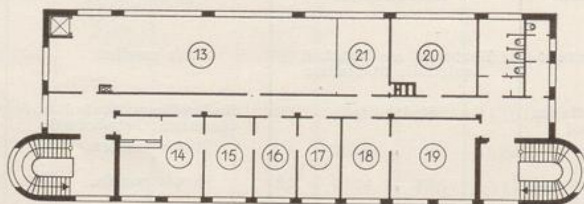


Abb. 121. Erstes Obergeschoß.

13 Briefentkartung, Verteilung, Zeitungsstelle, Zusteller, 14 Hauptkasse, 15 Verfügbar, 16 Rentenstelle, 17 Personalstelle, 18 Amtsvorsteher, 19 Amtszimmer, 20 Amtsbote und Kleiderablage, 21 Kasse.

(Fortsetzung.)

5d	6	7	8	
Summe der Ein- und Auszahlungen RM.	Zweigstellen	Lage des Postamts	Welche Lage ist die günstigste?	Bemerkungen
6732000	1 Zweigpost	Hauptpost am Bahnhof, Zweigpost Stadtmitte	wie gegeben	* s. Zweigpoststellen.
6850000	—	Stadtmitte	wie gegeben, sonst Bahnhofsnähe	
15534000	3 Poststellen	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	Publikum: Stadtmitte, dienstlich: Bahnhofsnähe	* Außerdem sind 3 Dienstwohnungen mit zusammen 12 Räumen vorhanden.
8500202	1 Zweigstelle	Bahnhofsnähe	Bahnhofsnähe	* Ohne Keller
8341914	—	Stadtzentrum	Stadtmitte	
7440000	1 (s. vorn)	a) am Bahnhof, b) am Marktplatz (Stadtmitte)	Publikum: Stadtmitte, dienstlich: Bahnhofsnähe	
10683889	1 Zweigstelle	Stadtmitte	Stadtmitte	Swinemünde hat im Sommer 21000 Badegäste und 13800 Passanten.
12759038	—	„	Stadtmitte und möglichst auch Bahnhofsnähe	
19964930	3 Poststellen	„	Stadtmitte	
13835160	—	Bahnhofsnähe	Publikum: Stadtmitte, Dienst: Bahnhofsnähe	
4587168	—	Stadtmitte		

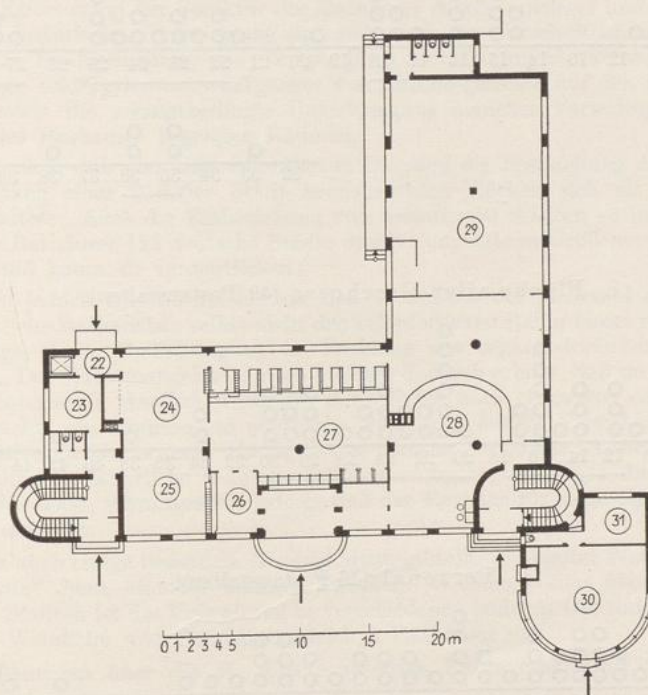


Abb. 122. Erdgeschoß.

22 Lastenaufzug, 23 Kraftpoststelle, 24 Geldentkartung, 25 Briefabfertigung, 26 Vorraum mit Schließfächern, 27 Schalterhalle, 28 Paketannahme, 29 Packkammer, 30 Laden, 31 Nebenraum.

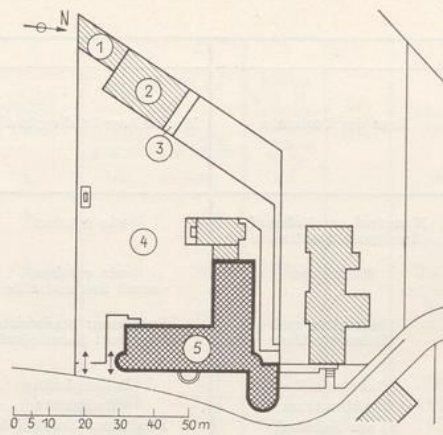


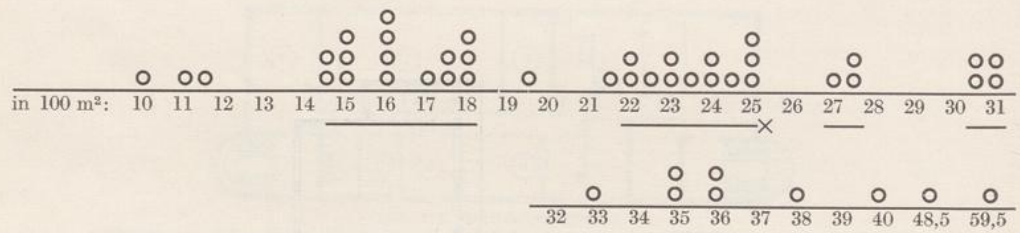
Abb. 123. Postamt Sonneberg. Lageplan.

1 Reparaturwerkstatt, 2 Garagen, 3 offenes Vordach, 4 Posthof, 5 Postamt.

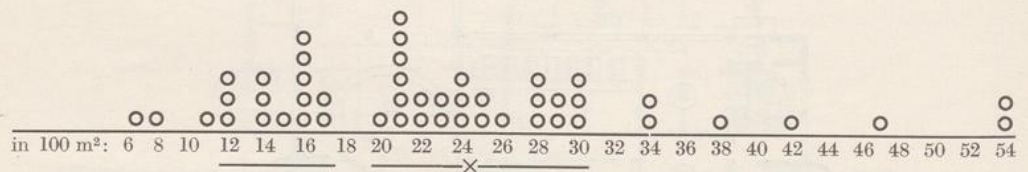
Gruppentabelle.

Reichspost.

Grundstücksfläche (48 Postanstalten).



Fläche aller Geschosse (49 Postanstalten).



Personal (46 Postanstalten).

